

Archivexemplar

Stenographisches Protokoll.

176. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 29. Dezember 1926.

Inhalt.

Regierungsvorlage: Weitere Erhöhung der in der Exekutionsordnung bestimmten Vertausmaße (B. 694) (4460).

Tagesordnung: Ergänzung der Z. D. (4438).

Verhandlungen: 1. Bericht des auf Grund des Centralbankgesetzes eingesetzten Untersuchungsausschusses (B. 675) — Berichterstatter Dr. Odehnal (4419 u. 4459), Dr. Danneberg (4426), Stöckler (4438), Dr. Burejš (4443), Dr. Hampel (4445), Schneidmabl (4449), Kollmann (4453), Abram (4456), Dr. Renner (4457), Dr. Ellenbogen (4458) — Annahme des Ausschußantrages (4459);

2. dritte Lesungen:

- a) des Bundesfinanzgesetzes (4438),
- b) des Bundesverfassungsgesetzes über das Budgetrecht des Nationalrates (4438),
- c) des Angestelltenversicherungsgesetzes (4438) und
- d) des Bundesverfassungsgesetzes über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten (4438).

Unterbrechung der Sitzung (4438).

Eingebracht wurden:

Antrag: Scheibin, Abram, betr. die Unterstützung des Baues einer Wasserleitung der Gemeinde Häring (313 A).

Anfrage: Jarboch, Bundesminister für soziale Verwaltung, betr. Maßnahmen gegen die Höhe der von der Industriellen Bezirkskommission St. Pölten für den postischen Bezirk Krems vorgeschriebenen Zusatzbeiträge (387 I).

Verteilt wurde:

Regierungsvorlage: B. 693.

Präsident **Mitlas** eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min. vorm. und erklärt das Protokoll über die Sitzung vom 27. Dezember als genehmigt.

Es wird zur Z. D. übergegangen, das ist der Bericht des auf Grund des Centralbankgesetzes (B. G. Bl. Nr. 173 ex 1926) eingesetzten Untersuchungsausschusses (B. 675).

Berichterstatter Dr. **Odehnal:** Hohes Haus! Mit dem Gesetz vom 12. Juli 1926, B. G. Bl. Nr. 173, wurde für die Angelegenheit der Centralbank hier im hohen Hause folgendes gesetzlich festgelegt: Es wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der aus sieben Mitgliedern des hohen Hauses paritätisch zusammenzusetzen ist; es wurde weiters mit der Überwachung der Geschäftsführung der Centralbank der deutschen Sparkassen ein Kuratorium betraut, das aus Vertrauenspersonen dieses hohen Hauses zusammengesetzt war, und es wurde endlich ein Moratorium ein-

geführt, und zwar ursprünglich bis zum 31. Oktober 1926. Dieses Moratorium wurde in der Folge durch die Centralbankgesetznovelle bis auf den 30. November 1926 erstreckt.

Die Ursache, warum dieses Centralbankgesetz gemacht werden mußte, lag darin, daß die damalige Bundesregierung in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli sich genötigt sah, den Beschluß zu fassen, der Centralbank der deutschen Sparkassen, auf die ein außerordentlicher Ansturm drohte, entsprechende Hilfe zuteil werden zu lassen. Wußte doch die Regierung, daß ein Großteil der Spargelder der österreichischen Sparkassen in der Centralbank der deutschen Sparkassen veranlagt war und daß es zu einer unabsehbaren wirtschaftlichen Katastrophe gekommen wäre, wenn man etwa der Centralbank nicht zu Hilfe gekommen wäre und die Sparkassen am anderen Tage genötigt gewesen wären, ihre Schalter zu schließen, weil sie den Ansturm, der zu erwarten war, nicht gewachsen gewesen wären.

Ich sage, die Bundesregierung mußte sich innerhalb weniger Stunden dazu entschließen, diese Hilfe zuteil werden zu lassen. Man könnte mir darauf antworten, daß ja doch schon Verhandlungen in bezug auf die Centralbank Monate vorher geführt worden sind. Auch das ist richtig, meine verehrten Damen und Herren; es sind solche Verhandlungen geführt worden. Sie haben aber einerseits den Zweck gehabt, einen Zusammenschluß oder ein Zusammenarbeiten der Centralbank der deutschen Sparkassen mit der Deutschen Girozentrale in Berlin herbeizuführen, andererseits waren es Verhandlungen, die sich in der Hauptsache darauf erstreckt haben, die Bank über den Ultimo Juni hinüberzubringen. Dadurch aber, daß in der Presse Artikel erschienen sind, die darauf hingewiesen haben, daß ein Zusammenbruch der Centralbank unmittelbar bevorstehe, war es klar, daß die Centralbank den 1. Juli nicht mehr in der üblichen Weise werde überwinden können, sondern daß es notwendig sei, Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen Run sowohl auf dieses Institut als auch auf alle diejenigen Institute, die mit der Centralbank zusammenhängen, hintanzuhalten.

Die damalige Bundesregierung hat eine gewisse Haftung übernommen und sie auch nach außen hin, und zwar für alle Spareinlagen bei Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Spar- und Vorstufspargassen erklärt. Man hat in der Folge eine Ministeranfrage

gegen die damalige Regierung erhoben und besonders darauf hingewiesen, daß die Regierung damals in leichtfertiger Weise gehandelt habe. Über diese Ministeranklage ist hier im hohen Hause bereits beraten worden, und es wurden die damaligen Anträge der Opposition abgelehnt.

Wenn ich nun auf die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses eingehe, so muß ich vor allem darauf hinweisen, daß er nach der Bestimmung des Gesetzes die Aufgabe hatte, „die Untersuchung der Angelegenheiten der Centralbank der deutschen Sparkassen in Wien und ihre Gebarung mit den ihr vom Bund beigestellten Mitteln durchzuführen“. Der Untersuchungsausschuß hat sich unmittelbar nach seiner Wahl sofort zur Konstituierung zusammengesetzt, hat den Herrn Abg. Elderich zu seinem Vorsitzenden gewählt und dann in einer weiteren Sitzung besprochen, wie es möglich sein werde, diesem Wunsche des hohen Nationalrates nachzukommen. Da gingen wir den nach meinem Erachten einzig möglichen Weg: Wir mußten uns mit dem Kuratorium der Centralbank ins Einvernehmen setzen; denn das waren ja die berufenen Persönlichkeiten, die uns das Material zur Verfügung stellen konnten, auf Grund dessen wir diese Untersuchung der Angelegenheiten der Centralbank durchführen konnten. Die Kuratoren haben sich bereit erklärt, das zu tun, und wir waren ursprünglich der Meinung, daß es am einfachsten wäre, wenn die Kuratoren einen Status der Centralbank aufstellten, damit wir, von diesem Status ausgehend, die Möglichkeit haben, alle Angelegenheiten der Centralbank näher durchleuchten zu können. Nun hat sich aber sehr bald herausgestellt, daß die Aufstellung eines seriösen Status in den ersten Augenblicken nahezu eine Unmöglichkeit war. Die Kuratoren haben erklärt, sie sind absolut nicht in der Lage, vor Ablauf mehrerer Wochen dem Untersuchungsausschuß einen Status zu Untersuchungszwecken zur Verfügung zu stellen. Sie haben aber anderseits erklärt, daß sie sehr gerne bereit sind, Sonderberichte über einzelne Angelegenheiten, die in diese Untersuchung einschlagen, zu erstatten und daß sie insbesondere gerne bereit sind, über jene Angelegenheiten, die der Untersuchungsausschuß zu erheben wünscht, Einzelberichte zu erstatten.

Zunächst wurde dem Untersuchungsausschusse eine Nachweisung darüber vorgelegt, wie die Gelder verwendet worden sind, die der Bund der Centralbank der deutschen Sparkassen am 1. Juli zur Verfügung gestellt hatte. Durch diese Nachweisung allein war es schon möglich, den einen Teil der Aufgabe des Untersuchungsausschusses, wie nämlich mit den Geldern, die in der Zeit vom 1. bis 10. Juli der Centralbank seitens der Regierung gegeben wurden, gebart worden ist, zu erledigen. Wir haben aus dieser Nachweisung entnommen, daß die Regierung in der Zeit vom 1. bis 10. Juli 1926 im ganzen

rund 56 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat. Von diesen 56 Millionen Schilling sind an Sparkassen 19,370.000 S, an Spar- und Darlehensvorschußkassen, an Kreditgenossenschaften und Genossenschaftsverbände 2,728,000 S, an Inhaber von Spareinlagebüchern 12,023.000 S ausgezahlt worden. Wenn man diese Beträge zusammenzählt, kommt man auf die Ziffer von 34 Millionen Schilling, die dem eigentlichen Zwecke, den die damalige Regierung mit der Hilfeleistung an die Centralbank verfolgt hat, zugeführt wurden. Die Nachweisung sagt zwar allerdings auch, daß an sonstige Kommitenten bei verschiedenen Stellen, sowohl bei der Centralbank wie bei den Wiener Exposituren, bei den Zweigstellen in Niederösterreich und bei den Provinzzweigstellen ein Betrag von 21,4 Millionen Schilling ausgezahlt worden ist. Daß diese Auszahlung vorgenommen wurde, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, denn wir wissen ganz genau, daß der damalige Vertrauensmann der Regierung, der Herr Abg. Streeruwitz, die Instruktion gehabt hat, den Run aufzuhalten. Einen Run kann man natürlich nur in der Weise aufhalten, daß man jeder Person, die bei der Centralbank oder bei einer jener Sparkassen und Vorschußkassen, die mit der Centralbank in Verbindung standen, ein Guthaben hat, dieses Guthaben, wenn sie beim Schalter erscheint und es abzuheben wünscht, es zur Auszahlung bringt, denn sonst hätten diejenigen, die nicht zu ihrem Gelde gekommen wären, die Möglichkeit gehabt, sofort einen Konkursantrag gegen die Centralbank zu stellen, und damit wäre die ganze Aktion und die ganze Hilfeleistung der Regierung einfach zu Wasser geworden. Man mußte also in jener Zeit, solange nicht gesetzlich ein Moratorium festgelegt war, auch an alle jene Personen Auszahlungen leisten, die zwar nicht unter die Haftungsbestimmungen der Regierung fielen, die aber auf Grund ihres Guthabens ein Recht auf ihr Geld gehabt haben.

Wir haben seitens der Kuratoren außer dieser Nachweisung, die noch in verschiedene Einzelheiten geht — sie ist übrigens meinem gedruckten Berichte angeschlossen —, noch eine große Zahl von Belegen bekommen, um prüfen zu können, ob die Angaben dieser Nachweisung auch den Tatsachen entsprechen. Wir haben uns dieser überaus großen Mühe mit viel Sorgfalt und Genauigkeit unterzogen, und zwar nicht etwa nur die Vertreter der Mehrheitsparteien, sondern selbstverständlich auch die Vertreter der Opposition. Und wir haben bei dieser Gelegenheit eigentlich nur zwei Dinge gefunden, die, wenn ich so sagen darf, nicht ganz in den Rahmen und in das Schema hineingepaßt haben, nämlich zwei Auszahlungen an Sparkassen, die ebenfalls vom Run bedroht waren, die aber selbst kein Guthaben in jener Höhe oder überhaupt kein Gut-

haben bei der Centralbank gehabt haben; es waren das die Sparkasse in Baden und die Sparkasse in Hartberg. Die Sparkasse in Baden hat einen Betrag von 500.000 S angesprochen, die Sparkasse in Hartberg einen solchen von 200.000 S. Über Auftrag des damaligen Bundesministers für Finanzen sind diese zwei Auszahlungen an die Sparkassen erfolgt, und zwar hat Baden tatsächlich einen Betrag von 500.000 S bekommen, den es aber innerhalb acht Tagen wieder zurückerstattet hat, und der Sparkasse in Hartberg wurde ein Betrag von 200.000 S zugesprochen, doch hat sie nur einen Betrag von 100.000 S tatsächlich benutzt, und auch dieser Betrag soll bereits rückerstattet sein. Übrigens haftet da nicht nur die Gemeinde, sondern auch das Land Steiermark für die pünktliche Rückerstattung. Diese zwei Beträge, die ausbezahlt worden sind, obwohl kein Guthaben bei der Centralbank erlag, sind aber dadurch gedeckt, daß die Gefahr vorhanden war, daß diese beiden Sparkassen in den Run hineingezogen werden und daß der Bundesminister für Finanzen, der ja schließlich der Leiter und Führer dieser ganzen Hilfsaktion für die Centralbank war, seine Zustimmung gegeben hat, daß diese beiden Beträge an die Sparkassen angewiesen werden können. Sonst haben wir gefunden, daß alle Auszahlungen die in der Zeit vom 1. bis 10. Juli gemacht worden sind, also in jener Zeit, in welcher der Vertrauensmann der Regierung, der Herr Abg. Streeruwitz, die Verantwortung für diese Sache trägt, instruktionsgemäß und mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes ausgeführt worden sind. Ich glaube, daß es notwendig ist, hier von dieser Stelle aus dem Herrn Abg. Streeruwitz hiefür den Dank auszusprechen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Es hat sich dann, und zwar gelegentlich der Abstimmung der Gelder, einige Tage später — es war bereits das Kuratorium in Amt und Würden — eine Differenz ergeben zwischen den Beträgen, die die Nationalbank verrechnet hat, und jenen Beträgen, die von der Centralbank der deutschen Sparkassen ausgezahlt worden sind. Die Differenz betrug 400.000 S, und zwar hat es sich in diesem Falle darum gehandelt, daß — wieder über Auftrag des damaligen Bundesministers für Finanzen — dieser Betrag als Kredit an die Steirerbank gegeben worden ist. Auch in diesem Falle hat der Bundesminister für Finanzen erklärt, daß bei der Steirerbank ähnliche Verhältnisse waren, wie sie bei der Centralbank bestanden, daß auch dort die große Gefahr vorhanden war, es könnte ein Run auf die Steirerbank Platz greifen, und daß er daher aus diesem Grunde zugestimmt hat, daß dieser Kredit an die Steirerbank gegeben werde. Wir wissen, daß seither ein Wechsel in der Verwaltung der Steirerbank eingetreten ist und daß daher insbesondere die liquidierende Stelle und auch die Bundesregierung Mittel

und Wege finden werden, von der Steirerbank diesen gegebenen Kredit zurückzuerhalten.

Ich habe mich dann in meinem Berichte sorgfältig daran gehalten, auseinanderzusetzen, welche Ursachen maßgebend waren, daß die Centralbank der deutschen Sparkassen zusammengebrochen ist. Der Minderheitsbericht, der seitens des Herrn Kollegen Dr. Danneberg erstattet worden ist, wirft mir allerdings vor, daß ich eine Reihe von Dingen gar nicht oder nicht genügend beleuchtet hätte. Ich halte es daher für notwendig, auch diese Angelegenheiten, die nunmehr im Minderheitsbericht besprochen werden, ebenfalls hier in meinem Berichte vorzubringen.

Wir erhielten einen Sonderbericht, ich glaube es war von der Bankkommission, über die Angelegenheit der Steueag-Prioritäten. Es hat sich nämlich, um die Sache kurz auseinanderzusetzen, folgendes zuggetragen: Das Land Steiermark hat den Beschluß gefaßt, Steueag-Prioritäten anzuschaffen, und zwar aus den Mitteln der Auslandsanleihe, die dem Lande zur Verfügung stand. Die Steueag-Prioritäten haben eigentlich ganz selbstverständlich durch diesen Beschluß des Landes Steiermark im Kurse anzuziehen begonnen, und es ist richtig, daß eine Anzahl von Perionen, und ich bin da offen und ehrlich, hohe Staatsbedienstete, Bundesangestellte, Landesangestellte, auch Politiker, sich an dieser Aktion beteiligt haben, indem sie Steueag-Prioritäten zu verhältnismäßig geringem Kurs gekauft und in der Zeit vom 8. bis 15. Juli, wo die stärkste Anziehung des Kurses war und wo diese Prioritäten den höchsten Preis erreicht haben, verkauft haben. Für uns im Untersuchungsausschuß lag natürlich die Frage nicht so, daß wir zu untersuchen hatten, was etwa im Lande Steiermark unter den dortigen Landesangestellten, unter den dortigen Bundesangestellten und auch unter den dortigen Politikern, soweit sie nicht dem Nationalrat angehören, vorgeht, für uns lag die Sache selbstverständlich so, daß wir untersuchen mußten: hat die Steirerbank oder hat die Centralbank bei dieser Aktion irgendeine Inforrektheit begangen oder haben sie aus dieser Aktion irgendeinen Schaden erlitten? Diese Fragen waren zu beantworten, und ich kann heute hier sagen, daß ich diese Fragen dahin beantworten kann, daß weder die Steirerbank noch die Centralbank der deutschen Sparkassen irgendeine Inforrektheit begangen hat. Wir haben das Tableau des Einkaufes und des Verkaufes von Steueag-Prioritäten seitens der Steirerbank im Ausschuß vorliegend gehabt und haben gefunden, daß die Steirerbank zu demselben Kurs, zu dem sie die Prioritäten angekauft hat, diese Prioritäten wieder an das Land weiterverkauft hat, daß sie also eine Inforrektheit nach dieser Richtung ganz bestimmt nicht begangen hat. Wir haben auch anderseits gesehen, daß weder für die Steirerbank noch für die Centralbank der deutschen Sparkassen aus dieser Aktion

irgendein Schade erwachsen ist. Selbstverständlich hatte daher der Untersuchungsausschuß sich mit dieser Angelegenheit nicht weiter zu befassen. Es ist eine andere Frage, ob das Land Steiermark sich mit dieser Frage befaßt. Wie ich höre, befaßt man sich dort damit weiter, und es ist, glaube ich, dort ein Untersuchungsausschuß eingesetzt worden. Nun, dieser Untersuchungsausschuß wird über diese Angelegenheit selbst weiter zu verhandeln haben.

Eines möchte ich feststellen. Wir haben nicht haltgemacht, wenn es sich darum gehandelt hat, daß christlichsoziale oder landbündlerische Politiker irgendwie kompromittiert waren, sondern es haben diese Herren daraus die Konsequenzen gezogen und mußten sie ziehen.

Wir haben weiters die Elokierung von 3.060.000 Dollar zu behandeln gehabt, die seitens der Nationalbank an den Wiener Bankenverband zu einem verbilligten Zinssatz gegeben wurden, zu dem Zwecke, daß es ihm ermöglicht werde, aus dem Zinsgewinn den steirischen landwirtschaftlichen Genossenschaften eine Subvention in der Höhe von 500.000 S zukommen zu lassen. Ich möchte bei Besprechung dieser Angelegenheit auf folgendes verweisen. Aus dem freigegebenen Völkerbundkredit standen der Nationalbank 5 Millionen Dollar zur Verfügung. 2 Millionen dieses Geldes wurden der Bayernbank in München zur Verfügung gestellt gegen dem, daß die Bayernbank . . . (*Witternigg: Das verkrachte Salzburger Festspielhaus saniere!*) . . . dem Salzburger Festspielhaus entsprechend entgegenkomme und ihm, ich glaube, einen Betrag von 12 Milliarden als Subvention gebe. Ich bitte, diese Sache ist vollkommen klar und offen gemacht worden. Der Salzburger Landtag und, ich glaube, auch die Gemeinde Salzburg haben einstimmig den Beschluß gefaßt, die Haftung für dieses Geld zu übernehmen, kurz, man kann in dieser Beziehung absolut nicht das mindeste nachsagen, daß da etwa Verheimlichungen oder sonst dergleichen geschehen wären. (*Witternigg: Wenn nicht saniert worden wäre, dann wären ein paar Christlichsoziale und. Deutschnationale eingesperrt und saßen im Kriminal! — Zwischenrufe.*) Ich referiere nur und stelle fest, daß aus diesen 5 Millionen Dollar 2 Millionen diesem Zwecke zugeführt wurden und daß die Nationalbank nun noch einen Betrag von etwa 3 Millionen Dollar aus dem freigegebenen Völkerbundkredit zur Verfügung hatte.

Ich möchte hier ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir eine Reihe von Zeugen während der 20 Sitzungen des Untersuchungsausschusses einvernommen haben, von denen ich, da niemals gegen einen Zeugen der Vorwurf der Lüge oder des Sprechens der Unwahrheit erhoben wurde, annehmen muß, daß man sich auf ihre Zeugenaussagen berufen darf. Da handelt es sich nun um folgendes: Der Herr Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

Dr. Reisch hat ausdrücklich erklärt, daß es ihm anheimgestellt ist, über die Elokierung von Völkerbundkrediten zu verfügen. Er hat gegenüber der Regierung nur die eine Verpflichtung, daß er diese Beträge nicht zu einem billigeren Zinssatz hinausgeben darf, sondern die Regierung bekommt den Durchschnittszinssatz jeweilig ausbezahlt. Es fragt sich nun, ob es vorteilhafter ist, die Kredite im Ausland oder im Inland zu elokieren. Da hat allerdings der Herr Präsident ohne weiteres gesagt, daß die Elokierung im Auslande vorteilhafter ist, daß er nur aus währungspolitischen Gründen eventuell darauf Wert legen muß, im Auslande zu elokieren, und daß, wenn solche Gründe nicht vorliegen, er die Möglichkeit hat, auch im Inlande zu elokieren; daß er sich aber dann natürlich einen Partner suchen muß, der, wenn es sich darum handelt Rückzahlungen zu leisten, wenn also das Geld rückberufen wird, in der Lage ist, in der Valuta Rückzahlungen zu leisten, in der ihm Beträge übergeben worden sind. Und da hat er nun gar keinen Anstand gefunden, an den Wiener Bankenverband diese 3 Millionen zu geben, und zwar gegen eine Verzinsung von $3\frac{1}{2}$ Prozent, eine Verzinsung, die genau so hoch war wie der Durchschnittszinssatz — bei der Bayernbank sind die Beträge sogar mit 4 Prozent verzinst worden, also höher als der Durchschnittszinssatz. Es war also gar kein Anstand, den Betrag zu begeben, insbesondere nicht, weil er sich klar war, daß es volkswirtschaftlich von großer Bedeutung ist, 50 landwirtschaftliche Genossenschaften in Steiermark nicht etwa einfach zusammenbrechen zu lassen, wenn es möglich ist, diesen Institutionen zu Hilfe zu kommen. Er ist ihnen eben auf diese Art und Weise zu Hilfe gekommen.

Und nun wäre noch die Frage aufzuwerfen: Durfte dieser Kredit durch die Nationalbank elokiert werden, gegebenenfalls mit Zustimmung des Finanzministers, oder war zu dieser Elokierung auch die Zustimmung der Bundesregierung oder des Parlaments erforderlich? Der Herr Präsident der Oesterreichischen Nationalbank hat ausdrücklich erklärt, daß er allein das Recht zur Elokierung hat, daß er sie daher gemeinsam mit dem Herrn Bundesminister für Finanzen vorgenommen hat.

Wir haben dann eine Reihe von Banken perlustriert, und zwar alle jene Banken, die im Laufe der Jahre 1924 und 1925 von der Centralbank übernommen worden sind. Es waren dies die Oesterreichische Industrie- und Handelsbank, die Niederösterreichische Bauernbank und die Steirerbank. Zur Perlustrierung der Steirerbank ist es auf folgende Art und Weise gekommen. Eines Tages haben uns die Herren Kuratoren erklärt, es seien Verhandlungen zwischen der Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt und der Steirerbank wegen Übernahme der Steirerbank im Zuge, und diese Verhandlungen hätten bisher folgenden Erfolg gezeitigt: Die Oesterreichische Boden-

Credit-Anstalt sei bereit, die Haftung für die Gelder zu übernehmen, die der Steirerbank seitens des Bundes oder der Postsparkasse kreditiert sind; dagegen wünscht die Boden-Credit-Anstalt, daß ihr die Aktien der Steirerbank, die bei der Centralbank der deutschen Sparkassen erlagen, franko Valuta, das heißt ohne jedes Entgelt ausgefolgt werden. Die Kuratoren haben Bedenken gehabt, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, und haben daher folgende Erklärung abgegeben: Der Centralbank der deutschen Sparkassen hat die Übernahme der Steirerbankaktien ungefähr einen Betrag von 11 Milliarden gekostet, und diese 11 Milliarden möchten sie nicht ohne weiteres fahren lassen, sondern sie möchten ein entsprechendes Entgelt seitens der übernehmenden Boden-Credit-Anstalt bekommen. Dazu sei es aber notwendig, daß man die Steirerbank einer genauen Überprüfung unterziehe, denn man könne den Wert der Aktie nicht feststellen, wenn nicht eine solche Überprüfung, und zwar durch Persönlichkeiten vorgenommen werde, die vollkommen unbefangen sind. Der Untersuchungsausschuß hat zwar nicht gerade zugestimmt, aber die Herren von der Bankkommission haben erklärt, daß eine solche Revision der Steirerbank sofort durchgeführt werden wird.

Diese Revision hat in der Folge stattgefunden, und wir haben dann über die Sache einen Bericht erhalten. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Aktiven der Bank — der Vermögensstatus wurde per 31. August 1926 aufgestellt — 5.125.600 S und die Passiven 4.975.400 S betragen, so daß sich noch ein Eigenvermögen der Bank von 150.200 S ergibt. Wir sehen also, daß die Überprüfung der Steirerbank die Tatsache gebracht hat, daß die Steirerbank aktiv — allerdings nicht mit einem hohen Betrag —, aber immerhin nicht passiv war, daß sie also eines jener Institute war, die an sich — daß ist übrigens auch im Berichte der Herren Experten zum Ausdruck gekommen — nicht lebensfähig waren, die aber immerhin kein Passivum aufwiesen. Ich meine, diese Tatsache schon spricht dafür, daß, wenn die Regierung und insbesondere der damalige Finanzminister ein Fusionsprogramm aufgestellt hat, weil es zu einer Geldinstitutezentrale nicht gekommen ist — die Nichteinführung hat sich volkswirtschaftlich außerordentlich ungünstig ausgewirkt —, sie eben Mittel und Wege suchen mußte, um den Banken, die nicht lebensfähig waren, die Möglichkeit zu geben, daß sie ihre Betriebskosten dadurch vermindern, daß sie mit anderen Instituten gemeinsam arbeiten. Und ich möchte den Fall der Steirerbank fast als denjenigen hinstellen, der beinahe das Muster für die Notwendigkeit einer Fusionierung ist, den Fall einer Bank, die noch nicht passiv ist, die aber, wie sich aus der ganzen Vermögensaufstellung ergibt, nicht mehr vollständig lebensfähig ist und daher suchen muß, irgendwo

anders unterzukommen, wo ihr diese Lebensfähigkeit ermöglicht wird.

Wir haben die Steirerbank mit besonderer Sorgfalt durchleuchtet — daselbe ist übrigens auch bei der Niederösterreichischen Bauernbank der Fall gewesen —, und ich muß sagen, daß wir festgestellt haben, daß die Steirerbank genau so wie die anderen Banken und auch wie die Centralbank der deutschen Sparkassen in allererster Linie daran zugrunde gegangen ist, daß sie eine verhältnismäßig junge Bank war, die sehr wenig an Reserven aufgestapelt hatte und daher in dem Augenblick, wo größere Anforderungen an sie gestellt worden sind, nicht mehr in der Lage war, diesen Anforderungen voll und ganz nachzukommen. Die Steirerbank hat sich damals in die „Murtal“, Holz- und Forst-Industrie-Aktiengesellschaft, hineintreiben lassen, sie hat in diesen IndustrieKonzernen ihre finanzielle Kraft hineingesteckt, und so ist es gekommen, daß sie, weil sie eben infolge ihrer kurzen Lebensdauer nicht über Reserven verfügen konnte, dann als eben der erste größere Stoß an sie herankam, sich nicht mehr als lebensfähig erwies.

Eines möchte ich noch feststellen: Wir haben insbesondere die Konten des damaligen Ministers für Kultus und Unterricht Dr. Rintelen einer sehr genauen Prüfung unterzogen, und es haben diese Konten — auch nach Angabe der Experten — dem Untersuchungsausschuß absolut keinen Grund zu irgendeiner Beanstandung gegeben. Ich möchte auch noch feststellen, daß auch die Bezüge des ehemaligen Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen von ihm nicht übernommen worden sind, sondern daß er sie anderen Zwecken zugeführt, sich also aus dieser Stellung bestimmt nicht bereichert hat.

Wir haben weiters einen Bericht über die Übernahme der Oesterreichischen Industrie- und Handelsbank gehört. Es ist das eine Bank, die im Minderheitsbericht als eine solche bezeichnet wird, die der großdeutschen Volkspartei nähersteht. Ich meine, daraus allein irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, war für den Untersuchungsausschuß sicherlich keine Notwendigkeit und keine Gelegenheit. Der Status dieser Bank, die übrigens bereits im Jahre 1924 seitens der Centralbank der deutschen Sparkassen übernommen worden ist, ergibt — und zwar am 30. Juni 1926 — einen Vermögensabgang von 2.262.275 S. Allerdings wurde uns im Untersuchungsausschuß erklärt, daß die Übernahme dieser Bank außerordentlich hohe Kosten verursacht hat. Aber ich muß da schon darauf hinweisen, daß es ja doch Sache der Centralbank gewesen wäre, bei der Übernahme dieser Bank etwas vorsichtiger zu sein, denn es wurde, wie im Untersuchungsausschuß festgestellt wurde, hüben und drüben in den Büchern Einschau gehalten, und man mußte wissen, wie und in welchem Zustand man diese Bank übernimmt.

Wenn die leitenden Herren von der Centralbank der deutschen Sparkassen die Übernahme trotzdem durchgeführt haben, so mußten sie sich auch klar darüber sein, ob sie die Opfer, die die Übernahme dieser Bank an sie stellen wird, werden tragen können. Wenn sie sich dabei verrechnet haben, so ist natürlich ein solcher Rechenfehler von ungeheurer Wirkung, insbesondere zur Zeit der Inflation — damals war freilich schon der Abbruch der Inflation —, also unmittelbar nach der Inflation. Zur Zeit der Inflation haben ja die Banken bekanntlich sehr gute Geschäfte gemacht. Ich meine also, jeder Fehler mußte sich hier besonders schwer rächen.

Im Jahre 1925 wurde die Niederösterreichische Bauernbank übernommen. Bei dieser Bank ist besonders darauf hingewiesen worden, daß ihre Führung eine geradezu verbrecherisch leichtfertige war, daß alles in Effektenpekulationen aufgegangen ist; man hat von einer großen Frankenspekulation gesprochen usw. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn man über die Niederösterreichische Bauernbank in gerechter Weise urteilen will, so muß man sich an die Zeit zurückerinnern, in welcher diese sogenannten Effektenpekulationen durchgeführt worden sind. Es war natürlich keine Spezialität der Niederösterreichischen Bauernbank, daß die einzelnen Kommittenten dort Effektenpekulationen gemacht haben. Bei jeder Bank sind doch Kommittenten gewesen, die Effekten gekauft und beim Anziehen des Kurses verkauft haben. Vom Schusterjungen bis zum höchsten Beamten hinauf hat in dieser Zeit jeder Mensch spekuliert, und man darf es doch nicht der Bauernbank — die ja allerdings eine gewisse Sorgfalt bei der Veranlagung ihrer Gelder üben mußte — verargen, wenn man sieht, daß sich tatsächlich auch bei ihrer Filiale Leute gefunden haben, die zunächst einmal gegen Erlag einer entsprechenden Sicherstellung Effekten gekauft, dann wieder verkauft haben, wieder neue gekauft haben usw. Ich meine, daß . . . (Zelenka: Halten Sie diese Rede vor den Bauern draußen!) Wenn Sie wünschen, halte ich sie auch vor den Bauern. Sie können versichert sein, daß es meine vollste Überzeugung ist, daß in dieser Zeit in der gleichen Weise wie bei der Bauernbank sicherlich auch bei allen anderen Banken in Effekten spekuliert worden ist. Wenn man nun darauf hinweist, daß dort eine große Anzahl von Konten war (Pölzer: 60 Konten!) — 64 Konten, ich sage Ihnen die genaue Ziffer — und daß diese Konten Deckkonten waren, bei denen man somit die Namen der Leute, die dort ihre Spekulationen durchgeführt haben, nicht gekannt hat, so können Sie doch daraus nicht dem Präsidenten oder Vizepräsidenten der Bank einen Vorwurf machen. (Pölzer: Dem Portier doch nicht!) Nein, aber dem Beamten, der die Aufgabe gehabt hat, diese Konten zu perlustrieren. Wenn man bei einer Bank Beamte hat (Pölzer: Das

erzählen Sie den Bauern!), die ausdrücklich mit der Aufgabe betraut waren, diese Deckkonten einer Perlustrierung zu unterziehen, so müssen Sie mir doch zugeben, daß man da sicherlich genügend vorgesorgt hat. (Glöckel: Haben sich die Beamten geweigert? Haben die Beamten den Auftrag gehabt und es nicht getan?) Ja, sie haben den Auftrag gehabt und haben es nicht getan. (Glöckel: Und sie sind nicht einmal in Disziplinaruntersuchung gezogen worden! — Zwischenrufe.) Jawohl, sie sind in Disziplinaruntersuchung genommen worden. (Sever: Als die Kuh aus dem Stalle war!) So lange sie darinnen war, hat man keine Ursache dazu gehabt. (Gelächter und Zwischenrufe.)

Schauen Sie, wenn man schon den betreffenden Direktionsleitern der Bank einen Vorwurf daraus machen will, daß sie nicht bei jedem einzelnen Konto gestanden sind, sondern nur vorgeesehen haben, daß ein Beamter mit der Perlustrierung dieser Konten beauftragt wird, und wenn dieser Beamte, als sich herausstellte (Zwischenrufe), daß er seiner Verpflichtung nicht nachgekommen ist, in Disziplinaruntersuchung genommen wurde, die mit der Entlassung des Beamten geendet hat (neuerliche Zwischenrufe), so kann man doch den Leitern dieses Instituts nicht einmal eine culpa in eligendo zum Vorwurf machen, sondern man muß sich sagen, daß sie sicherlich alles getan haben, was sie tun konnten, um dieser Effektenpekulation Herr zu werden. (Anhaltende Zwischenrufe Zelenka.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Abg. Zelenka, den Redner nicht zu unterbrechen!

Berichterstatter Dr. Odehual (fortfahrend): Wir haben dann weiter — und darauf ist besonders viel Wert gelegt worden — von der sogenannten Frankenspekulation gehört. Es ist richtig, daß dort einige Herren, von dem damaligen Direktor aufgefordert, sich an dieser Spekulation zu beteiligen, erklärt haben, sie würden einen verhältnismäßig sehr kleinen Betrag an Effekten kaufen. (Zwischenrufe. — Schneidmadl: Das waren unschuldig Verführte! — Lebhaftes Heiterkeit.) Vielleicht nicht; darüber zu urteilen ist nicht meine Sache, das überlasse ich Ihnen. Ich sage Ihnen nur: diese Frankenspekulation hat man nun zu einer großen Sache gemacht und von einem Konsortium gesprochen. Da möchte ich bitten, mir zu gestatten, daß ich die Ausführungen des Oberprokuristen Haslinger auseinandersetze, der gar keine Ursache hatte, irgendeinen Herrn zu schonen, und der uns im Untersuchungsausschuß folgendes erklärt hat. Er ist von seinem Direktor wirklich mit dem Auftrage nach Paris geschickt worden, dort französische Effekten zu kaufen. (Zwischenrufe Zelenka.)

Präsident: Herr Abg. Zelenka, unterlassen Sie doch die Zwischenrufe!

Berichterstatter Dr. Odehnal: Der Herr Oberprokurist Haslinger hat diesen Auftrag befolgt, er hat aber nur — ich glaube, er hat gesagt — um ungefähr 800 Millionen Kronen Effekten gekauft und hieher nach Wien gebracht. (*Pölzer: Zahlt sich aus!*) Als er nach Wien kam, hat Direktor Miksch ihm ausdrücklich gesagt: Wir nehmen einen Teil dieser Effekten auf das Konto der Bank, weil sich aus diesen Effekten schon ein Gewinn ergibt. Ich bitte, das können Sie alles in den stenographischen Protokollen des Untersuchungsausschusses nachlesen. (*Pölzer: Wir drucken es ab und lassen es die Bauern lesen!*) Ich bitte vielmals, aber nur ganz der Wahrheit gemäß — dann können Sie es ruhig machen. Nun hat der Oberprokurist Haslinger gefragt: Wie soll ich diese Effekten buchen und wie soll ich das auf die einzelnen aufteilen? Und da ist ihm vom Direktor gesagt worden: Machen Sie ein Konto, nennen Sie es Konsortialkonto, buchen Sie dort die Effekten und auch die Beteiligungen aller jener Herren, die an der Sache teilhaben! Und zum Schluß hat man aus dieser Sache ein Konsortium gemacht. Ich stelle fest, daß absolut keine Aufzeichnungen gefunden worden sind, daß ein solches Konsortium bestanden hat, sondern daß lediglich dieses Konto Konsortialkonto geheißen hat und nur zu dem Zwecke aufgemacht worden ist, weil man nicht die Verteilung dieser verhältnismäßig sehr wenigen Effekten vornehmen konnte. (*Zwischenrufe.*) Im übrigen kann ich Ihnen sagen, daß die Differenzen aus dieser Frankenspekulation mit Ausnahme von zwei Herren, die ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, von jedem einzelnen Herrn gedeckt worden sind. (*Dr. Danneberg: Wer waren die zwei Herren?*) Der eine ist der Bertl und der andere der Aberbach. (*Lebhafte Heiterkeit und Rufe: Ah, Aberbach!*) Ja, dieser berühmte Aberbach, mit dem so viel Schindluder getrieben worden ist. (*Zwischenrufe Forstner. — Gegenrufe.*)

Präsident: Aber Herr Abg. Forstner, ich bitte um Ruhe! Der Herr Berichterstatter hat das Wort. (*Forstner: Da ist der Herr Dr. Jerzabek kein Antisemit!*) Aber Herr Abg. Forstner, ich bitte sich zum Worte zu melden, wenn Sie zu sprechen wünschen! (*Anhaltende Zwischenrufe Forstner. — Gegenrufe.*) Ich bitte den Herrn Abg. Forstner, keine Rede zu halten, er hat nicht das Wort, sondern der Herr Berichterstatter hat das Wort! (*Zwischenrufe.*)

Berichterstatter Dr. Odehnal: Das war die ganze, so groß angemachte Frankenspekulation. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Präsident: Aber ich bitte, jetzt Ruhe zu halten! Der Herr Berichterstatter hat das Wort!

Berichterstatter Dr. Odehnal (fortfahrend): Ich gehe nun dazu über, die einzelnen Gründe noch kurz zu erörtern, die zum Zusammenbruche der

Centralbank geführt haben. (*Zelenka: Sie sind froh darüber, daß man über den Aberbach schon hinweggekommen ist!*) Sie auch, lieber Zelenka, denken Sie nur nach — ich meine, der Aberbach tut uns nichts. (*Pölzer: In den Versammlungen draußen heißt es: Wer ist Aberbach?*) Ich habe es überall, wo ich die Möglichkeit hatte, auch in Versammlungen auseinandergesetzt und die Leute waren darüber begeistert. (*Ruf: Auch die Bauern?*) Selbst Bauern, ja. (*Ruf: Sie waren begeistert?*) Ich meine, sie waren froh darüber, daß das, was man ihren Führern vorwirft, nicht ganz so der Wahrheit entspricht, wie diese Vorwürfe gemacht worden sind. (*Glöckel: Mit wie viel Prozent ist der Ausgleich, daß es nicht ganz so entspricht?*) Aber, meine Herren, ich habe doch ganz der Wahrheit gemäß hier vor Ihnen referiert. Habe ich den Namen Aberbach verschwiegen? Nein. Ich habe gewußt, daß es für Sie ein besonderes Vergnügen sein wird (*Heiterkeit*), aber ich habe trotzdem den Namen nicht verschwiegen. (*Zwischenrufe.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Aber ich bitte, doch nicht immer zu unterbrechen. Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Dr. Odehnal (fortfahrend): Es handelt sich also darum, jetzt noch die Gründe festzustellen, die zum Zusammenbruche der Centralbank der deutschen Sparkassen geführt haben, und da darf ich wohl darauf hinweisen, daß die Centralbank seinerzeit ein großes Institut war, das sein Hauptfundament in den deutschen Sparkassen hatte, die heute der Tschechoslowakei angehören. Als der Zerfall Österreichs kam, war es natürlich nicht nur ein Unglück für die Centralbank, daß sie diese Institute verloren hat, sondern ein weiteres Unglück für die Centralbank war darin gelegen, daß sie sich mit diesen Instituten noch finanziell auseinandersehen mußte. Diese finanziellen Auseinandersetzungen haben nach den Angaben der Leiter der Centralbank der deutschen Sparkassen, insbesondere nach den Angaben des im Untersuchungsausschuß einvernommenen Generaldirektors Hammer, große Opfer von der Centralbank gefordert. Die Centralbank hat dann noch einen Fehler gemacht, indem sie auf gehört hat, eine Bank der Sparkassen zu sein. Dieser Fehler wird nur dadurch entschuldbar, daß auch die Sparkassen nicht mehr ganz ihren Aufgaben gerecht geworden sind. Aber die Centralbank war genötigt, und zwar durch die Inflation genötigt, Kapitalvermehrungen zu machen, um sich die notwendigen Mittel zu verschaffen, weiterbestehen und ihren Konzern Gelder zuführen zu können. Und gerade die letzte Kapitalvermehrung der Centralbank der deutschen Sparkassen hat sie in die Hände von Industriellen geführt, die sie in andere Bahnen hineingedrängt haben, als in welchen dieses Institut hätte wandeln sollen, in die Hände von Industriellen, die mehr

ihre eigenen als die Ziele der Allgemeinheit verfolgt haben. Auch die Übernahme dieser drei Banken, die ich früher erwähnt habe, war zweifellos dazu geeignet, von der Centralbank Opfer zu fordern; aber sie mußte sich darüber klar sein, welche Opfer sie werde bringen müssen, und wenn sie sich dabei verrechnet hat, so ist dieser Fehler natürlich nur auf ihr Konto zu schreiben. Es haben ja die Nationalbank und die Postsparkasse in richtiger Erkenntnis der volkswirtschaftlichen Bedeutung solcher Subventionen Gelder zur Verfügung gestellt, jedoch nicht in einem solchen Ausmaße, daß sie die Kosten dieser Übernahmen hätten vollständig decken können. Als wir den Status der Centralbank von den Kuratoren bekommen haben, da haben wir uns am besten überzeugen können, daß der Verlust, der nach Abzug des Aktienkapitals und der Reserven sich auf 68,835.000 S beziffert, und zwar am 30. Juni 1926, bevor also die Regierung zu Hilfe gekommen war, sich zusammensetzt aus einem Betriebsverlust von 10,600.000 S, daß also ein immerwährendes Betriebsdefizit in der Bank war und daß das schon natürlich außerordentlich ungünstig gewirkt hat. Wir haben hier bei den Bankfusionen einen Verlust von 16,300.000 S, bei den Industriefkonzernen aber einen Verlust von 29,300.000 S verzeichnet — ein Beweis dafür, daß es in der Hauptsache die Industrien waren, die den Zusammenbruch der Bank verschuldet haben.

Wir haben nunmehr durch das Centralbankgesetz, das vor kurzem im hohen Nationalrat beschlossen worden ist, festgelegt, daß die Haftungen nach dem Bankhaftungsgesetz selbstverständlich ausgeübt werden können. Wir haben sogar die liquidierende Stelle gezwungen, daß sie in verschiedenen Abschnitten Berichte erstattet, daß diese Berichte auch dem Hauptausschusse des Nationalrates zur Verfügung gestellt werden. Wir haben weiters aus dem Munde des Herrn Bundesministers für Finanzen Dr. Riebenböck gehört, daß auch dort, wo etwa eine strafgerichtliche Verfolgung des einen oder des anderen notwendig erschiene, eine solche strafgerichtliche Verfolgung nicht nur Platz greifen kann, sondern im Sinne der Bestimmungen des Strafgesetzes Platz greifen muß. Wir haben auch im Nationalrat vor wenigen Monaten ein Unvereinbarkeitsgesetz beschlossen und ich glaube, alle diese gesetzlichen Bestimmungen sind geeignet, nicht nur ähnliche Dinge in Zukunft hintanzuhalten, sondern jetzt schon darüber schlüssig zu werden, in welcher Weise man gegen den einen oder andern Schuldtragenden, wenn sich solche finden, vorgehen muß. Es erübrigt sich daher, nach dieser Richtung hin hier vor dem hohen Nationalrat Anträge zu stellen, und ich bitte daher den hohen Nationalrat, diesen meinen Bericht über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses in der Angelegenheit der Centralbank der deutschen Sparkassen ent-

gegenzunehmen. (*Lebhafter Beifall und Handeklatschen.*)

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Wir haben einen Minderheitsbericht zu dem Berichte des Centralbank-Untersuchungsausschusses angemeldet, nicht, wie ich schon in einem schriftlichen Berichte ausgeführt habe, weil etwa in dem Berichte des Herrn Berichterstatters Tatsachen festgestellt wären, gegen die man polemisieren müßte, sondern weil aus diesen Tatsachen nicht immer die richtigen Schlüsse gezogen sind und weil der Bericht, den der Herr Berichterstatter gedruckt dem hohen Hause vorgelegt hat, nicht vollständig ist und sich nicht mit allen wesentlichen Fragen, die im Untersuchungsausschuß verhandelt worden sind, beschäftigt hat. Der Herr Berichterstatter hat allerdings in seinen mündlichen Ausführungen einiges nachgeholt und über einige Dinge hier Erörterungen angestellt, die in seinem gedruckten Berichte nicht enthalten gewesen sind. Das enthebt mich aber nicht der Pflicht, auch meinerseits zu diesen Dingen noch Stellung zu nehmen.

Hohes Haus! Dieser Untersuchungsausschuß hat in seinen 20 Sitzungen in einer mehrmonatlichen Tätigkeit eine, wie ich glaube, sehr nützliche Arbeit geleistet und einen sehr tiefen Einblick in die Mißbräuche gebracht, die im österreichischen Bankwesen vorhanden sind. Jetzt, nachdem so vieles ans Tageslicht gekommen ist, erscheint es erst begreiflich, warum die Herren der Majorität im Juli sich gar so sehr dagegen zur Wehre gesetzt haben, daß ein solcher Untersuchungsausschuß eingesetzt werde. Ich erinnere daran, daß am 8. Juli des heurigen Jahres, als der Finanzausschuß in einer vertraulichen Sitzung das Centralbankgesetz beriet, der Herr Abg. Dr. Odehnal, der heutige Berichterstatter, und Herr Dr. Hampel sich ausdrücklich gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ausgesprochen haben, ja sich sogar gegen die Einsetzung eines Kuratoriums aussprachen. Man wollte damals, so wie das auch in der Regierungsvorlage selbst enthalten war, das Kreditinstitut einfach mit der Aufgabe betrauen, diese Centralbankangelegenheit zu führen. Wenige Tage darauf, am 9. Juli, hat der damalige Präsident Dr. Dinghofer sich nur damit einverstanden erklärt, daß drei Vertreter des Finanzausschusses den Status der Centralbank überprüfen sollen. Bei einer so oberflächlichen Arbeit, wie sie da nur möglich gewesen wäre, wäre natürlich nichts herausgekommen. Der Herr Abg. Dr. Odehnal hat damals den Antrag gestellt, es möge eine dreigliederige Kommission, die von der Regierung ernannt wird, eingesetzt werden, um den Status zu überprüfen und dann dem Finanzausschuß durch die Regierung einen Bericht zu erstatten. Das alles wären Methoden gewesen, mit denen man den Dingen nicht auf den Grund gekommen wäre, und es hat hier in der Tat der Einsetzung eines mit gerichtlichen Funktionen ver-

sehenen parlamentarischen Untersuchungsausschusses bedurft, um eine wirkliche Untersuchung der Centralbankangelegenheit vorzunehmen. Schließlich haben die Herren der Majorität dem damals im Juli nicht mehr ausweichen können, und so hat also dieser Ausschuss seine Tätigkeit begonnen.

Sie ist, das muß ich schon sagen, im Laufe der Zeit mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet worden. Es war selbstverständlich, daß man dem Kuratorium einige Wochen Zeit einräumen mußte, um sich in dieser schwierigen Materie zu orientieren. Daher war es klar, daß der Untersuchungsausschuss nicht gleich im Juli seine meritorischen Arbeiten aufnehmen konnte, sondern daß er das erst im September tat. Da haben schon alle Zeitungen zu schreien angefangen: „Wo bleibt der Untersuchungsausschuss? Man hat alles mögliche Böse gesagt, und jetzt drückt man sich von der Beweisführung, der Untersuchungsausschuss tritt gar nicht zusammen!“ — Er ist den Herren nicht früh genug gekommen. Dann, wie er da war und seine Tätigkeit begonnen hat, hat man gleich nach der ersten Sitzung gerufen: „Um Gottes willen, was geschieht denn da? Das ist ja ganz unmöglich, daß man solche Dinge vor der Öffentlichkeit ausbreitet, daß man das alles erzählt, was da geschehen ist“, und man hat Schlussrufe für die Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses schon nach dessen erster und zweiter Sitzung gehört. Wir haben uns nicht beirren lassen und haben die notwendige Arbeit, nicht mehr als das, aber die notwendige Arbeit geleistet. Dann haben sich die Leute wieder beklagt, daß man zu wenig Herren vor dem Ausschuss einvernommen habe, und die Zeitungen haben wieder darüber geschrieben, warum der, warum jener vor dem Ausschuss nicht einvernommen werde — mit einem Worte, man konnte es niemandem recht machen.

Trotzdem glaube ich, daß es eine im ganzen außerordentlich notwendige Arbeit gewesen ist, die in diesem Untersuchungsausschuss geleistet wurde. Das, was hier klargestellt worden ist, hohes Haus, das ist ein Stück Bankgeschichte, ein Stück Kredit- und Finanzwesen unseres Landes aus den letzten Jahren. Wir alle wissen, daß die Banken in den letzten Jahren eine sehr merkwürdige Entwicklung genommen haben. Es hat im August 1914 auf dem Boden unserer Republik im ganzen 504 Bankstellen gegeben, im August 1919 waren es 547 und im August des Jahres 1923 1021. Das heißt, das Bankwesen hat ungeheuer überwuchert, ist in der Zeit der Inflation treibhausmäßig emporgewachsen und es gehört zu den schweren Verfündigungen, und Fehlern der Regierung, und zwar vor allem der ersten Regierung Seipel-Rienböck, daß sie dieser schändlichen Entwicklung nicht in den Arm gefallen ist, sondern daß man damals gerade umgekehrt alle diese Inflations-

gewächse als ein Zeichen für die großartigen Fortschritte der Sanierung gepriesen hat, daß man diese Börsenspekulationen, die durch die Mißwirtschaft bei den Aktienemissionen begünstigt worden sind, als ein Zeichen der Genesung von Österreich gepriesen hat, als ein Zeichen dafür, wie gut diese Genfer Sanierung gewirkt hat. In Wirklichkeit, hohes Haus, war es eine außerordentlich schädliche Entwicklung, die sich da vollzogen hat.

Man kann nicht sagen, es sei heute, ein paar Jahre später, sehr leicht, über diese Dinge zu urteilen und zu sagen, es seien die und jene Fehler bei der Behandlung dieser Frage durch die Staatsverwaltung gemacht worden. Denn wir können darauf hinweisen, daß es Männer gegeben hat, die gleich am Beginn dieser Ära mit aller Deutlichkeit und Schärfe die Schäden dieser Entwicklung gezeigt und vorausgesagt haben und die auch die notwendigen Mittel vorgeschlagen haben, um diese Entwicklung nicht zu groß werden zu lassen. Es war ein schwerer Fehler der Regierung, daß sie diesen Warnungen kein Gehör geschenkt hat. Diese Warnungen sind vor allem von der Bankkommission gekommen, die im Oktober 1921 eingesetzt worden ist. Ich erinnere daran, daß die Bankkommission schon am 30. September des Jahres 1922 eine ganze Reihe von Gesetzen beantragt hat, durch die es möglich gewesen wäre, diese schädliche Entwicklung einzudämmen. Es ist damals in Vorschlag gebracht worden ein Gesetz über die Notwendigkeit der staatlichen Bewilligung zum Betriebe gewerbsmäßiger Bankgeschäfte; es ist damals ein Gesetz vorgeschlagen worden über die Verantwortlichkeit der Bankleiter; es wurde ein Gesetz vorgeschlagen über den Schutz des Titels Bank und Bankier; ebenso Vorschriften zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Buchführung und Bilanzaufstellung in den Banken und eine Reihe von anderen Dingen mehr. Aber das alles ist von der Regierung sabotiert worden, alle Warnungen sind in den Wind geschlagen worden, man hat sich dieser Giftblüte gefreut und hat das mitsamt dem Herrn Zimmermann als ein Zeichen gepriesen, wie gut die Sanierung nach vorwärts gehe.

Unter diesen Gründungen, die damals in diesen Jahren erfolgt sind, gab es auch eine Anzahl politischer Gründungen, und zwar solcher Unternehmungen, die als rein parteipolitische Unternehmungen gegründet worden sind, und solche, denen man diesen Charakter nicht beimessen kann, an deren Spitze aber doch auch Politiker, und zwar sehr namhafte Politiker, sich gestellt haben. Heute, hohes Haus, sehen wir im Bankwesen ein großes Leichenfeld. Die Zahl der Banken, die zugrunde gegangen sind, geht in Österreich schon in die Duzende und unter diesen zugrunde gegangenen Banken befinden sich auch nahezu alle, die als parteipolitische Banken oder Banken mit parteipolitischer Färbung von den Parteien

der Majorität gegründet worden sind. Aber ein Unterschied unter den zugrunde gegangenen Banken ist sehr deutlich zu merken. Es gibt solche, die man sang- und klanglos hat sterben lassen, deren Sterben nur begleitet war von dem Wehklagen der kleinen Aktionäre und der Einleger, die dort ihr Geld verloren haben. Und dann gibt es andere, bei denen direkt oder indirekt die Regierung und die Mehrheitsparteien sich bemüht haben, irgend etwas zu retten. Es gibt solche, bei denen man versucht hat, durch Fusionierungen oder stille Liquidierungen keinen Skandal, keine Erregung aufkommen zu lassen, es gibt solche, bei denen man die Nationalbank oder die Postsparkasse oder — offenbar auf Veranlassung der Regierung — auch die Großbanken eingespant hat, um auf ganz verschiedene Art und Weise einzugreifen und nicht offenbar werden zu lassen, was geschehen ist. Zu den Methoden hat auch gehört, daß die Regierung ihre eigenen Gelder verwendet hat, um solchen Banken zu helfen; auf dem Wege der berühmten Glazierungen hat die Regierung auch eingegriffen, um verfrachten oder verfrachtenden Banken zu helfen. Es war der zweite große Fehler, den die Regierung begangen hat, daß sie, da sie diese ganz ungesunde Entwicklung hat groß werden lassen, dann, wie alles schief gegangen ist, nicht den richtigen Standpunkt eingenommen hat, daß das, was faul ist, zugrunde gehen soll, sondern daß man versucht hat, all diese Entscheidungen immer wieder hinauszuschieben — womit man in Wirklichkeit nicht etwas gut gemacht hat, sondern im Gegenteil diesen Prozeß nur schwieriger gemacht und verschlechtert hat —, und daß man versucht hat, faule Dinge zusammenzulegen. Aber wenn zwei Verneinungen eine Bejahung geben, so geben zwei schlechte Banken, die man zusammenspannt, noch keine gute Bank, sondern das Schlechte an der Sache wird dann immer noch schlechter. Das haben wir im Laufe der letzten Jahre wiederholt bei den Aktionen der Regierung gesehen.

Und so ist auch der ganze Fall der Centralbank zu betrachten, bei der ein zentraler Bankentrach zustande gekommen ist, denn es handelt sich hier ja nicht um die Centralbank allein, sondern um all die Bankunternehmungen, die mit ihr im Zusammenhang stehen. Der Fall ist nur deswegen von ganz besonderer Bedeutung, weil hier die Regierung direkt und unmittelbar eingegriffen hat, indem sie Gelder — und noch dazu ganz ungeheure Beträge — unmittelbar aus der Staatskasse genommen hat, um sie zur Rettung dieser Bank zu verwenden. Man hat dafür natürlich allerhand Argumente gesucht und da ist den Herren zur Abwechslung auch ein antisemitisches Argument eingefallen. So haben wir sehr namhafte Herren der Majorität, wie zum Beispiel erst kürzlich den Herrn Vizekanzler Dr. Dinghofer, von dem jüdischen Ansturm reden gehört, der gegen die Central-

bank der deutschen Sparkassen unternommen worden sei, und es hat auch der Herr Bundeskanzler Dr. Seipel kürzlich in einer Versammlung erklärt, diese ganze Aktion sei eine Aktion gegen die Mittelbanken, die von dem Herrn Stadtrat Breiner und den Leuten geführt werde, die hinter ihm stehen. Nun, dazu kann ich nur sagen, daß sich, wenn man hier von einem Ansturm redet, den das jüdische Kapital gegen die Centralbank unternommen hat, so ein Argument sehr pudig ausnimmt in dem Munde der Herren, die in den Vorzimmern dieser jüdischen Großbanken oft genug herumgestanden sind, um die Hilfe dieser Großbanken für verfrachtete kleine Parteibanken in Anspruch zu nehmen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Jedenfalls haben wir Sozialdemokraten mit solchen Ideen nichts zu tun. Es ist uns gar nie eingefallen, einen Ansturm gegen die Centralbank der deutschen Sparkassen zu unternehmen, wir haben auch gar keine Ursache und keine Veranlassung dazu gehabt, weder gegen diese noch gegen jene Bank einen Ansturm zu unternehmen, um sie zugrunde zu richten, weil uns das ja gar nichts angeht.

Es handelt sich aber hier um etwas ganz anderes. In Wirklichkeit ist hier gar nicht ein jüdischer Ansturm gegen die Centralbank vorgelegen, und es handelt sich auch gar nicht um einen Angriff gegen Mittelbanken, den hier irgend jemand unternommen hat, sondern wenn diese Centralbank zugrunde gegangen ist, dann tragen jene Faktoren mit die große Verantwortung, die heute die Aufmerksamkeit von ihrer Verantwortung dadurch ablenken wollen, daß sie nach altem Muster erzählen: der Jude ist schuld daran, daß die Centralbank zugrunde gegangen ist. Diese Centralbank, hohes Haus, ist in den letzten Jahren ein sehr merkwürdiges Gebilde geworden. Schon ihr Titel war eine absolute Irreführung, „Centralbank der deutschen Sparkassen in Österreich“ hat diese Bank geheißen, aber sie war das gar nicht; jedermann hätte, wenn er dieses Firmenschild gelesen hat, meinen können, daß hier wirklich eine Zentralfstelle der Sparkassen sei. Ja, eine solche Zentralfstelle der Sparkassen, eine solche Geldausgleichsstelle der Sparkassen wäre gewiß eine sehr nützliche und sehr zweckmäßige Einrichtung, und hoffentlich kommt jetzt so etwas auch wirklich zustande. Aber diese Centralbank der deutschen Sparkassen war etwas ganz anderes. In einer Denkschrift der Sparkassen haben wir erst kürzlich gelesen, daß von den 5 Millionen Stück Aktien dieser Centralbank der deutschen Sparkassen nur 128.481 Stück, also eine ganz geringfügige Minorität, in den Händen der Sparkassen gewesen ist. (*Hört! Hört!*) Diese Centralbank der deutschen Sparkassen, wie sie geheißen hat, war die Bank des Herrn Artmann und vor allem des Herrn Rutte, das war die Bank dieses großdeutschen Faisseurs. Das ist in Wirklichkeit die Centralbank gewesen, eine Bank wie jede andere auch.

Die Irreführung durch den Titel schon hätte die Regierung gar nicht dulden dürfen, dann wäre auch manches Malheur dabei vermieden worden. Es war die Bank des Herrn Wutte, der obendrein diese unter seiner Führung stehende Bank sehr schwer geschädigt hat, indem er die Kapitalsvermehrung, die er übernommen hat, gar nicht bar eingezahlt hat. Wie wenig die Sparkassen mit dieser Bank in Wirklichkeit verbunden waren, sehen Sie doch daran, meine Herren, daß entgegen den Mitteilungen, die uns die Regierung im Sommer hier gemacht hat, am 30. Juni des heurigen Jahres, wie sich dann herausgestellt hat, nicht einmal drei Zehntel aller Einlagen bei der Centralbank von Sparkassen hergestammt haben. (*Hört! Hört!*) Und wenn man die Sache so darstellen will, daß die Centralbank von überragender Bedeutung für die Sparkassen gewesen ist, dann sieht man, wie wenig richtig diese Behauptung ist, auch daran, wenn ich feststelle, daß von dem gesamten Einlagenstand, den alle österreichischen Sparkassen nach den Ausweisen des Verbandes der österreichischen Sparkassen am 30. Juni gehabt haben, nämlich von einem Betrag von 680 Milliarden, nicht einmal 5 Prozent in der Centralbank der deutschen Sparkassen veranlagt gewesen sind. (*Lebhafte Hört! Hört!-Rufe.*)

Meine Herren! Diese Zahlen sind gar nicht unwesentlich für die Beurteilung der Behauptung der Regierung, sie hätte diese Aktion für die Sparkassen unternommen. Wenn man den Sparkassen helfen wollte, was an und für sich gewiß kein verwerflicher Gedanke war, dann hätte man das ganz anders machen können. Wie man es hätte machen können, das hat man an dem Gesetz gesehen, das einige Tage später, im Juli, im Finanzausschuß beschlossen worden ist. Wenn eine Sparkasse durch den Krach der Centralbank wirklich in Schwierigkeiten geraten wäre, dann hätte man einer solchen Sparkasse mit einem Bundesdarlehen aushelfen können, wie man ja das nach dem 10. Juli auf Grund dieses Gesetzes wirklich getan hat. Dazu hätte man nicht 600 Milliarden gebraucht, die obendrein bei dieser Affäre verlorengegangen sind und nunmehr durch eine allgemeine Steuer hereingebracht werden müssen. Es war eine Irreführung, die man der Öffentlichkeit auch suggerieren wollte, denn der Herr Präsident Reisch zum Beispiel hat selber am 1. Juli in seiner Zeitungsmitteilung erklärt, die Centralbank sei besonders zu behandeln, anders als andere Banken, weil sie das Sammelbecken der überschüssigen Sparkassen- und Genossenschaftseinlagen sei. Eine Bank, bei der nicht einmal 5 Prozent des ganzen Einlagenstandes der österreichischen Sparkassen veranlagt sind, wird man wohl nicht als ein Sammelbecken der überschüssigen Sparkassengelder von Österreich bezeichnen können. Wenn die Regierung den Sparkassen hätte helfen wollen, so hätte sie es, wie ich

schon gesagt habe, auf dem anderen Wege tun können. Aber der Regierung war es offenbar nicht nur um die Sparkassen zu tun, sondern wie die Zusammenhänge zeigen, um etwas anderes; es war ihr um diese Bank selbst zu tun.

Die Regierung hat das Argument gebraucht, das ich als eine Ansrede bezeichne, daß der „Abend“ mit seinem Artikel schuld daran gewesen sei, daß die Centralbank zugrunde ging und daß auf diese Weise das ganze Unheil entstanden sei. Nun, ich muß schon sagen: Wenn ein Zeitungsartikel ein Unternehmen umbringen könnte — den Versuch haben ja die Herren der Majorität in der letzten Zeit schon sehr oft mit Zeitungsartikeln und mit Broschüren unternommen (*lebhaft Zustimmung*), und die Herren haben dabei die Erfahrung gemacht, daß das, was gesund ist, nicht mit Zeitungsartikeln und auch nicht mit dickleibigen Broschüren umzubringen ist (*Zustimmung*), und diese Erfahrung werden Sie auch weiterhin machen. Wie traurig muß es um eine Bank stehen, die durch einen 24 Zeilen langen Artikel eines Abendblattes umgeblasen werden kann! Und dabei, wenn wir uns das heute anschauen, müssen wir sagen, daß dieser Artikel gar nicht einmal das gesagt hat, was sich dann als traurige Wirklichkeit herausgestellt hat, und daß er in Wirklichkeit für die Regierung ein guter Vorwand war, den sie gebraucht hat (*Zustimmung*) oder den sie sich gern hat gefallen lassen, um eine Aktion zu vollenden, mit der sie sich schon vor dem Erscheinen dieses „Abend“-Artikels wochenlang beschäftigt hat. (*Rufe: So ist es!*)

Wie es um die Centralbank gestanden hat, das haben wir im Untersuchungsausschuß deutlich genug erfahren. Der Herr Präsident Reisch zum Beispiel hat uns dort erzählt, am 24. Juni — das war sechs Tage vor dem Erscheinen dieses „Abend“-Artikels — habe eine Sitzung des Generalkrates der Nationalbank stattgefunden, und er habe sich nicht entschließen können, hat er uns erzählt, in dieser Sitzung eine Ermäßigung des Zinsfußes vorzuschlagen, denn eine Ermäßigung des Zinsfußes bedeute eine günstige Beurteilung der kreditpolitischen Lage, und er hätte sich einer solchen Blamage, daß er die kreditpolitische Lage günstig beurteile, nicht dadurch aussetzen wollen, daß doch für die nächsten Tage eventuell ein großer Bankkrach durch die Centralbank bevorstand. (*Hört! Hört!*) So, sagte der Präsident Reisch, habe er sechs Tage vor dem „Abend“-Artikel die Lage beurteilt, daß er einen Krach der Centralbank für möglicherweise unmittelbar bevorstehend gehalten hat.

Wir haben noch ein anderes Zeugnis, das Zeugnis des Generaldirektors der Centralbank selbst. Der Generaldirektor Hammer hat vor dem Untersuchungsausschuß erklärt, er habe zwar keine fixe Zusage der Regierung gehabt, daß sie Hilfe leisten werde, er habe aber den Eindruck gehabt, daß die Regierung helfen werde, denn — das alles hat in der zweiten

Halbte Juni gespielt — „wenn ich diesen Eindruck nicht gehabt hätte“, sagte er, „so hätte ich die Bank am 1. Juli zugesperrt“.

Ungeachtet dieser Tatsachen ist es ja geradezu lächerlich, einen Zeitungsartikel von 24 Zeilen als die Ursache des Zusammenbruches einer Bank aufzufassen, die über 1½ Billionen Gelder verfügt hat. In Wirklichkeit haben die maßgebenden Leute die Lage der Centralbank sehr schlecht aufgefaßt. Daß es andere, leichtfertige Menschen gegeben hat, wie zum Beispiel den Herrn Landeshauptmann Hintelen, der noch in den allerletzten Tagen einen großen Teil der Dollaranleihe des Landes Steiermark der Centralbank überantworten wollte, welches Geschäft nur deshalb nicht zustande gekommen ist, weil er von der Centralbank zuviel Zinsen dafür verlangt hat, ist wieder eine andere Frage.

Das Passivum dieser Bank ist im Untersuchungsausschuß mit mehr als 800 Milliarden festgestellt worden. Die Bank war eigentlich, wie wir dort erfahren haben, schon im Jahre 1924 passiv, damals schon hat der damalige Finanzminister Dr. Kienböck den Herren der Bauernbank, die bei ihm waren, um ihn zu fragen, ob sie sich vielleicht mit der Centralbank fusionieren sollen, mit aufgehobenen Händen, wie Landeshauptmann-Stellvertreter Zweigbacher dargelegt hat, erklärt: nicht anrühren an diese Centralbank. Im Jahre 1925 war das Betriebsdefizit schon absolut klar, im ersten Halbjahr 1926 natürlich erst recht, und es war die Bundesregierung selber, die die Verhandlungen mit der Deutschen Girozentrale gestoppt hat, weil sie nicht wollte, daß diese durch eine Allianz mit einem verkrachenden Institut hineingelegt werden soll.

So war in Wirklichkeit die Lage der Centralbank, und da ist nun die Regierung nach mannigfachen Verhandlungen, die sie schon im ersten Halbjahr 1926 geführt hat, dazu gekommen, dort diesen riesenhaften Betrag von 625 Milliarden hineinzuworfen. Mit dem Verfassungsbruch, der darin lag, hat sich das Parlament schon einmal eingehend beschäftigt, und wenn auch am 30. August die Ministeranklage von der Mehrheit des Hauses abgelehnt worden ist, so hat doch die Annahme des Verfassungsgesetzes über die Sicherung des Budgetrechtes, das wir beantragt haben, gezeigt, daß es kein Freibrief für künftige Regierungen sein darf, wenn die Regierung Kamek freigesprochen worden ist.

Die Regierung Kamek hat aber nicht nur einen Verfassungsbruch begangen, sondern sich damals auch einer Lüge gegenüber dem Parlament schuldig gemacht. Der Herr Berichterstatter hat selber von den 4 Milliarden der Steirerbank erzählt, die in den ersten Julitagen von der Regierung ausgezahlt worden sind. Auf diese 4 Milliarden der Steirerbank ist man nur durch einen Zufall gekommen, weil das gewissenhafte Kuratorium unter anderem

auch feststellen wollte, ob die Beträge, die bei der Centralbank eingelaufen sind, mit den Überweisungen der Nationalbank übereinstimmen, was bei 560 Milliarden, um die es sich gehandelt hat, natürlich nicht ganz unbedingt der Fall sein muß, so daß kleine Differenzen möglich wären. Da stieß man nun auf eine Differenz von genau 4 Milliarden, und auf diesem Wege kam man erst Ende August dazu, festzustellen, daß die Regierung Anfang Juli der Steirerbank 4 Milliarden überwiesen hat. Das ist uns damals im Finanzausschuß nicht mitgeteilt worden. Der Herr Finanzminister Kollmann hat, wenn ich mich recht erinnere, im Untersuchungsausschuß auf die Frage, warum er das dem Finanzausschuß nicht mitgeteilt hat, erklärt, er sei darum nicht gefragt worden, und deshalb hätte er es nicht mitgeteilt. Man kann natürlich nicht um etwas fragen, wovon man gar keine Kenntnis hat. Aber so ist es nicht einmal, denn ich habe dann feststellen können, daß in der Sitzung des Finanzausschusses vom 8. Juli tatsächlich in dieser Sache gefragt worden ist (*Hört!*), und zwar habe ich aus den Aufzeichnungen, die ich mir in dieser vertraulichen Sitzung gemacht habe, festgestellt, daß ich gefragt habe, ob nicht auch die Steirerbank jetzt Geld bekommen hat, und darauf hat der Herr Oberkurator Streeruwitz damals die Antwort gegeben: Nein. (*Hört!*) Er konnte nein sagen, denn aus den Mitteln der Centralbank hat ja die Steirerbank diese 4 Milliarden nicht bekommen; es hat sich ja herausgestellt, daß er die Auszahlung dieser 4 Milliarden, die man von ihm verlangt hat, verweigert hat. (*Hört! Hört!*) Aber er hat uns da eine höchst unvollständige Antwort gegeben, als er einfach nein gesagt hat, statt uns den Hergang zu erzählen, und es wäre natürlich die Pflicht eines Finanzministers gewesen, der bei diesen Erörterungen doch anwesend war, zu sagen: Ich habe 4 Milliarden der Steirerbank anweisen lassen. Er hat es nicht getan, sondern man hat uns das verheimlicht, in einem Augenblick verheimlicht, wo das Parlament doch erst in dieser Sitzung selbst zur Kenntnis der ungeheuerlichen Tatsache gekommen ist, daß 625 Milliarden für die Centralbank ausgegeben worden sind.

So, meine Herren, ist die Regierung gegenüber dem Parlament vorgegangen. Aber sie hat überdies in dieser ganzen Sache leichtfertig gehandelt, weil sie selbst die Tragweite ihres Beschlusses gar nicht erkannt hat und sich offenbar, wie die Dinge gezeigt haben, auch nicht bemüht hat, sich über die Tragweite ihres Beschlusses klar zu werden. Der Herr Präsident Reisch hat noch am 1. Juli eine Aussendung an die Presse gemacht, in der er erklärt hat, die finanzielle Tragweite der Entschließung der Regierung sollte nicht überschätzt werden, da bei einer ruhigen Abliquidierung der drohende Verlust sich in mäßigen Grenzen bewegen werde. Meine Herren! Daß 600 Milliarden verlorengegangen

sind und jetzt durch eine Steuer hereingebracht werden sollen, ja daß es vielleicht 800 Milliarden sein werden und die Regierung daher eine Ermächtigung für 800 Milliarden Obligationen verlangt hat, das zeigt, wie richtig die Prophezeiung war, daß es sich um einen mäßigen Verlust handle. Und der Herr Finanzminister Kollmann hat hier im Hause von der Regierungsbank aus am 12. Juli erklärt: Der vorgestreckte Betrag — so sagte er wörtlich — ist eine Anleihe, die man dem Institut gibt, damit es die schwierige Zeit überstehe und aus den Einnahmen der eigenen Aktien diesen Betrag wieder refundiere. (*Hört! Hört!*)

Meine Herren, das hat man bezüglich einer Bank gesagt, deren Passivum man dann mit 800 Milliarden festgelegt hat. Es konnte gewiß niemand vom Finanzminister und von der Regierung verlangen, daß man uns damals auf Heller und Pfennig angegeben hätte, wie die Centralbank steht. Daß aber die Regierung in dieses ganze Abenteuer hineingegangen ist, ohne auch nur eine beiläufige Ahnung zu haben, daß das wirklich 600 oder 800 Milliarden kosten werde, das ist wohl der Beweis für eine Leichtfertigkeit, wie sie größer gar nicht gedacht werden kann. (*Beifall und Händeklatschen.*) Um so mehr, hohes Haus, liegt hier Leichtfertigkeit vor, als die Regierung ja nicht nur der Centralbank irgendwie Hilfe bringen wollte — schon lange vor dem Artikel im „Abend“ —, sondern daß die Regierung sogar erwogen hat, sich mit 10 Prozent Kapital an dieser Centralbank selbst zu beteiligen. Wenn aber eine Regierung Verhandlungen darüber führt, selbst ein Zehntel des Aktienkapitals einer Bank zu übernehmen, also nach dem Bankhaftungsgesetz schwere Verantwortungen mitzübernehmen, da müßte eine solche Regierung doch wirklich Klarheit darüber haben, wie es mit dieser Bank steht. Aber wir haben aus den Verhandlungen des Ausschusses erfahren, daß man diese Klarheit nie gehabt hat, daß man monatelang über die Dinge herumgeredet hat, ohne auch nur die Goldbilanz zu kennen, daß dann, wie der Herr Präsident Reisch erzählt hat, eine Goldbilanz vorgelegt worden ist, die man auf den ersten Blick als gesetzwidrig und als falsch erkannt hat, weil die eigenen Aktien der Centralbank, die in ihrem dauernden Besitz waren, ganz vorschriftswidrig bewertet gewesen sind.

So hat die Regierung Verhandlungen mit einer Bank geführt, an der sie sich selber beteiligen wollte, so ist diese ganze Angelegenheit behandelt worden, indem man Hunderte von Milliarden in diese Bank dann hineingesteckt hat. Und dabei muß man sagen, daß die Regierung von dem Gesichtspunkt aus, daß sie diese Bank retten wollte, die Dinge erst recht falsch angepackt hat, denn die Übernahme der Garantie durch die Regierung hat doch jedem Menschen erst recht gezeigt, daß diese Bank ganz faul ist, und hat

natürlich bewirkt, daß die weitere Existenz dieser Bank nicht möglich war. Das ist nicht nur unsere Anschauung, sondern auch alle Sparkassen in Österreich sind einmütig dieser Anschauung, und sie haben ja auch alle gegen das Einlagensicherungs-gesetz protestiert, das die Regierung damals eingebracht hat, weil durch ein solches Gesetz alle Sparkassen in Mißkredit hätten kommen müssen.

Die Regierung beruft sich allerdings zur Rechtfertigung ihres Vorgehens immer darauf, sie habe gehandelt nach der Meinung und nach dem Gutachten des besten Sachverständigen, den sie da zu Rate ziehen konnte, nach dem Gutachten des Herrn Präsidenten Reisch. Aber wir haben schon gesehen, daß der Herr Präsident Reisch erstens einmal die Bedeutung der Centralbank für die Sparkassen völlig überschätzt hat, und wir haben dann im Zuge der Untersuchung auch feststellen können, daß er kein unbeteiligter und unbefangener Sachverständiger in dieser ganzen Frage gewesen ist (*So ist es!*), sondern daß er einen unheilvollen Einfluß auf die Entwicklung dieser Bank genommen hat und daher daran interessiert war, einen Krach dieser Bank aufzuhalten.

Im Jahre 1924 war diese Bank eigentlich passiv, auch wenn sie keine passive Bilanz erstellt hat. Der Herr Finanzminister Riebenböck hat die Bank damals schon für schlecht gehalten, er hat die Bauernbank vor der Centralbank gewarnt. Und damals hat der Herr Präsident Reisch die Fusionierung der Industrie- und Handelsbank mit der Centralbank nicht nur gutgeheißen, sondern gefördert und einen wesentlichen Einfluß darauf geübt, daß diese Fusion zustande kam, die sich dann für die Centralbank als sehr schädlich und als sehr schlecht erwiesen hat.

Der Präsident der Nationalbank hat noch einen zweiten schweren Fehler gemacht. Es ist die Centralbank Ende 1924 im Obligo der Nationalbank mit mehr als 300 Milliarden gestanden; der Präsident der Nationalbank wußte also, daß es der Centralbank sehr schlecht geht. Dieses Obligo ist im Jahre 1925 rapid kleiner geworden, und er hat daraus geschlossen, daß es nunmehr der Bank sehr gut gehen müsse, weil sie der Nationalbank nichts mehr schuldig sei. Er hat ganz übersehen, daß eine Bank, die momentan über viele Einlagen verfügt, natürlich von der Nationalbank keinen Kredit braucht, wenn ihr noch dazudiese Einlagen vielleicht billiger zu stehen kommen als der Kredit der Nationalbank, er hat übersehen, daß das für die Güte der Bank, für einen günstigen Status natürlich gar nichts bedeutet. Und das ist auch die Wirklichkeit gewesen. Trotz ihres günstigen Einlagenstandes ist die Bank schon im Jahre 1925 absolut passiv gewesen. Der Herr Präsident Reisch hat aber auch im Jahre 1925 wieder seine Hand im Spiel gehabt, als man dieser durchaus ungünstig stehenden Bank die Bauernbank angehängt hat, und

er hat ja selber damals Gelder mithineingesteckt, indem er 28^{1/2} Milliarden aus den Erträgen der Nationalbank geschenktweise für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat. Er hat erklärt, das sei eine Stützungsaktion gewesen, und hat seine Ansicht, daß er da gestützt habe, theoretisch begründet. Er hat gesagt, für den Wirtschaftler handle es sich da immer nur um den Schutz des Publikums und der Wirtschaft, das Strafgericht möge sich mit den Schuldigen beschäftigen — so hat er vor dem Ausschuss erklärt —, das gehe ihn nichts an, er habe sich nur damit zu befassen, daß das Publikum und die Wirtschaft geschützt werde. Auf die Frage, warum er denn gerade in dem einen Falle eingegriffen habe und in so vielen anderen Fällen nicht (*So ist es!*), hat er erklärt, natürlich könne man nicht überall eingreifen, das müsse man dem Urteil der Berufenen überlassen, wo das Eingreifen zweckmäßig sei, auch auf die Gefahr hin — hat er dann gemeint —, daß man da irgendwelcher Ungerechtigkeiten oder politischer Einflussnahmen geziehen werde; die Berufenen müßten entscheiden, wo ein Eingreifen zweckmäßig sei. Merkwürdig ist eben, daß das Eingreifen solcher staatlicher und halbstaatlicher Institute immer nur dort zweckmäßig war, wo es sich um eine christlichsoziale Gründung handelte und wo irgend etwas der Regierung oder den Regierungsparteien Unangenehmes zu verbergen war. In denselben Tagen, in denen der Centralbankskandal kam, ist doch hier in Wien ein großer bürgerlicher Konsumverein mit 40 Milliarden Spareinlagen zahlungsunfähig geworden. Der Herr Finanzminister Kollmann hat damals erklärt, es falle ihm gar nicht ein, hier zu helfen, was gehe einen das an, hat er gesagt, die Leute, die in einen Konsumverein ihre Spareinlagen tragen, sollen sich das besser überlegen. (*Kollmann: So hat er es nicht gesagt!*) So ist es in einem Briefe gesagt worden, so ist es in den Zeitungen gestanden. Und der Herr Präsident Reisch hat sich ganz ähnlich im Untersuchungsausschuss geäußert. Er hat zwar gesagt, er habe sich auch mit der Frage des Konsumvereins beschäftigt, nur ist da eben nichts herausgekommen, es kann halt nicht überall geholfen werden, aber man müsse es sich eben überlegen, wenn man einem Konsumverein Spareinlagen gebe. Bei anderen Genossenschaften hat man es sich aber nicht überlegen müssen. Denn gerade in derselben Zeit, heuer im Mai, hat man doch für die steiermärkischen Genossenschaften, die auch Ein- und Verkaufsgenossenschaften sind, eine Hilfsaktion eingeleitet (*So ist es!*) — eine recht merkwürdige Hilfsaktion obendrein. Und als man den Herrn Präsidenten Reisch im Ausschusse fragte, warum man dort anders vorgehe, hat er zunächst gesagt, in Steiermark sei das im Interesse der Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens geschehen. (*Heiterkeit.*) Daß irgendwelche kleinen Genossenschaften in Dörfern ruhig liquidiert werden

können und niemand einen Schaden erleidet, das liegt also im Interesse der Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens; daß ein großer Wiener Konsumverein mit 40 Milliarden Spareinlagen, der immobilisiert ist, seinem Schicksal überlassen bleibt, liegt offenbar auch im Interesse der Entwicklung des genossenschaftlichen Gedankens. Man sieht nur, wie großartig die Objektivität des Herrn Präsidenten Reisch in diesen Dingen da steht.

Die Regierung selbst ist aber ebenso mitschuldig an diesen Ereignissen gewesen wie er. Wir haben im Ausschuss gesehen: An der Spitze der Centralbank stand ein Präsident, der ohnmächtig war, der von gar nichts irgend etwas erfuhr, eine reine Figur. Wir sahen einen Generaldirektor, der seiner Aufgabe gewiß nicht gewachsen war, wir sahen eine Bank, die ihrem Titel, ihrer Konstruktion nach, wie gerade der Herr Bundeskanzler selbst auch in seiner Aussage hervorgehoben hat, besonders vorsichtig zu behandeln war. Darauf hat er sich auch ja hier im Hause in seiner Verteidigung gegen die Ministeranklage berufen, daß man gerade die Centralbank der deutschen Sparkassen mit besonderer Vorsicht behandeln müsse. Das hat aber die Regierung in ihrer Art, die Centralbank der deutschen Sparkassen die ganzen Jahre her zu behandeln, nicht bewiesen, denn die Regierung hat ja diese Bank dazu verwendet, um dort verkrachte Unternehmungen hineinzugeben und zuzudecken.

Meine Herren! Wir haben im Ausschusse erfahren, daß die Centralbank anscheinend überhaupt dazu ausersehen war, alles zu machen. Es ist uns dort erzählt worden, daß man ihr die Deutsche Bodenbank anhängen wollte — das ist dann nicht zustande gekommen. Wir haben erfahren, daß man ihr dann eine Tiroler Bank hat anhängen wollen — das ist auch nicht zustande gekommen. Aber bei drei Banken, der Handels- und Industriebank, der Bauernbank und bei der Steirerbank ist es dann wirklich zustande gekommen. Es waren drei sehr politische Unternehmungen — ich brauche sie hier nicht des näheren zu charakterisieren, denn das Material, das darüber im Untersuchungsausschuss zutage gefördert worden ist, ist wahrlich reichlich genug. Da war die Industrie- und Handelsbank, von der Herr Vizkanzler Dinghofer in seiner Aussage im Ausschusse erklärt hat, sie habe als der großdeutschen Partei nahestehend gegolten. Da war die Bauernbank, an deren Spitze die prominentesten Führer der christlichsozialen Bauernbewegung von Niederösterreich standen — Beweis für den politischen Charakter genug. Da war die Steirerbank der Herren Hintelen und Alhrer — da erübrigt sich jedes Wort zur weiteren Charakterisierung aller dieser Banken, die zur Centralbank gekommen sind. Es ist in der Untersuchung festgestellt worden, daß trotz des Eingreifens der Nationalbank der Centralbank daraus

Verluste entstanden sind, die mehr ausmachen, als das Kapital und die Reserven der Centralbank betragen haben, das heißt, diese Aufnahme der verfrachten Parteibanken hat die Centralbank ihr ganzes Vermögen gekostet.

Das ist die eine wichtige Feststellung, die im Untersuchungsausschuß gemacht worden ist. Wenn der Herr Berichterstatter in seinen Ausführungen hier erklärt hat, es sei uns eine Bilanz der Steirerbank vorgelegt worden, nach der eigentlich ein Aktivstand vorhanden sei, so kann ich nur sagen, daß diese 1½ Milliarden Aktiven, die dort ausgerechnet worden sind, sofort in nichts zerfallen, wenn man die Kavag-Aktien, die das Hauptaktivum der Steirerbank bilden, richtig bewertet; sie sind in dieser Bilanz sehr stark überwertet. Bewertet man sie richtig, dann zeigt sich das Passivum der Steirerbank sehr deutlich.

Für die Regierung hat es sich also darum gehandelt, daß verdeckt wird, daß die drei Banken dorthin gekommen sind, und unter welchen Umständen das geschehen ist. Denn, meine Herren, daran war ja nicht nur der Herr Präsident Reisch, sondern der Finanzminister der Regierung Ramek, Herr Dr. Mrer selbst, intensivst beteiligt. Er hat mit Herrn Dr. Reisch zusammen die Bauernbank der Centralbank angehängt, und er hat ihr dann auch die Steirerbank angehängt, und es ist sehr bezeichnend, daß uns der Herr Generaldirektor Hammer im Untersuchungsausschuß deponiert hat, er sei damals zum Herrn Finanzminister gegangen und habe ihm erklärt: Wir haben jetzt die Bauernbank übernommen, wir haben diese noch nicht verdaut, und jetzt sollen wir wieder die Steirerbank übernehmen? Das kann man uns nicht zumuten, das werden wir nicht aushalten! Aber die Centralbank mußte die Steirerbank übernehmen, und Herr Dr. Mrer hat ihr versprochen, er werde ihr schon Tabakgeschäfte, Salinengeschäfte und Bundesbahngeschäfte verschaffen. Das hat er ja immer zur Hand gehabt; das hat er dem Herrn Bosel in genau derselben Zeit, im Oktober 1925, für die Unionbank versprochen, das hat er in derselben Zeit auch dem Herrn Generaldirektor Hammer für die Centralbank versprochen — nur um seine Zwecke zu erreichen; da war er leichtfertig genug, alles möglich zu versprechen, der Centralbank auch die Steirerbank anzuhängen, wovon übrigens auch der Präsident Reisch damals in diesem einen Fall gewarnt hat. Es ist begreiflich, daß eine Regierung, deren Finanzminister das auf seinem Gewissen hat, einer Bank, die mit besonderer Vorsicht behandelt werden soll, derartige verfrachte Unternehmungen angehängt zu haben, das Bedürfnis hat, ihre Sünden zuzudecken (*Beifall und Händeklatschen*), damit man nicht erfahre, was für Unheil da entstanden ist. Und dieses Bedürfnis ist bei der Regierung

um so mehr vorhanden gewesen, als nicht nur die Tatsache womöglich zugedeckt werden sollte, daß die Übernahme dieser drei Banken für die Centralbank den Verlust ihres Vermögens bedeutet hat, sondern die Regierung hat eine Ursache, zuzudecken, auch deswegen gehabt, weil ja verschleiert werden sollte, was bei diesen Banken vorgegangen ist, die da von der Centralbank übernommen worden sind.

Da war die Bauernbank. Die Tatsachen sind bekannt, ich brauche mich dabei nicht lange aufzuhalten. Der Herr Berichterstatter hat versucht, die Dinge zu beschönigen, und hat uns hier die berühmte Geschichte von dem Schusterjungen erzählt, der auch spekuliert hat, daher sei es kein Wunder, daß auch bei der Bauernbank spekuliert worden sei. Ja, wenn das ein Entschuldigungsgrund sein soll, dann hat es die christlichsoziale Betrachtungsweise dieser Dinge weit gebracht. Ich muß allerdings sagen, daß das Statut dieser Bauernbank ganz entgegen solchen Anschauungen konstruiert war, und traurig ist nur, daß dieses gute Statut nicht eingehalten worden ist. Es konnte gar nicht eingehalten werden, man hat es den Beamten nämlich gar nicht eingeschärft. Der Oberprokurist Haslinger, der vor dem Untersuchungsausschuß einvernommen wurde, hat dort, als man ihm das Statut vorgehalten hat, erklärt, er habe es wohl einmal liegen gesehen, aber er habe es niemals gelesen. Die Herren haben offenbar kein Gewicht darauf gelegt, daß die Oberbeamten der Bauernbank wissen sollen, in welchem Geiste diese Bank eigentlich zu führen sei. Und wenn man das als eine selbstverständliche Erscheinung erklärt, daß die Spekulationskonti 74 Milliarden zählen und daß davon 64 Milliarden verloren sind — ja, wenn das die normale Wirtschaft wäre, dann hätten ja sämtliche Banken Österreichs zugrunde gehen müssen. Es ist in der Tat eine ganz anormale Wirtschaft, die in dieser Bauernbank geführt worden ist, und in diesem Urteil über die verbrecherische Leichtfertigkeit, mit der man dort am Werke war, waren sich alle Leute einig, auch der Präsident der Nationalbank hat das mit aller Offenheit und Deutlichkeit in dem Untersuchungsausschuße gesagt. Das, worum der Streit geht, ist etwas anderes. Der Herr Berichterstatter hat hier gesagt, was aus den Kreisen der Majorität schon oft gesagt worden ist: Ja, es ist traurig, daß das alles dort so war, aber wer kann dafür? Die Beamten, der Direktor. Der Direktor ist tot, der ist auch sehr gelegen gestorben, der Verwaltungsrat kann gar nichts dafür. Ja, ich muß schon sagen, wenn eine ganze Reihe namhafter Politiker sich an die Spitze einer Bank als Direktionsrat hinstellt und dort unter Hinweis auf die Partei die Einlagen unter parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenzieht, dann sind sie für das verantwortlich, was dort geschehen ist. (*Zustimmung*). Es ist gar nicht lange

her — ein paar Monate —, da hat der Oberste Gerichtshof einen Direktor der zusammengebrochenen Kaufmännischen Bank von der fahrlässigen Krida mit der Begründung freigesprochen, er sei dort nur ein Beamter, ein Angestellter gewesen. Ja, wenn der Direktor nicht verantwortlich ist, dann ist eben der Verwaltungsrat verantwortlich, dann sind eben die Herren verantwortlich, die die wirkliche Leitung in der Bank innehaben, und dieser Verantwortung können auch die Herren der Bauernbank nicht entgehen. Meine Herren! Leichtfertig in Niederösterreich, leichtfertig in anderen Ländern! Es ist eine unerhörte Tatsache, daß die Raiffeisenkassengelder der Bauern in fast allen österreichischen Ländern in der größten Gefahr gewesen sind, durch Spekulationen verlorenzugehen. Man hat die Agrarbank retten müssen, die die Raiffeisenkassengelder von Salzburg, Tirol und Vorarlberg in der Frankenspekulation des Hauses Bonwiller hat verpielen lassen, man hat die Raiffeisenkassengelder in Niederösterreich retten müssen, die in der Bauernbank verlorengegangen sind — können Sie sagen, daß das eine Wirtschaft war, die vor irgend jemandem zu rechtfertigen ist? *(Lebhafter Beifall.)* Das wird niemand behaupten können.

Die Steirerbank — das ist wieder ein anderer Fall —, das ist jenetypische Verquickung von Politik und Geschäft, das ist dieser echte Korruptionsjumpf, den das System Rintelen bedeutet. Diese Sache ist in der Öffentlichkeit so viel erörtert worden, daß ich hier keine Details anzuführen brauche. Ich möchte nur ein Wort über eine Sache sagen, die der Herr Berichterstatter besonders hervorgehoben hat. Er hat gemeint, man habe sich mit den Steuag-Spekulationen beschäftigt, und habe feststellen können, daß die Centralbank oder die Steirerbank nicht unkorrekt vorgegangen seien und daß sie besonders keinen Schaden erlitten haben. Ja, das glaube ich, daß sie keinen Schaden erlitten haben; das war ja der Zweck der Übung bei diesen Spekulationen; nicht der Steirerbank einen Schaden zu bereiten, sondern sie auf diesem Wege aktiv zu machen, und zwar zum Schaden der Kassa des Landes Steiermark. Es ist eine bisher einzig dastehende Methode, die da geübt worden ist, daß eine Landesregierung frei an der Börse Aktien in die Millionen Stück zusammenkauft und dadurch die Kurse hinaufreibt, Milliarden von Landesgeldern hinauswirft, um auf diesem Wege Banken und spekulierenden Beamten ihre Konten zu erleichtern und sie aktiver zu machen. Einen Schaden hat die Steirerbank nicht erlitten, aber eine Schande ist das Ganze, wie sie ärger gar nicht gedacht werden kann! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Und gerade diese Steirerbank war ja das Rühmlichst. Noch im September — gerade als

der Untersuchungsausschuß zusammentreten sollte — hat ja der Finanzminister Dollmann einen Versuch gemacht, die Steirerbank noch vor der Untersuchung zu bewahren. Da hat sich die Bodenkreditanstalt hilfsbereit dazu bereit gefunden, die ganze Steirerbank zu übernehmen, nur damit man ja in dieses christlichsoziale Unternehmen nicht hineinschauen kann, und es war ja die Majorität in dem Bankauschuß des Parlaments, die heuer im Februar durch einen eigenen Beschluß verhindert hat, daß die Steirerbank von der Bankkommission kontrolliert wird. Der Herr Minister Uhrer hat damals sogar von diplomatischen Interventionen geredet, die uns drohen, wenn man es wage, einen Kontrollor der Bankkommission in das Bureau der Steirerbank einzuschicken. Die Herren wußten schon, was sie dort zu verbergen haben. Aber stellen Sie sich vor, meine Herren, wenn der Herr Dr. Odehnal, der heute der Berichterstatter über die Centralbank ist, nicht damals im Monate Februar diesen Antrag gestellt hätte, keine Kontrolle bei der Steirerbank zu machen, es der Bankkommission geradezu zu verbieten, dort die beschlossene Kontrolle durchzuführen! Wenn man damals diese Kontrolle wirklich gemacht hätte, meine Herren, wenn man damals dort kontrolliert hätte, hätte man vieles gefunden; man wäre dazu gekommen, auch die Centralbank zu kontrollieren, und es hätte dieses ganze Unheil vermieden werden können. Aber die Regierung wollte eben nicht, die Majorität wollte eben nicht, sie wollten diese Geschäfte weiter machen, so lange es nur geht, und sie wollten keine Liquidierung dieser traurigen Affären herbeiführen. Nun, meine Herren, jetzt, da doch alles an den Tag gekommen ist, wenigstens in diesen Instituten — es gibt noch manches, was erst an den Tag zu bringen wäre, aber in diesen Instituten ist manches an den Tag gekommen — sagt man: Zugegeben, es ist nicht schön, aber man erklärt es mit den Verhältnissen der Zeit, in der das alles geschehen sei, und man sagt, wenn das nun schon alles so war, sind denn deswegen die Leute Verbrecher? Hat man irgend jemandem nachgewiesen, daß er gestohlen hat? Im Untersuchungsausschuß und auch sonst hat man wiederholt diese Frage aufgeworfen.

Aber das heißt eine falsche Frage stellen. Es ist gar nicht die Frage gewesen, ob jemand gestohlen hat. Eine solche Behauptung ist von gar niemandem aufgestellt worden. Aber es ist eine ganz falsche Darstellung, die Dinge etwa so zu dechselfeln, als ob es im Strafgesetz nur einen einzigen Paragraphen, nämlich den Diebstahlsparagraphen, und als ob es nicht Delikte gebe, die sehr gravierend sind, auch wenn sie mit Diebstahl gar nichts zu tun haben. Ich frage: Ist es ein ärgeres Verbrechen, wenn irgendein Arbeitsloser irgendwo einen Laib Brot stiehlt, oder ist es ein ärgeres Verbrechen, wenn der Verwaltungsrat einer Bank,

ausgestattet mit dem besonderen politischen Vertrauen ihrer Einleger, Milliarden und abermals Milliarden an Einlagen an sich zieht und durch seine Wirtschaft schuldig wird, daß diese Einlagen in Börsenspekulationen verlorengehen? Ist das nicht ein viel ärgeres Verbrechen, als es irgendein Diebstahl ist? (*Lebhafte Zustimmung. — Händeklatschen.*) Wir haben ja im Strafgesetzbuch Paragraphen über fahrlässige Arida und andere, nach denen diese Dinge zu beurteilen wären. Aber man weiß, daß die Gerechtigkeit machmal sehr blind ist und oft nicht sieht, was sie vor allem sehen müßte. Wir begreifen, daß die Regierung ein Interesse daran gehabt hat, daß alle diese Dinge, die man da kennengelernt hat, nicht an den Tag kommen, daß das alles unter die Bank fällt und daß man davon überhaupt nichts mehr hört.

Es ist richtig, die Tatsachen haben in der Öffentlichkeit einen sehr starken Eindruck hervorgerufen. Da ist man nun gekommen und hat gesagt, das alles sei für den Kredit Österreichs schädlich, es sei traurig, daß man solche Dinge vor der Öffentlichkeit darlegt, und der Herr Professor Gürtler hat einmal gesagt, der Ausschuß sei ein Demolierungsausschuß. Ja, meine Herren, etwas ist dort vielleicht demoliert worden, nämlich das Vertrauen der kleinen Leute zu den bürgerlichen Parteien. (*Lebhafte Zustimmung.*) Das ist jetzt wirklich demoliert worden, nachdem man erfahren hat, wie man mit den Spargeldern der Massen der Bevölkerung in solchen Parteiiustituten gewirtschaftet hat.

Aber, meine Herren, ich muß es zurückweisen, wenn behauptet worden ist, dieser Feldzug sei um eines Parteivorteils willen, den wir für uns erringen wollten, unternommen worden. (*Zustimmung. — Zwischenrufe.*) Meine Herren! Es ist gar keine Schande, sage ich Ihnen überdies, wenn eine Partei ihre Politik so führt, daß nicht ihre Gegner die Vorteile davon haben, sondern die eigene Partei. Wir wären ja Dummköpfe, wenn wir unsere Politik anders machen würden. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*) Aber ich darf ruhig sagen, daß es sich in diesem Falle gar nicht um parteipolitische Vorteile gehandelt hat, und es erscheint mir selbst auch durchaus zweifelhaft, ob sich wirklich für jemanden parteipolitische Vorteile aus dieser ganzen Aktion ergeben werden. Denn diese Aktion hat eine Folge, eine bedauerliche Folge, sage ich selber, aber es ist vielleicht unausweichlich gewesen, daß sehr breite Massen der Bevölkerung einen Ekel vor der ganzen Politik bekommen haben, daß sehr breite Massen der Bevölkerung heute die Anschauung haben, daß ein Politiker ein schlechter Kerl auf jeden Fall sei und die Politik etwas Schlechtes ist. (*Zwischenrufe.*) Meine Herren, wenn Sie aber uns daran die Schuld geben, dann kann ich nur sagen, das ist dasselbe wie beim Arzt: wenn jemand eine

eitrige Wunde hat, dann wird sie nicht besser, wenn man sich mit Ekel und Abscheu von ihr abwendet, sondern dann muß eben der Arzt kommen und es muß diese Wunde kuriert, manchmal auch gründlich operiert werden. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*) Das ist unangenehm, das hat unter Umständen auch seine Gefahren — das ist richtig — aber wenn diese Operation nicht gemacht wird, dann geht der Patient auf jeden Fall zugrunde. Was Sie begangen haben, meine Herren, daß nämlich diese ganze Korruptionswirtschaft gezüchtet worden ist, das war eine Gefahr für die ganze Republik, das ist eine Schande der Demokratie gewesen. (*Zustimmung.*) Nicht diejenigen haben unrecht, die jetzt diese Schande aufgedeckt haben, sondern die, die sie begangen und zu verantworten haben. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*)

Nun ist aber auch die Konsequenz aus diesen Dingen zu ziehen, die Konsequenz für die Vergangenheit; denn es handelt sich nicht um eine gleichgültige Frage, sondern ungefähr 1 Billion Kronen Steuern müssen aufgebracht werden, um das gutzumachen, was die Regierung hier getan hat. Die Volkswirtschaft ist für die nächsten 15 Jahre mit 1 Billion Steuern mehr belastet, als sie sonst zu tragen hätte, und überdies ist der innere Markt durch diese hunderte Milliarden von Obligationen, die jetzt kommen werden, für andere innere Anleihen verammelt. Das ist keine gleichgültige Frage, und daher muß die Konsequenz aus diesen Dingen gezogen werden. Das Haus hat schon einmal mit Mehrheit die Ministeranklage abgelehnt, und es wäre müßig, gegen den Herrn Kollmann heute eine solche Anklage zu wiederholen. Das Haus hat beim Refundierungsgesetze auch schon entschieden, was mit den Verantwortlichen dieses ganzen Krachs geschehen muß. Es ist in dem Gesetze festgestellt, daß das Bankhaftungsgesetz gegen sie angewendet werden muß, und ich möchte hier noch einmal mit aller Eindringlichkeit und Schärfe erklären, daß es sich die Regierung nicht einfallen lassen soll, die Liquidation so zu führen, daß das alles etwa unter den Tisch fällt. Es steht im Gesetze drinnen, daß der Finanzminister in jedem Halbjahre dem Hauptausschuß über die Ergebnisse Bericht zu erstatten hat, und es wird also Sache der Regierung sein, sich ernsthaft darum zu kümmern, daß das Bankhaftungsgesetz Anwendung findet und daß niemand ihm entgeht, den es zu treffen hat. Es hat der Herr Finanzminister öfter den Standpunkt eingenommen, Gott, bei der Sache kommt ja nichts heraus, die Leute, die man da zur Verantwortung ziehen kann, haben ja alle nichts. Ob sie etwas haben oder nicht — es ist nicht richtig, daß alle nichts haben, es gibt schon solche darunter, die etwas haben, und es wird manche geben, die gar nichts haben. (*Lebhafte Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte, meine Herren, keine Zwischenrufe zu machen! Lassen Sie den Herrn Berichterstatter zu Ende reden! (*Sever: Er soll sich schämen, noch hereinzukommen!*) Herr Abg. Sever, ich rufe Sie zur Ordnung. Der Herr Abg. Kollmann hat ebenso das Recht, hier zu sitzen. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Ich bitte um Ruhe! Lassen Sie den Herrn Abgeordneten zu Ende reden!

Dr. Danneberg: Ich meine, daß es gar nicht darauf ankommt, wie viele Milliarden die Regierung durch die Anwendung dieses Bankhaftungsgesetzes hereinbringen wird. Vielleicht wird es keine große Summe im Verhältnis zu der Gesamtsumme sein, um die es sich handelt. Es wäre wünschenswert, wenn es eine große Summe wäre, aber wenn es auch nicht so sein wird, so verlangt doch das beleidigte Rechtsempfinden des ganzen Volkes (*Beifall und Händeklatschen*), daß die Schuldigen wenigstens zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, daß nicht Steuergelder für eine Sache ausgegeben werden, für die private Mittel der Schuldigen nach den geltenden Gesetzen in erster Linie heranzuziehen sind. Aber die Gerichte werden hoffentlich auch dazu kommen, zu prüfen, wo überall fahrlässige Krida vorliegt, und der Herr Finanzminister hat in den Verhandlungen über das Refundierungsgesetz im Finanzausschuß ausdrücklich festgestellt, daß es sich hier trotz des Eingreifens des Bundes um ein Insolvenzverfahren handelt und daher der § 486 hier seine Anwendung finden kann. Man darf neugierig sein, ob die Gerichte, die zum Beispiel in dem Winer-Fall so eifrig gewesen sind, die fahrlässige Krida auch dort suchen werden, wo sie noch hundertmal ärger war, als sie in dem Falle der Winer gewesen ist.

Nun, meine Herren, sind aber auch Folgerungen für die Zukunft zu ziehen, und da für die Vergangenheit die Folgerungen schon im Refundierungsgesetz gezogen sind, haben wir uns erlaubt, in dem Minderheitsbericht die Anträge zu stellen, die der Zukunft gelten sollen. Das erste ist, daß das Parlament nicht mehr hintergangen werden soll, daß kein solcher Verfassungsbruch mehr möglich sein soll, wie ihn die Regierung Kamek begangen hat. Hier können wir darauf verweisen, daß unserer Forderung schon Rechnung getragen worden ist und das Haus ein Verfassungsgesetz beschlossen hat, das diesem Zwecke dient. Wir verzichten daher auf die Abstimmung über den Punkt 1 dieser Minderheitsanträge, weil er indessen überholt ist.

Das zweite betrifft den Einblick, den man in solche Institute gewinnen muß, wie es die Postsparkasse und die Nationalbank sind. Wir haben gesehen, wie diese Institute zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht worden sind. Wenn das vermieden werden soll — zu den Leitern dieser Institute haben wir

das Vertrauen nicht —, muß die Möglichkeit gegeben sein, daß man einen Einblick in diese Dinge erhält. Bezüglich der Postsparkasse ist hoffentlich durch das neue Gesetz eine solche Möglichkeit gegeben; daher verzichte ich auch auf die Abstimmung über den Punkt der Minderheitsanträge, der davon handelt. Dagegen ist eine solche Möglichkeit noch nicht bezüglich der Nationalbank gegeben, und es wird Aufgabe des Nationalrates sein, daß hier die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Dann aber, meine Herren, handelt es sich auch darum, daß ein Mißbrauch mit rein staatlichen Geldern für die Zukunft vermieden werden muß. Der Herr Berichterstatter selbst hat davon geredet, daß 5 Millionen Dollar, der ganze Betrag, den die Regierung damals aus der Völkerbundanleihe freibekommen hat, in einer solchen Weise eloziert worden sind, daß die Regierung damit Nebenzwecke verfolgt hat. Das eine Mal — in dem Falle des Salzburger Festspielhauses — hat sie es wenigstens der Öffentlichkeit mitgeteilt. In dem Falle der steirischen Genossenschaften hingegen ist das alles so insgeheim geschehen, daß nicht einmal der Herr Bundeskanzler etwas davon erfahren hat, wie er uns vor dem Untersuchungsausschuß erzählt hat, und daß der Herr Finanzminister das ganz allein gemacht hat, und zwar so allein, daß er selber in vier Monaten nicht mehr gewußt hat, was er gemacht hat, und sich erst in einer zweiten Sitzung daran erinnert hat, was eigentlich geschehen ist. Wenn staatliche Gelder bei Banken angelegt werden zu dem direkten Zwecke, von diesen Banken Leistungen für irgendwelche Parteizwecke zu erreichen, dann ist das ein Mißbrauch staatlicher Gelder (*lebhafter Beifall*), ob jetzt der Staat dabei Zinsenverluste hat oder nicht. Das ist in beiden Fällen geschehen, und es muß Vorkehrung getroffen werden, daß so etwas nicht wieder möglich sein kann, und dahin geht ein anderer von den Minderheitsanträgen, die wir gestellt haben.

Dann machen wir in einem anderen Antrage darauf aufmerksam, daß die Institution der Staatskommissäre einer Änderung bedarf. Wir haben gesehen, daß die Staatskommissäre bei der Centralbank gar nichts gewußt haben, daß das eine Einrichtung ist, die beim Publikum die Meinung erwecken kann, als ob der Staat hier eine Kontrolle übt, während in Wirklichkeit von einer Kontrolle gar keine Rede ist. Daher muß dieses System der Staatskommissäre reorganisiert werden. Man muß es entweder abschaffen, um keine Irreführung zu machen, oder man muß diese Institution so ausgestalten, daß sie einen Inhalt und einen Sinn bekommt. Ich glaube, daß wenigstens in diesem Punkte eine Einigung unter den Parteien ist, die im Untersuchungsausschuß vertreten waren, und hoffentlich auch hier im Hause.

Eine andere Frage ist der Zusammenhang der Länder mit den Banken. Wir haben gesehen, wie

Politik und Geschäft in Steiermark verquickt worden sind, und es wäre dringend notwendig, in einem Verfassungsgesetz festzulegen, daß kein Volksbeauftragter, also auch kein Landesregierungsmitglied zugleich aktiver Verwaltungsrat einer Bank sein darf und daß kein Land sich an einer Bank-Aktiengesellschaft beteiligen darf. Das Beispiel von Steiermark zeigt, daß es dringend notwendig wäre, hier durch ein Gesetz Ordnung zu machen, denn anders wird nicht Ordnung werden. Wir sehen es an dem Beispiel von Oberösterreich, an dem Beispiel von Tirol, daß immer wieder neue Experimente gemacht werden und das man die Landesregierungen in Bankaffären hineinzieht.

Eine außerordentlich wichtige Forderung ist aber die letzte, die wir zu erheben haben, das ist aber die Frage der Bankkontrolle. Gestern erst ist in einem Unterausschuß des Finanzausschusses unser Antrag abgelehnt worden, die Wirksamkeit der Bankkommission zu verlängern. Die Herren wünschen nicht, daß diese Kommission weiterbesteht. Ich glaube, daß das ein schwerer Fehler ist, daß man die Bankkommission jetzt ihre Tätigkeit beenden läßt. Es ist wiederholt gegen sie eingewendet worden, ihr Bestand hätte keinen Sinn gehabt, sie hätte doch eigentlich nichts erreicht, sie hätte nichts verhindert. Ja, meine Herren, das ist wahr, die Bankkommission hat nicht viel verhindert, aber nicht deshalb, weil sie faul gewesen ist, und nicht deshalb, weil sie unrichtige Vorschläge gemacht hat, sondern deshalb, weil die Regierung und die Mehrheitsparteien diesen Vorschlägen kein Gehör geschenkt haben (*So ist es!*), weil man nicht beachtet hat, was die Bankkommission, rechtzeitig warnend, oft genug gesagt hat. Man hat uns vorgeworfen, daß wir selber, als die Bankkommission eingerichtet wurde, hier im Hause gegen dieses Gesetz geredet und gestimmt haben. Das ist wahr, das haben wir getan; aber wir haben dieses Gesetz zum Schluß in der Abstimmung nur deshalb verworfen, weil unsere Anträge abgelehnt worden sind, die dieses Gesetz besser machen wollten (*Beifall*), als es in Wirklichkeit gewesen ist. Nun hat es sich herausgestellt, daß die Bankkommission auch so, wie das Gesetz hier beschlossen worden ist, eine gute Wirksamkeit hat entfalten können, und nun kommen Sie und schneiden ihr diese Wirksamkeit ab, wollen nicht, daß sie weiter tätig sein soll. Das ist wunderbar, insbesondere von den Herren der Großdeutschen Partei, deren Kind doch eigentlich diese Bankkommission ist. Von ihnen stammt die Anregung, eine solche Kommission zu schaffen. Wir Sozialdemokraten sind damals dagegen gewesen, auch aus dem Grunde, den unser damaliger Redner, der Abg. Allina, angeführt hat: wenn es eine Kreditsektion im Finanzministerium gäbe, die sich um ihre Aufgabe kümmerte, dann brauchte man natürlich auch keine Bankkommission; da es aber eine solche Kreditsektion nicht gibt, da diese ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist, so braucht

man diese Kommission. Die Großdeutsche Volkspartei vor allem hat diese Kommission verlangt, der Herr Abg. Clesin war der Berichterstatter über dieses Gesetz, von seiner Partei ist es ausgegangen und nun lassen Sie die Bankkommission im Stich und erklären, sie hätte sich nicht bewährt.

Ich weiß nicht, warum sich die Bankkommission jetzt auf einmal in den Augen der großdeutschen Herren nicht bewährt hat. Sie hat doch den Herrn Dr. Schürff zum Beispiel vor den Postsparkassengeschäften gewarnt (*Heiterkeit*); vielleicht ist das der Grund, warum sie jetzt bei der Großdeutschen Volkspartei in Ungnade gefallen ist. Denn vordem las man's anders.

Wenn man ein wirklich gutes Urteil über die Bankkommission hören will, dann braucht man nur den Bericht zu lesen, den nach anderthalbjähriger Tätigkeit dieser Kommission der Bankausschuß an den Finanzausschuß erstattet hat. In diesem Berichte heißt es am Schlusse (*liest*):

„Der Berichterstatter möchte diesen Bericht nicht schließen, ohne der Bankkommission einige Worte wohlverdienter Anerkennung zu widmen. Die Bankkommission war bei ihrer Einsetzung vor eine äußerst schwierige, weil im In- und Ausland jeglichen Vorbildes entbehrende Aufgabe gestellt. Durch ihr behutsames, kluges Vorgehen hat sie es verstanden, Vertrauen und Ansehen in steigendem Maße zu gewinnen, wodurch es ihr möglich geworden ist, im Rahmen ihres gesetzlichen Wirkungskreises einen stetig wachsenden Einfluß in der Richtung einer gesünderen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens auszuüben. Dies gilt namentlich auch von der Revisions-tätigkeit der Kommission, welche in einer Reihe von Fällen die Abwendung drohender Gefahren ermöglicht hat.“ (*Hört! Hört!*) „Dazu kommt der wohlthätige Einfluß, den die Revisions-tätigkeit mittelbar dadurch ausübt, daß die Nötigung, mit einer unerwarteten Revision rechnen zu müssen, der Abstellung von Mißständen, dem Verzicht auf allzu gewagte Transaktionen, der Einforderung großer Außenstände bei den eigenen Organen, der Zurückführung der diesen Organen bei der Krediterteilung gewährten allzu günstigen Bedingungen auf das zulässige Maß wie überhaupt der Herstellung einer inneren Ordnung im Geschäftsbetriebe der Banken nur förderlich sein kann. Es wäre verfehlt, hier im Berichte praktische Beispiele aus den Ergebnissen der Revisions-tätigkeit anzuführen. Dieser allerdings nach außen hin nicht erkennbar zutage tretende Einfluß des Wirkens der Kommission ist nicht zu unterschätzen. Wünschenswert erscheint die Ausdehnung der Revisions-tätigkeit sowohl auf die Großbanken als auch auf die Provinzialinstitute.“ (*Hört! Hört!*) „Wenn unsere Kreditorganisationen trotz mancher bedenklicher Vorfälle und mancher bedrohlicher Erscheinungen bisher

vor ernstesten Erschütterungen bewahrt geblieben sind, so ist dies nicht zum geringsten Teil auch dem Wirken der Bankkommission zu verdanken. Durch ihre jüngsten beiden Arbeiten hat sie sich nun auch auf dem Gebiete der Gesetzgebungsarbeit eine achtungsgebietende Stellung erworben. Kein Unvoreingenommener kann daher der Bankkommission das Zeugnis versagen, daß sie im Laufe ihrer nunmehr anderthalbjährigen Tätigkeit nicht nur ihre Daseinsberechtigung, sondern auch ihre Daseinsnotwendigkeit erwiesen habe.“ (*Hört! Hört!*) „Sie wird ihrer Aufgabe auch weiterhin gerecht werden, und zwar umso besser, je nachdrücklicher die Unterstützung ist, die ihr Nationalrat und Regierung angedeihen lassen.“

Gezeichnet: Max Pauly, Berichterstatter.“ (*Hört! Hört!*)

Es war ein großdeutscher Abgeordneter, der nach anderthalbjähriger Tätigkeit der Bankkommission diesen Bericht an den Finanzausschuß gerichtet hat. Und nun diese Sinnesänderung! Nun lassen die Herren das alles im Stich und haben gestern im Unterausschuß gegen die Verlängerung des Bankkommissionsgesetzes gestimmt.

Meine Herren! Dazu kann ich nur sagen: Es ist, glaube ich, ein gefährliches Spiel, das Sie hier spielen. Wenn Sie die Bankkommission am 31. Dezember verabschieden und ihre Wirksamkeit nicht verlängern, dann wird jeder Unvoreingenommene den Eindruck haben, daß das eine Rache dafür ist (*lebhafter Beifall*), was diese Bankkommission aufgedeckt hat; dann wird jeder Unvoreingenommene nicht anders denken können, als daß noch vieles in Österreich zu verbergen ist (*lebhaft Zustimmung*), was man eben verbergen will, indem man die Bankkommission ihres Amtes nicht mehr walten läßt. Meine Herren! Wir haben kein Zwangsmittel in der Hand, Sie dazu zu bringen, daß die Bankkommission ihre Tätigkeit verlängern kann. Wir haben Ihnen heute noch einmal einen solchen grundsätzlichen Antrag gestellt — vielleicht überlegen es sich die Herren bis Nachmittag. Wenn Sie diesen Antrag niederstimmen, wenn das Haus mit Mehrheit es ablehnt, die Bankkommission weiterbestehen zu lassen, dann sage ich Ihnen nur eines: Wir werden jeden Bankfandal, der sich ereignet, hier im offenen Hause zur Sprache bringen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Wir werden unsererseits dafür sorgen, daß nichts vertuscht werden wird. Die Bankkommission wird dann in anderer Form ersetzt werden müssen — ich weiß nicht, ob es eine bessere Form sein wird. Aber Sie werden es sich selber zuzuschreiben haben, wenn Sie die Dinge auf eine andere Bahn drängen, indem Sie jede amtswegige Kontrollmöglichkeit verhindern.

Meine Herren! Die Vergangenheit, die wir heute in einem Kapitel wenigstens, abschließen, war traurig

genug. Daß Sie aber nicht den Willen haben, in der Zukunft Ordnung zu halten, das würde sich zeigen, wenn Sie den Antrag auf Verlängerung der Bankkommission ablehnen würden. Überlegen Sie sich die Sache, meine Herren! Sie tragen genug Verantwortung für das, was geschehen ist, übernehmen Sie nicht auch für die Zukunft eine sehr schwere Verantwortung. (*Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Miklas** unterbricht die Debatte über den Tagesordnungspunkt und schlägt im Einvernehmen mit den Parteien vor, die 3. Lesungen folgender Gesetze auf die I. D. der heutigen Sitzung zu stellen:

1. des Bundesfinanzgesetzes,
2. des Bundesverfassungsgesetzes über das Budgetrecht des Nationalrates,
3. des Angestelltenversicherungsgesetzes und
4. des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes.

Der Antrag des Präsidenten wird angenommen und sofort zur Vornahme der 3. Lesungen geschritten.

Der nächste Punkt der I. D. ist daher die 3. Lesung des Bundesfinanzgesetzes.

Das Gesetz wird in 3. Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der I. D. ist die 3. Lesung des Bundesverfassungsgesetzes über das Budgetrecht des Nationalrates.

Das Bundesverfassungsgesetz wird mit der gemäß § 55 Geschäftsordnung erforderlichen qualifizierten Mehrheit in 3. Lesung angenommen.

Der nächste Punkt der I. D. ist die 3. Lesung des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Das Gesetz wird in 3. Lesung angenommen. Die vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung (S. 4093) wird angenommen, die Minderheitsentschließung Alina, Pick, Seidel, Baumgärtel wird abgelehnt.

Der nächste Punkt der I. D. ist die 3. Lesung des Bundesverfassungsgesetzes über die Regelung der Handels- und Verkehrsbeziehungen mit auswärtigen Staaten.

Das Bundesverfassungsgesetz wird mit der gemäß § 55 Geschäftsordnung erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Die Sitzung wird hierauf auf 2 Stunden unterbrochen.

(*Unterbrechung der Sitzung von 12 Uhr 50 Min. bis 3 Uhr nachm.*)

Präsident **Miklas** nimmt die unterbrochene Sitzung um 3 Uhr wieder auf.

Es wird die Verhandlung über den Bericht des Centralbank-Untersuchungsausschusses fortgesetzt.

Stöckler: Hohes Haus! Wenn wir den Bericht des Centralbank-Untersuchungsausschusses durchsehen, so haben wir das Gefühl, daß den breitesten Raum in dieser Untersuchung die Behandlung der sogenannten politischen Banken eingenommen hat, und

man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß selbst das Zentralinstitut, um das es sich gehandelt hat, nicht in allen Phasen so genau behandelt wurde wie eben die genannten politischen Banken.

Ich werde selbstverständlich in erster Linie über die Bauernbank sprechen. Die Bauernbank war eine Gründung der Genossenschaftszentralkasse und verdient, wenn wir ehrlich sind, eigentlich den Namen politische Bank nicht, denn sie wurde nicht von Politikern zu dem Zweck errichtet, um politisch für eine Partei etwas zu erreichen, sondern sie wurde, wie gesagt, von der Zentralgenossenschaftskasse und deren Funktionären hauptsächlich zu dem Zweck errichtet, damit es leichter möglich ist, die überschüssigen Gelder der Raiffeisenkassen zu verwerten. Es ist ja deshalb auch der Aufsichtsrat und der Verwaltungsrat der Bauernbank zu zwei Dritteln von der Genossenschaftszentralkasse bestellt worden, und es ist ein eigenes Statut verfaßt worden, das der Genossenschaftszentralkasse die Zweidrittelmehrheit bei der Verwaltung und Abstimmung sichert. Das allein zeigt schon, daß man ruhig behaupten kann, daß die Verwaltung der Bauernbank zu einem Großteil mit der Vorsteherung der Genossenschaftszentralkasse identisch war.

Wie ich mir schon zu bemerken erlaubte, war eine große Schwierigkeit während der ganzen Zeit, zu der ich der Zentralkasse angehört habe, die Verwertung der überschüssigen Mittel der Zentralkasse; dies hat zu verschiedenen Sorgen und Weiterungen geführt und war auch der hauptsächlichste Grund, warum die Bauernbank errichtet wurde. Wenn heute der große Vorwurf erhoben wird, daß die Bauernbank bedeutende Mittel für das Effekengeschäft verwendet hat, so zieht man gar nicht die Ursache in Betracht, niemand fragt um die Ursache. Man erwähnt es nicht, man weiß es nicht, man kann sich nicht mehr zurückdenken, daß so viel überschüssige Mittel vorhanden gewesen sind, daß man einfach nicht wußte, was man damit anfangen soll. Ich betone, daß, nebst dieser Verwendung zu Effekengeschäften, große Summen von 30 und 40 Millionen noch für sogenannte Taggelder verwendet wurden; das ist gewiß keine ideale Veranlagung, aber was konnte die Bauernbank machen? Sie mußte hohe Zinsen bezahlen und konnte die Gelder nicht lange binden, weil das ganze Wesen der Zentralkasse ein solches war, daß oft große Abhebungen überraschend gekommen sind.

Es könnte uns nun der Vorwurf gemacht werden, daß man dieses Geld zu ganz anderen Geschäften hätte verwenden sollen. In der Zeit nach dem Zusammenbruch unserer Währung war es besonders schwer, bei der Verwendung der Gelder den richtigen Weg zu finden. Wir haben ja ein Gegenstück, und das ist die Centralbank, welche ihre Gelder nicht zu Effekengeschäften, sondern vornehmlich für

Industriegeschäfte verwendet hat, und auch dort sind sehr große, beklagenswerte Verluste zu verzeichnen gewesen. Die Bauernbank hat gewiß auch diesem Zweige, soweit sie es konnte, gedient, aber sie hatte gar keinen Apparat, um größere Industrieunterstützungen durchzuführen, sie hätte sich einen solchen Apparat erst schaffen müssen. Es waren aber selbstverständlich die guten Industrien in sicheren Händen, und die neugegründeten Bankunternehmungen mußten sich mit dem bescheiden, was die großen alten Banken übriggelassen haben. Es war, wie ich mich erinnere, sehr oft der Fall, daß Industrien oder gewerbliche Betriebe um Darlehen angefragt haben; es hat sich herausgestellt, daß ihnen vielleicht die nötige Sicherheit mangelte, und in einigen Wochen haben wir schon gelesen, daß diese Firma auch in den Ausgleich gegangen ist. Darum ist der Vorwurf, der hier erhoben wird, nicht begründet und insbesondere der Vorwurf in der Form, daß man die Verwalter einfach zu Verbrechern stempelt, weil solche Verluste dort vorgekommen sind.

Ich betone, daß auch eine andere Form, die früher angewendet wurde, die Zentralkasse nicht vor Verlusten gesichert hätte. In den ganzen Jahren — und ich habe die Ehre, der Verwaltung der Zentralkasse seit 23 Jahren anzugehören — wurde mit den Geldern bei anderen Banken herumhauiert, und bei dem großen Bankzusammenbruch, den wir erlebt haben, wäre es förmlich ein Wunder gewesen, wenn die Zentralkasse verschont geblieben wäre, wenn sie ihre Gelder wie früher bei anderen Banken angelegt gehabt hätte. Wir kennen ganz seriöse Institute, die bei Bankzusammenbrüchen auch Milliardenverluste erlitten haben. Es sind Banken zusammengebrochen, die sich gewiß des allgemeinen Vertrauens der ganzen Bevölkerung erfreut haben — ich nenne nur die Depositenbank, die seit 38 Jahren die Dotierung der Wiener Vieh- und Fleischkasse, also einer großen, für die Approvisionierung wichtigen Anstalt, in den Händen gehabt hat. Sie sehen, daß wir auch da vor großen Verlusten nicht gesiegt gewesen wären. Wir haben die Sorge eines ordentlichen Kaufmannes gewiß walten lassen. Es wurde schon hervorgehoben, daß wir den nötigen Stab von Beamten zur Überwachung hatten, und zwar nebst dem Direktor einen Direktorstellvertreter, einen Abteilungsvorstand, einen Stellvertreter, vier Standbuchführer, vier Korrespondenten, die entsprechend bezahlt waren, und daß man also gewiß das Recht hatte, zu verlangen, daß sie auch ihrer Pflicht Genüge leisten. Es wird nirgends und in keinem Bankinstitut vorgekommen sein, daß sich Verwaltungs- oder Direktionsräte mit der rechnungsmäßigen Prüfung Tausender von Geschäften selbst befaßt haben. (Zustimmung.) Wir haben aber noch ein übriges getan, indem wir ein Mitglied des Direktionsrates zum geschäftsführenden Direktionsrate bestellt haben, und das war jener Herr, der

das gesamte Vertrauen der Genossenschaften Niederösterreichs, ja, ich möchte sagen, ganz Österreichs ein Vierteljahrhundert befehlen hat, nämlich Direktionsratsmitglied Regierungsrat Ludwig Viebmayer, den wir zum geschäftsführenden Direktionsrat bestellt und mit allen Vollmachten ausgestattet haben. Gerade dessen Gewissenhaftigkeit hat uns dafür gebürgt, daß nichts Unrechtes geschehen kann. Wenn Sie, meine Herren, heute so schwere Anwürfe gegen uns erheben, so treffen Sie nicht uns Politiker allein, sondern jene ergrauten Männer, die in Pflichterfüllung gegen ihr Volk durch Führung der Genossenschaften in einem Vierteljahrhundert alt, müde und grau geworden sind. *(Sehr richtig!)* Und das muß ich wohl vom Herzen bedauern. Ich denke auch schon eine Reihe von Jahren zurück, und es ist hier am Platze, auch folgendes zu erwähnen: Vor 23 Jahren, im Mai 1903, wurde ich als Politiker in den Vorstand der Genossenschafts-Zentralkasse gewählt. Wenn immer auf den Zusammenhang zwischen Politik und Geschäft verwiesen wird, so wird mir wohl auch die geehrte Opposition beipflichten, wenn ich sage, daß der Politiker manche Ämter übernehmen muß, an denen er sauer zu tragen hat. Ich glaube, zu bemerken, daß auch in Ihren Reihen gerade den Politikern sehr verantwortungsvolle Stellen aufgestellt werden. Es ist keine angenehme Sache, solche wirkliche Ehrenämter mit einer so ungeheueren Verantwortung zu tragen *(Sehr richtig!)*, mit einer Verantwortung, der man sich im Anfang gar nicht einmal bewußt wird. Gerade in Niederösterreich ist das Genossenschaftswesen, wie Sie wissen, am weitesten ausgebaut; wir können ruhig sagen, daß es 50 Prozent des gesamten Genossenschaftswesens unseres Bundes umfaßt. So war denn auch im Jahre 1903 nach sechs- oder siebenjährigem Bestande der Zentralkasse unser Genossenschaftswesen schon in schöner Blüte. Bei unserem Eintritte haben wir ähnliche Verhältnisse vorgefunden, wie sie etwa die Genossenschafts-Zentralkasse bei diesem Zusammenbruche, von dem die Rede ist, erlebt hat. Die Leitung der Genossenschafts-Zentralkasse hat damals fluchtartig das Schiffelein verlassen *(Schneidmadl: Tun Sie desgleichen!)*, und wir wurden durch das Vertrauen der Bevölkerung bestellt. Was war die Ursache? Vor allem die Anlage der überschüssigen Gelder, denn auch die damalige Leitung hatte keinen anderen Weg gewußt, als die Gelder in Effekten, in Renten anzulegen, die sie zu Al parikursen und noch darüber gekauft hatte, die dann aber um mehr als 30 Prozent gesunken sind. Es war gar keine Möglichkeit, daß in der nächsten Zeit wieder der frühere Kurs erreicht werden konnte. Wir haben also damals die Leitung übernommen und eine Aktion eingeleitet, derzufolge die Sanierung auch einige Jahre gedauert hat, aber sie ist gelungen. Hätten wir damals die Flinte ins Korn geworfen, so wie es uns Kollege Schneidmadl empfohlen hat,

so hätte dies den gesamten Zusammenbruch unseres Genossenschaftswesens mit sich gebracht. *(Zustimmung. — Schneidmadl: Sie haben ihn doch herbeigeführt! — Gegenrufe. — Ruf: Da hat er noch die Schnellfeuerhose angehabt! — Heiterkeit. — Anhaltende Zwischenrufe.)* Es besteht eine ganz irrige Ansicht. Es ist immer von jenen Mitteln der Zentralkasse die Rede, die sie bei der Bauernbank und bei der Centralbank hatte, und man glaubt allgemein, das ist vielleicht die einzige Aufgabe der Genossenschafts-Zentralkasse. Die Hauptaufgabe der Genossenschafts-Zentralkasse ist aber die, daß sie die Gelder der Raiffeisenkassen den anderen Genossenschaften, den Wirtschaftsgenossenschaften zuführt. Wir haben in Niederösterreich 1270 Genossenschaften, darunter 560 Raiffeisenkassen, das andere sind lauter Wirtschaftsgenossenschaften — das sind 47 große Lagerhäuser und 470 Molkereien, darunter sind auch 8 bis 10 sogenannte Großmolkereien und besonders die große Anlage der Niederösterreichischen Molkerei in Wien. Die Herren werfen uns immer vor, man hätte die Konsequenzen ziehen und die Bauernbank einfach liquidieren sollen. Es wäre dann alles dem Zusammenbruche zugeführt worden. Wie hätte es dort ausgesehen? *(Schneidmadl: Den Rat hat Ihnen Dr. Kienböck gegeben!)* Ich kann auch auf das antworten: Den Rat hat uns Dr. Kienböck nie gegeben! *(Zwischenrufe.)* Er ist uns gewiß immer mit seinem Rat zur Seite gestanden, ich habe öfter mit ihm gesprochen, aber an diese Worte kann ich mich nicht erinnern. Er hat in manches Zweifel gesetzt, wie es seine Art und seine Gewissenhaftigkeit ist... *(Dr. Bauer: Zwetzbacher hat das als Zeuge ausgesagt und Sie beschuldigen damit den Landeshauptmann-Stellvertreter einer falschen Zeugenaussage!)* Es kann sich jeder irren — ich kann mich an solche Worte nicht erinnern. Übrigens tut das nichts zur Sache. Aber ich glaube, wenn man die Situation unseres Genossenschaftswesens betrachtet, so muß jedermann sagen, daß es ein Verdienst war, daß wir trachteten, das Institut der Bauernbank überzuführen, so gut es eben ging, und wäre der Zusammenbruch der Centralbank nicht gekommen, so wäre die Sanierung klaglos vor sich gegangen — besser und leichter als im Jahre 1903 —, und das Genossenschaftswesen in Niederösterreich wäre entschieden noch besser gefahren, als es heute fährt. Um das handelt es sich in allererster Linie. Die Sorgen der Leitung der Genossenschafts-Zentralkasse waren keine kleinen, und es sind Herren unter Ihnen, die das wohl verstehen, die die ganz gleichen Sorgen mitmachen — ich bin davon überzeugt. Ich erinnere mich noch an folgendes und werde noch darauf zu sprechen kommen, wie notwendig es ist, daß man hier Sicherungen schafft. Im Herbst 1922 nach dem Zusammenbruche der Währung war es ganz erklärlich, daß in unsere

Raiffeisenkassen wie in jedes andere Sparinstitut keine Gelder eingelegt wurden. Die Leute haben das Geld weggeworfen, es war nichts wert, weil man nichts damit kaufen konnte. Trotzdem haben sich unsere Wirtschaftsgenossenschaften langsam zu entwickeln begonnen, und insbesondere ist die Milchlieferung bedeutend gestiegen. Nun haben wir Monate gehabt, wo wir absolut nicht die Mittel hatten, den Bauern das Milchgeld zu bezahlen, weil so wenig Einlagen bei den Raiffeisenkassen lagen. Wir sind an die Nationalbank um ein Darlehen herangetreten und haben der Nationalbank auseinandergelegt: Wir haben da als Gutsteher, als Bürgen, unsere großen Zentralgenossenschaften, die auch gut fundiert sind, die auch über Realitäten verfügen usw. Die Nationalbank hat das geprüft und hat gefunden, daß sie nicht einmal eine Grundlage bieten für eine Belehnung von 3 oder 4 Milliarden, und an uns Vorstandsmitglieder der Niederösterreichischen Molkerei wurde das Ansinnen gestellt, die persönliche Haftung für diese Kredite zu übernehmen. Wir haben sie übernommen, wir konnten das mit ruhigem Gewissen tun, weil alles in der Ordnung war. Aber seien Sie versichert: ich danke für solche Ehrenämter, die einem solche Verpflichtungen auferlegen! *(Sehr richtig!)* Einfache Menschen aus dem Volke, einfache Bauern mußten persönlich für dieses Darlehen bürgen. Ich habe das nur hervorgehoben, damit Sie sehen, was für Pflichten mit der Führung solcher Genossenschaften verbunden sind.

Ein Vorwurf in der ganzen Aufmachung war der, daß die Bauernbank fast allein schuld an dem Zusammenbruche der Centralbank sei. Der Generaldirektor der Centralbank hat bei seiner Aussage im Untersuchungsausschusse ganz deutlich gesagt, daß die Fusionierung mit der Bauernbank ein Wunsch der Centralbank war und daß die Bauernbank die einzige war, von der die Centralbank beim Zusammenschluß etwas hatte, die die Versprechungen erfüllt hat. Das ist auch ganz erklärlich. Der Centralbank sind am ersten Tage des Anschlusses 65 Milliarden in barem zugeflossen *(Hört! Hört!)*, ferner Wechsel von 7 Milliarden, die sofort zum Eskompte fähig waren, weiters Valuten und Devisenbestände von mehr als 14 Milliarden, insgesamt 86 Milliarden *(Hört!)*, zudem eine schöne Anzahl Kommittenten, die der Centralbank ganz erwünscht waren, darunter das bekannte Geschäft mit der Vieh- und Fleischkasse, ein 30prozentiger Anteil, den die Bauernbank wirklich um ein Vinsengericht, ich glaube 7 Milliarden, abgegeben hat. Ein Kenner der Verhältnisse, der selbst dort mitgearbeitet hat, hat das Prozent des Anteiles auf 1 Milliarde geschätzt. Nun wären das allein schon 30 Milliarden. Wenn dieser Anteil von der Centralbank oder von der Liquidation nicht entsprechend verwertet wird, so kann doch das nicht zu Lasten

der Funktionäre der Bauernbank geschrieben werden. *(Sehr richtig!)*

Damit, glaube ich, ist bewiesen, daß der Vorwurf nicht bestehen kann, daß die Bauernbank schuld war, an dem Zusammenbruche der Centralbank. Warum haben wir uns an die Centralbank angeschlossen? Hohes Haus! Das größte Übel für die Zentralkasse, für die Verwertung ihrer Gelder und somit auch für die Bauernbank war der hohe Zinsfuß, eine Frage, die von ungeheurer volkswirtschaftlicher Bedeutung war und heute noch ist. Das wird mir jeder zugeben. Nun waren draußen auf dem Lande immer zwei Kategorien von Sparinstituten und sind es leider heute noch, die Raiffeisenkassen und die Sparfassen, die sich hier konkurrierten. Die maßgebenden Faktoren haben sich um die Ermäßigung des Zinsfußes verwendet, unser Herr Landeshauptmann Dr. Buresch hat sich ein bleibendes Verdienst erworben, indem er bei den Sparfassen eingeschritten ist, damit sie endlich auf ein anderes Zinsfußniveau kommen. Das war nun die unangenehmste Sorge, weil diese beiden Institute auf diesem Gebiet immer getrennt marschiert sind. Nun glaubten wir, wenn sie in einem Institut vereinigt sind, dann wird dadurch gewiß ein Vorteil zu erzielen sein. Der Generaldirektor Hammer hat ausgeführt, daß gerade hier ein schöner Anfang gemacht wurde, daß eine Vereinbarung zustande kam, gemeinsam eine Zinsfußpolitik zu betreiben, die sich wirtschaftlich rechtfertigen läßt. Ich glaube, das allein war ein besonderer Grund, warum man auf einen Zusammenschluß mit der Centralbank rechnete. Dafür, daß die Bauernbank nicht die Ursache des Zusammenbruchs war, möchte ich nur eine Bemerkung des Herrn Präsidenten Dr. Reich hervorheben, der gesagt hat, daß bei der Centralbank 40 Prozent der Kredite in den letzten Jahren ohne Zinsen waren. Das allein sagt schon genug, was die Ursache des Zusammenbruchs gewesen ist.

Es ist ganz interessant, wenn wir die Behandlung dieser Fragen im Untersuchungsausschusse betrachten. Unter den Passiven der Centralbank sehen wir, daß mehr als 10½ Millionen Schilling der Betriebsverlust der Centralbank war, mehr als 30 Millionen Schilling die Verluste bei der Industrie und den kommerziellen Geschäften betragen haben. Über diesen Punkt, über diese Post wurde im Untersuchungsausschusse gar nicht mehr verhandelt, sondern es heißt da ganz lakonisch, man wolle, weil Verhandlungen im Zuge sind, keine weitere Untersuchung anstellen, ja nicht einmal eine Debatte abführen — sozusagen mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse. Ich bin damit einverstanden. Die Notwendigkeit einer solchen Rücksicht besteht, und man soll sie auch anwenden. Aber ich glaube, das gleiche Recht hätten die Genossenschaften gehabt *(Zustimmung)*, daß auch sie in dieser Form behandelt worden wären. Ich

habe hervorgehoben, welche Gefahr bestanden hat — und sie besteht heute noch —, wenn dadurch die Unruhe so groß geworden wäre, daß man unsere Raiffeisenkassen geplündert hätte. Nicht um die Beträge handelt es sich — ich betone es noch einmal —, die bei der Bauernbank und bei der Centralbank waren, nein, um jene Kapitalien, die in den Wirtschaftsgenossenschaften investiert sind, für die niemals und nirgends ein Ersatz zu erhalten ist. Wir haben uns überzeugt, es gibt heute in Österreich keine Kreditquelle, die einen genossenschaftlichen Kredit besorgen würde. Der Präsident der Nationalbank hat gesagt, es sind keine Unterlagen vorhanden. Leider sind keine Unterlagen vorhanden, und deshalb bedauern wir von Herzen, daß die politische Aufmachung eine solche war, daß man nicht davor zurückgeschreckt ist, auch dieses große Gebäude unseres ganzen Genossenschaftswesens hier zu zerstören. *(Geyer: Das hat man ja wollen!)*

In der ganzen Frage sind verschiedene Vorschläge von der Opposition gemacht worden, daß man in der Zukunft beflissen sein soll, daß solche Dinge bei den Banken nicht mehr vorkommen, es werden Überwachungen vorgeschlagen usw., und Herr Dr. Danneberg hat heute in einer großen Rede ausgeführt, wie wichtig diese Überwachungen und so fort sind. Ich bin kein Gegner dieser Dinge, und ich verneine das durchaus nicht. Aber es sind mir bisher keine Vorschläge bekannt, die für die Zukunft, für den aufrechten Bestand unseres Genossenschaftswesens gemacht werden. Der einzige Lichtblick ist die Erklärung unseres Finanzministers Dr. Riebenböck über die Schaffung eines Geldausgleichsinstitutes. Es hat geheißen: für die Sparkassen, aber da möchte ich an ihn appellieren, unsere Erfahrung lehrt uns, daß unbedingt die Genossenschaften einbezogen werden müssen. *(Zustimmung. — Dr. Danneberg: Das steht ja im Gesetz drin!)* Nicht genug damit, es muß auch eine Spitzenorganisation unserer Genossenschaftszentralen geschaffen werden, damit eine Plattform gefunden wird, daß wir auch anderswo Kredite erlangen, daß eine Unterlage vorhanden ist. Es wurde von der Postsparkasse und auch von der Nationalbank gesprochen. Heute haben wir keine Grundlage — ich betone es noch einmal —, und wenn die wirtschaftliche Not des Bauernstandes weiterschreitet, so ist es selbstverständlich, daß die Einlagen in den Raiffeisenkassen schwinden, daß sie herausgenommen oder lokal verwendet werden, und dann könnte die Gefahr hereinbrechen, daß unser Genossenschaftswesen dasteht: großartig ausgebaut, aber aller Mittel entblößt. Ich habe erfahren, daß nicht nur in Niederösterreich — weil man hier wieder sagen könnte, ja, das hat diese Wirtschaft hervorgerufen usw. —, nein, daß auch in anderen Ländern die Kreditinstitute, die Raiffeisenkassen ihrer Mittel entblößt werden, ein Zeichen der fort-

schreitenden finanziellen und wirtschaftlichen Not unseres Bauernstandes. Und meine Ansicht ist: Je schwächer der Bauernstand wirtschaftlich ist, desto notwendiger ist sein Zusammenschluß in Genossenschaften, und daher muß alles getan werden, daß wir eine Grundlage bekommen und daß die Sicherheit geboten wird, daß auch andere Mittel für das Genossenschaftswesen verwendet werden, wenn es notwendig ist und die eigenen Mittel nicht ausreichen.

Ich kann meine Ausführungen nicht schließen, ohne den Vorwurf des verbrecherischen Leichtsinns — oder wie alle diese Worte heißen — ganz energigisch zurückzuweisen. *(Sehr richtig!)* Wenn man jemanden zum Verbrecher stempelt, so muß man wissen, daß er wirklich eine Schlichtigkeit begangen hat. *(Sehr richtig!)* Ich verteidige es in keiner Weise: es sind Fehler geschehen, schwere Fehler. Die Katastrophe war aber eine derartige, hohes Haus, daß sie alle Kreise umfaßt hat: zuerst der Zusammenbruch unserer Währung, dann der Zusammenbruch unseres Kreditmarktes, der Zusammenbruch unserer gesamten Aktiven, Aktien und Effekten, und schließlich der Zusammenbruch auch unserer anderen Wirtschaft. Und, hohes Haus, wenn wir in den letzten Tagen oder Wochen gehört haben, daß österreichische oder fast internationale Finanzgenies auftreten und sich sagen müssen, ich bin zum Bettler geworden, wenn wir sehen, hohes Haus, daß die Veranlagung solcher Mittel große, übergroße Verluste überall hervorgerufen hat, so, Verehrteste, müssen wir ruhig behaupten, daß auch bei der Bauernbank und bei ähnlichen Instituten keine Verbrechen begangen wurden, sondern daß ein Unglück geschehen ist, was herzlichst zu bedauern ist. Aber daß man — abgesehen von uns Politikern, wir sind schon viel gewohnt — jene Männer, die im Dienste grau geworden sind, die sich hier nicht verteidigen können, die ihre Jahre, ihre Gesundheit für das Genossenschaftswesen geopfert haben, die alles aufgewendet haben, aber auch diesen Zusammenbruch nicht aufhalten konnten, daß man diese Männer öffentlich zu Verbrechern stempelt, das muß ich ganz entschieden zurückweisen. *(Lebhafte Bravorufe.)* Wir müssen den heroischen Idealismus dieser Funktionäre, glaube ich, hervorheben. *(Widerspruch. — Beifall und Zwischenrufe.)* Unser Genossenschaftswesen hätte nie bestehen können, wenn sich nicht Männer hergegeben hätten, in einer Weise, wie sie einzig dasteht, Opfer zu bringen. *(Zwischenrufe.)*

Wenn ich mir die Ausführungen des Herrn Dr. Danneberg in Erinnerung rufe, so setzte er selbst Zweifel darein, daß politisch durch diese Agitation irgendwie ein Erfolg erzielt werden kann. Ja, Herr Dr. Danneberg hat eine ganz wichtige Bemerkung gemacht, wenn er sagte, daß sich die Bevölkerung förmlich mit Ekel von unserem

politischen Kämpfe abwendet. Hohes Haus! Ich muß auch meinen persönlichen Eindruck schildern. Gestatten Sie! Ich habe in Ihrer Mitte an der Wiege unserer demokratischen Republik gestanden und habe auch schon im alten Parlament, im alten Staat die politischen Kämpfe mitangesehen, die keineswegs erfreulich waren; sie waren aber meistens nationaler Natur. Ich muß aber offen sagen, eine der größten Enttäuschungen in meinem ganzen politischen Leben ist, daß in der jungen demokratischen Republik . . . (Glöckel: Solche Spekulationen möglich waren! — Lebhafter Beifall.) . . . der politische Kampf auf einem Niveau geführt wird, daß man es wirklich bedauern muß und, wenn es nicht anders kommt, auch an dem Bestande unserer Republik einfach verzweifeln muß, was ich herzlich bedaure. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Waber den Vorsitz übernommen.)

Dr. Buresch: Hohes Haus! Über die Verhältnisse, die Geschäftsführung und die Fusionierung der Bauernbank mit der Centralbank sowie über die Ursachen der Fusionierung hat der berufenste Mann, Nationalrat Stöckler, der frühere Präsident der Bauernbank, gesprochen. Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so geschah es zu dem Zwecke, um einige Ergänzungen von meinem persönlichen Standpunkte aus vorzubringen.

Es gehört sicher nicht zu den angenehmen Dingen im menschlichen Leben — und wird auch sicher nicht zu meinen angenehmen Erinnerungen zählen —, daß man einem Unternehmen angehört hat, das in Schwierigkeiten gekommen ist und sich fusionieren mußte. Diese Tatsache ist bei der Bauernbank vorhanden gewesen, und sie wurde politisch in einer geradezu unglaublich vehementen Weise ausgenützt. Es ist von einem Ihrer Redner sehr richtig bemerkt worden, daß die Parteipolitik von diesem Kampfe verflirt wenig gehabt hat und haben wird. Sie haben vollkommen recht, in diesem Punkte gebe ich Ihrem Redner recht. Nicht allein der Zusammenbruch verschiedener Banken und manches, was da nicht gerade gut gewesen ist, hat eine gewisse Abneigung der Bevölkerung verursacht, sondern auch die Methode des Kampfes (Zustimmung), die seit einigen Monaten mit einer persönlichen Spitze eingesezt hat, wie es in diesem jungen Österreich noch nie der Fall war. (Zustimmung.)

Es ist wiederholt im Laufe der letzten Monate sowohl in den Ausschüssen wie im Hause und in der Presse die Frage aufgeworfen worden: Und warum seit ihr in die Bank hineingegangen? Ich muß sagen: wenn diese Frage jemand vor 5 oder 6 Jahren gestellt hätte, der Mann wäre heute der Weise von Österreich. (Zustimmung.) Heute sieht die Sache, retrospektiv betrachtet, ganz anders aus, da kann man leicht kritisieren und leicht feststellen,

was besser und was anders hätte gemacht werden sollen. Damals aber, in der Zeit nach dem Umsturz, als der Wiederaufbau geleistet werden mußte, als alles rief, die Kräfte der Volkswirtschaft zusammenzufassen und dasjenige, was man im Inlande braucht, aus dem Inlande selbst herauszuholen, damals hat das ganze Volk die Führer aufgerufen. Sie wissen selbst, auch Sie sind aufgerufen worden, als Führer in wirtschaftlichen Dingen voranzugehen. Man hat Wasserwerke gegründet, große und kleine, mit gutem und mit schlechtem Erfolge, man hat Industrien und Verkehrsunternehmungen geschaffen, man hat Banken gegründet.

Es hat sich dann herausgestellt, daß es nicht gut ist, daß derjenige der mit diesen Dingen von Haus aus nichts zu tun hat, weil er es nicht gelernt hat, sich mit solchen Dingen beschäftigt. Wir haben ein Unvereinbarkeitsgesetz geschaffen, das ganz ausgezeichnet ist; aber als wir es geschaffen haben, im vorigen Jahre, da war es reichlich spät. Damals hat jeder von uns — ich glaube keiner hat etwas dagegen gesagt —, die feste Überzeugung gehabt, es sei gescheiter, die Hände von wirtschaftlichen Unternehmungen zu lassen. Und wenn heute von einem Ihrer Redner verlangt wird, daß man den Volksbeauftragten verbiete, im Vorstand von Banken zu sitzen, so bin ich für meine Person vollkommen dafür, und ich glaube, sie werden kaum einen Widerspruch in diesem Belange finden. Aber alles zu seiner Zeit! Wäre das seinerzeit gesagt worden, wie klug wäre das gesprochen gewesen! Heute, als Kritik gesprochen, ist es eine Zusammenfassung von Dingen, die gewesen sind und die eben leider kommen mußten, weil das arme Österreich von einer schweren Krise heimgesucht wurde.

Wie kam es denn zum Zusammenbruche der Centralbank, und wie kam es zuerst zur Havariierung der Bauernbank? Das Jahr 1924 — es ist sicher allen in guter, in ausgezeichnete Erinnerung — war das furchtbare Jahr der Krise. Eine große Wirtschaftskrise war über Österreich hereingebrochen von einer Stärke, einer Behemung und einer Macht, wie sie eigentlich kein Staat noch mitgemacht hat, mindestens nicht ein Staat von der Struktur und Konstruktion, wie es das kleine, arme, zermühte, aus dem verlorenen Krieg geschwächt hervorgegangene Österreich gewesen ist. Wenn wir heute auf die Zeit zurückblicken, die hinter uns liegt, auf diese ungefähr drei Jahre, so kann uns eigentlich schandern, und man muß es fast als ein Wunder bezeichnen, daß Österreich aus diesen schweren Erschütterungen so heil hervorgegangen ist. Die Wirtschaft Österreichs hat in diesen Monaten des Jahres 1925 wirklich einen Ritt über den Bodensee gemacht. Ein wirtschaftliches Leichenfeld ist ausgebreitet gewesen, und ich sage von dieser Stelle aus ganz offen, dafür, daß die Männer, die damals an verantwortlicher

Stelle gestanden sind, nicht den Kopf verloren haben, daß sie aus dem Verantwortlichkeitsgefühl heraus handelnd eingegriffen und Entscheidungen getroffen haben, dafür müssen wir ihnen Dank sagen. (*Zustimmung.*) Das Unheil wäre viel schlimmer und furchtbarer gewesen, wenn man einfach *laissez faire*, *laissez passer* gesagt hätte und die Entwicklung an sich hätte herankommen lassen, wie es heute in einem Zwischenruf von einem Herrn drüben ausgedrückt worden ist.

Was haben wir nun getan, die wir in der Bauernbank gewesen sind? Wir waren uns unserer Verantwortlichkeit vollkommen bewußt. Es hat keiner feige den Platz verlassen, ist davongelaufen und hat alles hinter sich zusammenbrechen lassen. Wir haben vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1925, also ein Jahr hindurch, in den schwersten Verhandlungen Rettung gesucht und sie schließlich auch gefunden. Es war eine Arbeit, die uns zermürbt hat, und ich muß sagen, meinem schlimmsten Feinde möchte ich diese Arbeit nicht gönnen, die wir damals geleistet haben aus dem bloßen Pflichtgefühl heraus.

Wir haben — und das muß ich besonders betonen — die Verbindung zur Centralbank nicht durch ein Diktat der Regierung gefunden; das ist vollkommen unrichtig und wiederholt schon widerlegt worden. Als im Frühsommer die Havariierung der Bauernbank bei uns bekannt war, als wir wußten, die Bauernbank hat infolge der ungeheuerlichen Kursstürze schwere Verluste erlitten, die Deckung sei bröckelig geworden und verschwunden, da hat mit unserer Zustimmung der Generaldirektor der Bank Misch, der ehemalige Direktor der großen Budweiser deutschen Sparkasse, also ein Mann von gut konservativer wirtschaftlicher und kaufmännischer Gesinnung die Verbindungen mit seinem Jugendfreunde, Direktor Schönbühl, der Centralbank angeknüpft. Er hat uns bereits im Sommer mitgeteilt, daß die Centralbank das Geschäft reize. Die Centralbank sei die große Bank, welche die Sparkassengelder hat, welche die Gelder der Spar- und Vorschusskassen hat, und es wäre ihr sehr angenehm, schon im Interesse einer vernünftigen und klugen Zinspolitik, um das Hinauslizitieren der Zinsen auf dem Lande zu verhindern, wenn sie auch die Raiffeisenkassen in ihren Wirkungskreis einbeziehen könnte. Im Herbst hat Regierungsrat Liebmayr, geschäftsführender Direktionsrat, ebenfalls mit der Centralbank verhandelt und dort genau dieselbe Bereitwilligkeit gefunden. Man ging dann weiter, man hat der Centralbank den Status der Bauernbank mitgeteilt, und er wurde von ihr überprüft. Die Herren der Centralbank haben ihre Abgesandten in die Bauernbank geschickt, sie in jeder Weise überprüft und haben schließlich erklärt, sie sind bereit, mit uns in Verhandlungen wegen eines Ab schlusses einzutreten. Noch mehr! Wir haben der

Centralbank schließlich erklärt, wenn wir uns auch ausliefern, wollen wir auch wissen, wer ihr seid, und wir haben dann unsere Fachmänner in die Centralbank geschickt, welche wieder dort geprüft haben.

Es war also nicht leichtfertig, wir haben nicht vielleicht mit verbundenen Augen uns in ein Geschäft hineingestürzt, sondern auf Grund der genauen Prüfung der Dinge hier und dort haben wir uns schließlich an den Verhandlungstisch gesetzt und haben schließlich gefunden, daß es notwendig sei, die Hilfe einer größeren Bank, als die schließlich die Nationalbank gefunden wurde, in Anspruch zu nehmen. Ich muß bei der Gelegenheit dem Herrn Präsidenten der Nationalbank Dr. Reich danken nicht allein für sein Entgegenkommen, sondern auch für das Verständnis, das er hinsichtlich der Bedeutung der n. ö. Genossenschaften an den Tag gelegt hat, ich danke ihm dafür, daß er uns aus den reichen Mitteln der Nationalbank mit einer entsprechenden Summe beigesprungen ist.

Es ist unrichtig, wenn behauptet wird — und ich möchte das vielleicht noch des näheren ausführen, was Stöckler gesagt hat —, die Bauernbank sei die Ursache des Zusammenbruches der Centralbank der deutschen Sparkassen gewesen. Die Centralbank der deutschen Sparkassen hat selbst durch ihren Generaldirektor Hammer das Geschäft mit uns als einen Gewinn für die Bank bezeichnet. Denken Sie mir an das große Geschäft mit der Vieh- und Fleischmarktkasse. Daß sich dieses bei der Centralbank nicht entsprechend auswirkte, ist nicht Verschulden der Bauernbank. Die Centralbank mußte das ganze Geschäft der Vieh- und Fleischmarktkasse in dem Moment fahren lassen, als sie die Schalter schließen mußte, und die Regierung mußte, um den Wiener Markt nicht veröden zu lassen und nicht eine Katastrophe auf dem Wiener Fleischmarkt herbeizuführen, das Geschäft dem Bankenverbande überlassen. Daraus allein mögen Sie schon ersehen, was das für ein Geschäft gewesen sein muß, daß es nicht eine Großbank übernehmen konnte oder durfte, sondern der gesamte Bankenverband es übernommen hat; alle großen Banken miteinander haben dieses ausgezeichnete Geschäft übernommen. Wenn bis heute als Äquivalent dafür nichts an die Centralbank gezahlt worden ist, so ist das nicht Verschulden der Bauernbank und ihrer Führer.

Dasselbe gilt bezüglich der Bewertung der Einbringung der großen Kapitalien. Wir haben gewaltige Kapitalien in die Centralbank hineingebracht. Das war für die Centralbank im Jahre 1925 selbstverständlich ein Gewinn sondergleichen, und wir haben damals die Centralbank deshalb gewählt, weil der erste Fachmann im Staat, der Präsident der Österreichischen Nationalbank, Dr. Reich, die Centralbank für gut befunden hat, sie zur liquidierenden Stelle

der Bauernbank zu machen und ihr die hierzu nötigen Kapitalien anzuvertrauen, aus denen die Liquidierung hätte vorgenommen werden sollen. Sie sehen daher, daß diejenigen, die damals die Führung der Bauernbank gehabt haben, ihre Verpflichtung erfüllt haben. Daß das Unglück hereingebrochen ist, ist beklagenswert und bedauernswert. Es ist eine Sache, die im Gefolge der ganzen Krisenerscheinungen des Jahres 1924 sich ereignete, gegen die anzukämpfen der einzelne einfach machtlos gewesen ist und zu deren Beseitigung wir unser Bestes beigetragen haben.

Ich wollte nur diese wenigen Bemerkungen in Ergänzung der Ausführungen des Nationalrates Stöckler machen. Nun aber gestatten Sie mir, hohes Haus, zum Schluß einiges in persönlicher Sache. Man hat seit Monaten, seit vielleicht drei, vier Monaten, im Rahmen der Untersuchung der Centralbankangelegenheiten mich zum Gegenstande der vehementesten Angriffe gemacht. Nun, ich habe mich mit dem Gedanken abgefunden: Viel Feind, viel Ehr! *(Lebhafter Beifall.)* Aber das eine muß ich schon von dieser Stelle aus sagen: Ich protestiere ganz entschieden gegen die Verdächtigungen und ununterbrochenen Verleumdungen, welche verdeckt und versteckt ununterbrochen über mich geschüttet werden, und weise sie mit aller Entschiedenheit und aller Vehemenz zurück. *(Lebhafter Beifall.)* Ich bedaure es, daß man . . . *(Pölzer: Ist die Überschreibung auf Ihre Frau richtig oder nicht?)* Ich habe Fehler gemacht, verzehrftefter Herr Pölzer: ich habe keine Überschreibung an meine Frau gemacht, sondern ich habe eine Teilung des gemeinsamen Vermögens gemacht, und in dem Moment, wo ich gesehen habe, daß das von Ihrer Seite mißdeutet wurde, habe ich es rückgängig gemacht. Sie haben durchaus nicht das Recht, mir etwas vorzumerfen, was nicht mehr ist. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Ich habe in voller Übereinstimmung mit dem Nationalrat Stöckler zu sagen: Ja, es wurden Fehler gemacht; ich frage Sie aber, wer hat keine Fehler in der Zeit gemacht? *(Lebhafter Beifall.)* Wir haben sie einbekannt, ich habe offen zugegeben, wo Fehler gemacht worden sind. Ich sage auch ganz offen, ich habe nie zu denen gehört, die sich unfehlbar gedünkt und sich als fehlerfrei bezeichnet haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Sempel: Hohes Haus! Nachdem wir schon wiederholt Gelegenheit hatten, von dieser Stelle aus die Meinung unserer Partei über die ganze Angelegenheit der Centralbank eingehend darzustellen, möchte ich mir erlauben, heute nur ganz kurz auf einige mir allerdings sehr wichtig erscheinende Punkte noch zurückzukommen, die der Herr Abg. Dr. Danneberg heute vormittag in seiner Rede erwähnt hat.

Der Herr Abg. Dr. Danneberg hat sich auch heute wieder damit beschäftigt, daß die Regierung eine sträfliche Leichtfertigkeit zeigte, ja sogar ein Verbrechen beging, indem sie am 30. Juni, ohne den Nationalrat zu befragen, die bekannte Summe der Centralbank zur Verfügung stellte. Der Herr Abg. Dr. Danneberg hat auch gemeint, daß der Status der Bank ja für alle Kreise bereits seit vielen Wochen und Monaten ein so eindeutiger gewesen sei, daß man das Zugrundegehen . . . *(Dr. Danneberg: Für diejenigen, die es hätten wissen müssen!)* . . . daß alle diese Kreise die schwere Passivität der Centralbank bereits längst erkannt haben mußten und man schon aus diesem Grunde der Centralbank nicht hätte unter die Arme greifen dürfen. Der Herr Abg. Dr. Danneberg hat sich da insbesondere auf das Zeugnis des Generaldirektors Hammer, das dieser im Untersuchungsausschuß abgelegt hat berufen.

Nun, hohes Haus, muß ich allerdings eines feststellen. Die Centralbank war seit langer Zeit immobilisiert — das war natürlich niemandem, der über die Verhältnisse in der Centralbank im Jahre 1926 genauere Kenntnis hatte, unbekannt und auch wir in der großdeutschen Partei haben das gewußt. Ich sage es hier ganz offen, daß gerade wir uns aus diesen Gründen bemüht haben, die Regierung zu veranlassen, daß sie recht bald die ja schon seit längerer Zeit geplante Fusionierung mit der Deutschen Girozentrale in Berlin herstelle, denn wir haben das Zugrundegehen der Centralbank deutscher Sparkassen schon damals für ein großes Unglück angesehen, nicht nur für die Bank und für alle Kreise, die mit der Bank in Verbindung stehen, sondern als ein Unglück für die ganze Volkswirtschaft Österreichs, denn zwischen den Großbanken einerseits und den ganz kleinen Genossenschaften, von denen gerade der Herr Abg. Stöckler gesprochen hat, bestanden ja nur noch wenige Mittelbanken und eine dieser führenden Mittelbanken war eben die Centralbank. Es ist gewiß nicht ganz richtig, wenn der Herr Abg. Dr. Danneberg behauptet, daß die Centralbank diesen Titel mit Unrecht führte. Denn wir haben soeben aus den Ausführungen des Herrn Abg. Stöckler gehört, daß die für die ganze Landwirtschaft sehr wichtigen Genossenschaften ein ganz besonderes Interesse an der Erhaltung dieser Centralstelle hatten, die eben mit Rücksicht auf den Mangel aller anderen Zentralinstitute die Ausgleichsstelle nicht nur für die Sparkassen, sondern auch, wenn auch nur zu einem Drittel, für alle anderen Genossenschaften darstellte.

Und da muß ich nun aus dem Protokoll, das ja sehr umfangreich ist, gerade entgegen den Behauptungen des Herrn Abg. Dr. Danneberg feststellen, daß auch der Generaldirektor der Centralbank der deutschen Sparkassen über den tatsächlichen

Status der Bank vorher nicht unterrichtet war. Man muß dem Generaldirektor Hammer — jeder, der ihn kennt, weiß das — das Attribut eines hochanständigen Menschen zubilligen. Der Mann hat sicherlich alles getan, um sich über den wirklichen Status der Bank jederzeit auf dem Laufenden zu halten, aber auch er sagte im Untersuchungsausschuß zum Beispiel folgendes (liest): „Wir sind absolut unter dem Eindruck gestanden, daß wir aktiv sind. Das Betriebsdefizit hat uns wohl sehr bedrückt, und deshalb haben wir auch bei der Regierung fortwährend gedrängt, daß etwas geschehen solle, damit wir endlich an eine stärkere Hand herankommen.“

Er hat natürlich damit gemeint, daß die Fusionierung mit der Deutschen Girozentrale in Berlin endlich durchgeführt werde. Aber von ganz besonderem Interesse ist das, was Generaldirektor Hammer in der Sitzung erklärt. Auf die Frage des Herrn Abg. Dr. Danneberg, wie es denn mit den Verhandlungen war, die am 30. Juni oder 1. Juli wegen des befürchteten Ruins bei der Regierung geführt worden sind, sagt uns der Generaldirektor der Centralbank folgendes (liest): „Wir haben den Ultimo eigentlich schon überstanden gehabt, ohne von der Garantie der Regierung irgendwie Gebrauch zu machen. Wir hatten bei der Nationalbank lediglich 1·8 Millionen Schilling an Kommerzpapieren eingereicht. Wir hatten ultimo Juni ein geringeres Obligo als ultimo Mai und hatten am Abend noch über 2 Millionen Schilling Bargeld in der Kasse. Wir hatten ausländische Guthabungen, die wir sofort zu Geld hätten machen können, in der Höhe von zirka 2·4 Millionen Schilling und hatten Kommerzwechsel in der Höhe von ungefähr 1·9 Millionen Schilling, zusammen wären das 6 Millionen Schilling gewesen, die wir sofort hätten zu Geld machen können. Hätten wir diesen Ultimo überstanden, so hätten wir geldlich gewiß den Juli auch überlebt.“ Das sagt Generaldirektor Hammer, und ich erwähne das hier, weil der Herr Abg. Dr. Danneberg heute vormittag erklärt hat, daß es doch eigentlich sehr interessant ist, daß eine Bank durch einen bloßen Zeitungsartikel schon vor einen Ruin gestellt werden kann und zugrunde gehen muß. Nun, wer da weiß — und der Herr Dr. Danneberg weiß es ja besser als wir alle —, in welche Schwierigkeiten nicht nur solche Mittelbanken — denn wir wissen ja, daß die Centralbank durch den Verlust ihrer Basis wirklich ohne eigene Schuld sehr immobilisiert gewesen ist —, sondern auch Großbanken geraten können, wenn man sie durch einen solchen konzentrischen Angriff — und der „Abend“-Artikel war ja der Beginn eines solchen Angriffes, darüber kann man uns nicht hinwegtäuschen —, der wird zugeben, daß vielleicht manche größere Bank ebenfalls in Schwierigkeiten gekommen wäre. Aber eine Mittel-

bank, die noch am kritischen Abend des 30. Juni 6 Millionen Schilling zur Auszahlung besessen hat . . . (Dr. Danneberg: Aber die Nationalbank hat doch nur mit Superdeckung der Regierung das Geld hergegeben!) Das wissen wir, Herr Abg. Danneberg, aber immerhin war diese Centralbank am 30. Juni noch so stark, daß, wenn dieser „Abend“-Artikel nicht erschienen wäre, sie am nächsten Tage und im Juli ihre Verpflichtungen hätte erfüllen können. (Zwischenrufe.) Darüber kommen wir absolut nicht hinweg, und ich werde mir für mich und meine Partei die Meinung nicht rauben lassen, daß es eben gewisse Kreise damals auf das Zugrunderichten der Centralbank abgesehen hatten. (Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.) Vergleichen Sie nur die Bilanzen so mancher Großbanken! Wenn man immer wieder über die geschäftlichen Verluste der Centralbank spricht und damit gewissermaßen beweisen will, daß die Leitung der Centralbank eine so inferiore war, daß sie nicht den Dingen richtig ins Auge sehen konnte, so möchte ich Sie doch bitten, sehen Sie sich nur einmal die Bilanzen irgendeiner Großbank in den letzten Jahren an. Ich glaube feststellen zu dürfen, daß auch die Großbanken selbst in diesen Jahren derartig vehemente Verluste hatten — die vielleicht geschickter und mit ganz anderen Reserven zu arbeiten in der Lage waren als die arme Centralbank — und daß natürlich diese Verlustgeschäfte nicht aus einer schlechten Geschäftsführung erwachsen sind. Ich gebe zu, daß die Leitung der Centralbank manches Geschäft vielleicht schon früher hätte einstellen sollen, als sie es getan hat, aber diese Verluste waren auf der ganzen Linie sichtbar, bei den Großbanken genau so wie bei den ganz kleinen Instituten. Wenn man der Centralbank vorwirft, daß sie entgegen ihren früheren statutarischen Bestimmungen gewisse Bankgeschäfte gemacht hat, die sie nicht hätte betreiben sollen, so gebe ich das ohne weiteres zu, aber welche Sparkasse hat solche Geschäfte nicht betreiben müssen? Alle unsere Sparkassen in der Provinz haben ja solche Geschäfte betreiben müssen und wären zugrunde gegangen, wenn sie sich nicht eben auf gewisse bankmäßige Geschäfte umgestellt hätten. Ich sage es selbst, daß die Zeit wieder da ist, wo man gewisse Geschäfte wieder einstellen müssen, zumindest diese Geschäfte in einen Rahmen einschränken wird müssen, daß die ursprünglichen Statuten solcher Institute wieder zur Geltung kommen. Aber, hohes Haus, der Zeitungsartikel des „Abend“ war das Aviso, war sozusagen der Ruf: Jetzt soll der konzentrische Angriff gegen die Centralbank erfolgen, jetzt soll alles geschehen, um diese drohende Fusionierung mit der Deutschen Girozentrale in Berlin ein für allemal unmöglich zu machen! Und darum sage ich: Wenn man dieser verflochtenen Regierung einen Vorwurf machen soll

oder könnte, dann ist es gewiß nicht der, daß sie eingegriffen hat, sondern mein Vorwurf ginge dahin, daß es nicht früher geschehen ist, die Centralbank zu unterstützen, damit sie aus der traurigen Situation herausgekommen wäre. Denn, meine Damen und Herren, wir sehen es ja heute vor uns: Der König ist tot, es lebe der König! Die Centralbank haben wir zugrunde gerichtet, und heute muß sich der Nationalrat wieder langsam bemühen, ein ähnliches Institut an die Stelle der Centralbank zu stellen. (Dr. Danneberg: Aber nicht unter dem Kommando des Herrn Wutte!) Gewiß nicht! Auch ich stehe, Herr Abg. Dr. Danneberg, genau so wie Sie auf dem Standpunkte, daß in der Zukunft hoffentlich jeglicher politische Einfluß von unseren Geldinstituten genommen sein muß. Die Regierung hätte ja damals — und das ist ja das Tragische an der Angelegenheit — mit einem Bruchteil jener großen Beträge die Centralbank retten können, die sie dann später für die Centralbank zur Verfügung zu stellen genötigt war.

Wenn der Herr Abg. Dr. Danneberg heute erklärt hat, daß nicht nur der Herr Abg. Dr. Odehnal, sondern auch meine Wenigkeit am 8. Juli in der Sitzung des Finanzausschusses gegen die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses gesprochen haben, so ist das richtig. Der Herr Abg. Dr. Danneberg hätte nur dabei auch erklären sollen, daß ich damals ausdrücklich das Eingreifen der ordentlichen Gerichte gefordert habe, daß ich erklärt habe, daß wir Großdeutschen wohl Gegner eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind, daß wir aber wünschen, daß — über einhelligen Beschluß des Nationalrates hinweg — das ordentliche Gericht etwaige Schuldige suchen und der Bestrafung zuführen soll. (Zwischenrufe.) Denn, verehrte Frauen und Herren, wenn der Herr Abg. Dr. Danneberg heute von der Verekelung weiter Kreise gegenüber der Politik gesprochen hat — Herr Abg. Stöckler hat diesen Ausspruch bereits aufgenommen, und ich muß ihn auch noch einmal wiederholen —, so ist das richtig. Aber genau so wie eine Verekelung weiter Kreise von der Politik heute schon da ist, genau so wenig Ansehen haben auch heute, hohes Haus, die sogenannten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Und wenn Sie sich dieses gewaltige Elaborat nur zum Teil durchlesen — man ist ja nicht in der Lage, in einem Atem das durchzustudieren — und wenn Sie es auch der Wählerschaft draußen vor Augen halten — ich versichere Ihnen: es ist darin sehr viel von einem politischen Skandal die Rede —, was aber eigentlich die Bevölkerung, zum mindesten unsere Bevölkerung, die noch die Wirtschaft zu unterstützen bereit ist, erwartet hätte: daß man wirklich Mittel und Wege sucht, um nicht alle diese Finanzinstitute dem Ruin zu überliefern; das hat der Untersuchungsausschuß bestimmt nicht getan.

(Glöckel: Das war doch nicht seine Aufgabe!) Es wäre vielleicht, Herr Abg. Glöckel, die Aufgabe eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, nicht nur zu demolieren, sondern auch aufzubauen, und ich bin auch überzeugt, daß damals, wenn die Parteien dieses Hauses einig gewesen wären, die Regierung mit einem verhältnismäßig geringfügigen Betrag — vorausgesetzt, daß alle Abgeordneten hinter dieser Regierung gestanden wären — die Centralbank hätte retten können und daß wir auch manche Genossenschaft hätten retten können, die im Anschluß an den Krach der Centralbank dann zugrunde gehen mußte. (Dr. Danneberg: Warum sind Sie gegen die Bankkommission?) Ich komme, Herr Abg. Dr. Danneberg, darauf noch später zurück. Wir haben am 8. Juli gegen den parlamentarischen Untersuchungsausschuß gesprochen, und ich erkläre Ihnen schon heute, daß das System der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse gerade in solchen Fällen bei der Bevölkerung gar kein Verständnis mehr findet. (Zwischenrufe.) Die Bevölkerung, und ich glaube, auch Ihre eigenen Parteifreie, sind langsam zur Überzeugung gekommen, daß dort, wo man Schuldige finden und bestrafen will, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß am wenigsten hierzu Gelegenheit geben kann. Denn zu welchem Schlusse kommt denn ein solcher Ausschuß? Er kann doch nach dieser ungeheuren Aufmachung wieder nur das eine erklären, daß man auf Grund der bestehenden Gesetze nunmehr erst daran gehen soll, die Schuldigen zu suchen und zu bestrafen. Ich meine, ein Aufwand von sechs Monaten Arbeit ist für ein solches Resultat doch ein bißchen viel.

Der Herr Abg. Dr. Danneberg hat heute unter den drei Banken, die angeblich die Centralbank zugrunde gerichtet haben, selbstverständlich auch die Industrie- und Handelsbank genannt, die hier in dem Protokoll, auf Grund einer Erklärung des Herrn Vizekanzlers Dr. Dinghofer, als eine der großdeutschen Partei nahestehende bezeichnet wird. Wenn Herr Dr. Dinghofer diese Erklärung abgegeben hat, so hat er selbstverständlich gemeint, daß einzelne Funktionäre dieser Bank der großdeutschen Partei nahestanden sind; denn die Bank als solche hat natürlich gar kein Interesse gehabt, sich als Finanzinstitut der großdeutschen Partei zu deklarieren. Wir sind leider nicht so stark, daß wir uns eine eigene Bank leisten könnten; aber immerhin sind maßgebende Führer dieser Bank unserer Partei nahestehend.

Was war nun aber mit dieser Österreichischen Industrie- und Handelsbank? Diese Bank war im Jahre 1924, zur Zeit der Fusionierung mit der Centralbank, hoch aktiv. Auf Grund einer Expertise, die sehr streng durchgeführt wurde, die der gegnerische Teil selbst veranstaltet hatte und die, wie ich

weiß, damals auch zur Kenntnis des Finanzministeriums gekommen ist und, wie ich höre, von Organen des Finanzministeriums beglaubigt sein soll (Dr. Danneberg: Aber die Nationalbank hat ihr keinen Kredit mehr gegeben!) — wahrscheinlich war das nicht in der Zeit, von der ich jetzt spreche, das war April oder Mai 1924 —, auf Grund dieser Expertise ergibt sich ein Aktivsaldo von 40 Milliarden. Es ist also falsch, wenn man heute behauptet, daß die Industrie- und Handelsbank an der Katastrophe der Centralbank schuld sei. Die Industrie- und Handelsbank hat — und das ist das Tragikomische — ihren gesamten Aktienbesitz der Centralbank überantwortet, sie hat überhaupt kein Eigenleben mehr geführt, jeder Verwaltungsratsbeschuß der Industrie- und Handelsbank mußte vom Vorstand der Centralbank genehmigt sein. Trotzdem hat bekanntlich das Gesetz, sehr gegen unseren Willen, die Industrie- und Handelsbank bei der Liquidierung mit der Centralbank nicht in einen Topf geworfen, so daß heute die Beamten der Centralbank wohl jener Begünstigungen teilhaftig werden, die das Gesetz vorsieht, die 18 oder 19 Angestellten der Industriebank aber, für die übrigens, was ich loyal feststellen will, die Abgeordneten sämtlicher Parteien hier im Hause eingetreten sind, hängen glatt in der Luft und sind auf die Erträge, die aus der Liquidierung, beziehungsweise aus dem Ausgleich erfolgen werden, angewiesen. Ich möchte deshalb heute auch von dieser Stelle aus an die Regierung die Bitte richten, auch für diese Angestellten — es sind so wenige, daß die dafür entfallenden Beträge sicher nicht in die Wagschale fallen — einzutreten und zu veranlassen, daß der Liquidator der Industriebank doch zumindest jene Rücksicht auf die Angestellten dieser Bank nimmt, wie sie für die Beamten der Centralbank festgelegt wurde. Ich kann dem hohen Hause bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß die Angestellten der Centralbank, wenn auch unlängst hier im Hause sehr viel und sehr bitter über diese Centralbankbeamtenangelegenheit gesprochen wurde, von den materiellen Ergebnissen doch ziemlich befriedigt sind und daß sie vielleicht gerade durch den Antrag der bürgerlichen Parteien im Hause jetzt annähernd auch das erreicht haben, was sie seinerzeit im Wege der Opposition hier im Hause so stürmisch gefordert haben. Ich möchte nur wünschen, daß auch die Industriebankangestellten zumindest dieser Erfolge teilhaftig werden.

Nunmehr zurückkehrend, möchte ich sagen, die Industrie- und Handelsbank hat sicherlich gar keinen Teil an Schuld, daß die Centralbank zugrunde gegangen ist, denn die Industrie- und Handelsbank war aktiv; sie ist natürlich im Laufe der nächsten Jahre ebenso immobilisiert worden wie die Centralbank selbst, um so mehr als sie keine eigenen

Geschäfte mehr hatte, sondern das Gesamtgeschäft der Industrie- und Handelsbank durch die Centralbank geführt werden mußte. (Dr. Danneberg: Und Herr Westen?) Herr Westen, der wiederholt genannt wird, ist bereit, wie ich Herrn Dr. Danneberg mitteilen kann — und gerade heute um 11 Uhr vormittag haben diesbezüglich schon wichtige Verhandlungen stattgefunden —, seinen Saldo vollständig in Ordnung zu bringen. Herr Westen ist nicht, wie vielfach, insbesondere in sozialdemokratischen Zeitungen, erzählt wurde, mit seinem Vermögen über die Grenze gerannt, sondern ist bereits wieder in Wien, und ich hörte gerade heute vormittag, daß er bereit ist, seine Schulden gegenüber der Industrie- und Handelsbank zu bezahlen, selbstverständlich unter Korrektur jener Beträge, die er anzweifelt und die nunmehr durch öffentlichen Schiedsspruch, beziehungsweise durch den Richter entschieden werden sollen; denn genau so wie in dem Falle Wutte sind im Falle Westen übermäßige Zinsen gefordert worden, die natürlich von den betreffenden Schuldnern freiwillig nicht gezahlt werden, so daß man auf den Spruch des Gerichtes oder auf einen Schiedsspruch warten muß, in welcher Weise und in welcher Höhe diese Zinsen und Zinseszinsen zur Tilgung gelangen sollen. Also auch diese große Affäre Westen scheint sich auf eine sehr kleine Geschichte zurückziehen und abzuspielen, und ich bin überzeugt, daß auch diese Angelegenheit vollständig in Ordnung und Ruhe bereinigt werden wird.

Ich möchte nun, bevor ich schließe, ganz kurz noch auf einen Vorwurf des Herrn Dr. Danneberg zurückkommen, der gemeint hat, daß wir Großdeutschen unser Kind, die Bankkommission, die seinerzeit über unsere Initiative geschaffen wurde, im Stiche lassen. Herr Dr. Danneberg, manche Kinder machen halt dem Vater keine Freude. (Dr. Danneberg: Das glaube ich! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich weiß nicht, ob Sie dann später auch applaudieren werden; die Herren haben die Gewohnheit, im Vorhinein zu applaudieren, damit sie über die eigene peinliche Verlegenheit hinwegkommen. (Zwischenrufe.) Die Bankkommission liegt uns sicherlich und ist uns immer sehr am Herzen gelegen, und die Herren der Opposition wissen ganz genau, daß wir noch in der allerjüngsten Zeit die Verlängerung der Geltungsdauer für die Bankkommission auf ein Jahr gefordert und uns mit allen Mitteln bemüht haben, diese Verlängerung durchzusetzen. Aber, Herr Dr. Danneberg, außer den großdeutschen Abgeordneten haben auch noch andere Abgeordnete in der Koalition zu reden, und es hat auch die Regierung ein sehr ernstes Wort dreinzusprechen. Es haben aber auch noch andere Kreise in diese Angelegenheit dreinzureden, und das sind unsere wirtschaftlichen Organisationen. (Rufe: Die Banken!) Nicht die Großbanken, die interessieren

uns am allerwenigsten, aber Sie werden wissen, daß zum Beispiel auch die Handelskammern, die für uns eine ziemlich starke Bedeutung haben, sich in der Frage der Bankkommission in der letzten Zeit sehr eingehend, aber auch sehr eindeutig in dem Sinne geäußert haben, daß nach ihrer Meinung diese Bankkommission leider in der letzten Zeit eine zu einseitige Haltung eingenommen hat und ihren ursprünglichen Aufgabenkreis, dem Gesetzgeber vorzuarbeiten, gewissermaßen auf legislatorischem Gebiete alles vorzubereiten, was dann für eine richtige Bankkontrolle gesetzmäßig ausgenutzt werden könnte, leider hat im Stiche lassen müssen, um sich mehr oder weniger als Werkzeug von Untersuchungsausschüssen gebrauchen zu lassen, was in den Kreisen der Wirtschaft natürlich auf das tiefste verstimmt hat. Da wir nicht imstande waren, die Verlängerung der Geltungsdauer der Bankkommission auf eine wirklich entsprechende Zeit — und das wäre ein Jahr gewesen — durchzusetzen, so müssen Sie uns schon gestatten, daß wir den Antrag der Opposition auf Verlängerung der Geltungsdauer der Bankkommission auf nur ein Vierteljahr — ich will mich nicht schärfer ausdrücken — nur als Augenaußwischerei betrachten müssen. Eine Verlängerung der Kommission auf ein Vierteljahr heißt doch nichts anderes, als daß diese Kommission heute schon zum Sterben verurteilt ist, daß man sie aber noch ein Vierteljahr vegetieren läßt. *(Zwischenrufe.)* Nachdem nun der Bestand der Kommission in diesem Vierteljahr ohnedies durch andere gesetzgeberische Akte abgelöst wird — wir werden in den nächsten Wochen schon beispielsweise das Konsultorengesetz beraten, und es werden sicherlich andere Mittel und Wege gefunden werden, um einen Ersatz für dieses Institut zu schaffen —, sind wir doch der Meinung, daß, wenn die Bankkommission nicht wirklich auf längere Zeit verlängert werden kann, man einfach jetzt schon Schluß mit ihr mache. *(Zwischenrufe.)*

Zum Schluß möchte ich folgendes sagen: Der Herr Abg. Stöckler hat schon früher erwähnt, daß wir auf Grund des Postsparkassengesetzes vielleicht schon in den nächsten Wochen oder Monaten an die Schaffung einer zentralen Ausgleichsstelle schreiten werden. Man hat das leider in den früheren Jahren versäumt. Die Zentralstelle, die der Herr Abg. Stöckler für die Genossenschaften unseres Landes wünscht, wird selbstverständlich nicht nur für die Sparkassen und Genossenschaften, sondern sie müßte auch für das gewerbliche Kreditgenossenschaftswesen geschaffen werden. Ich glaube, unsere Handels- und Gewerbetreibenden haben ein Interesse, daß endlich einmal auch für sie auf diesem Gebiete etwas geschieht. Denn eine der größten Forderungen ist immer wieder in diesen Kreisen die Forderung nach billigem Kredit. Einen solchen billigen Kredit zu erhalten, wird dann möglich sein, wenn wir diese

zentrale Ausgleichsstelle schaffen, und daher begrüße ich hier die Initiative unserer Regierung und ich kann sie namens meiner Partei versichern, daß wir alles dazu beitragen werden, um eine solche Stelle, die wir gerade jetzt brauchen, wo die Centralbank der deutschen Sparkassen zugrunde gegangen ist, ehe baldigst zu schaffen, damit nicht nur den Sparkassen, sondern auch dem gesamten Genossenschaftswesen, ob es sich nun in der Landwirtschaft oder im Gewerbe und Handel repräsentiert, eine solche Stelle gesichert wird, damit wir endlich nach den Jahren, insbesondere nach dem letzten Halbjahr des Niederganges, wiederum in der Wirtschaft Österreichs eine Zeit des Aufstieges begrüßen können. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Schneidmader: Hohes Haus! Als die Regierung Ramet zurückgetreten und an ihre Stelle wieder Herr Dr. Seipel gekommen ist, hat der neue Bundeskanzler in seiner Antrittsrede davon gesprochen, daß er einen Reinigungsprozeß vollziehen und einen Trennungsschritt ziehen wolle zwischen der Vergangenheit, wo es gewisse Unzukünftlichkeiten, wie er sagte, gegeben hat, und der neuen Zeit, wo so etwas nicht mehr vorkommen dürfe. Die Öffentlichkeit hat diese Rede des Herrn Bundeskanzlers so aufgefaßt, daß die Politiker, die sich bei diesen Skandalen, die enthüllt worden sind, schuldig gemacht haben, aus dem politischen Leben entfernt werden. Es scheint aber, daß der Herr Bundeskanzler Seipel nicht die Kraft hat, diese politische Reinigung in seiner eigenen Partei durchzuführen. Er hat sich daher offenbar darauf beschränkt, zwei Mitgliedern der Mehrheit, die in dieser Untersuchung sehr schwer kompromittiert worden sind, eine andere Strafe aufzuerlegen. Er hat sie dazu bestimmt, daß sie heute hier sprechen und sich im Zegefeuer dieser Debatte bewähren. Gelingt es ihnen, daß sie aus dieser Debatte, aus diesem Zegefeuer gereinigt hervorgehen, so werden sie wieder in der politischen Gemeinschaft der Heiligen als vollwertige Mitglieder aufgenommen. *(Zwischenruf des Abg. Geyer.)* Ich meine, die politische Gemeinschaft der Heiligen, der auch Herr Geyer angehört, der immer Zwischenrufe macht, ich meine die christlichsoziale Vereinigung. Sollte es aber den Herren nicht gelingen, nun, dann müßten sie halt im Orkus verschwinden, und das Reinigungswerk des öffentlichen Lebens hätte sich auf diese Weise vollzogen.

Ich weiß nicht, ob die Herren von der Mehrheit der Meinung sind, daß es dem Herrn Stöckler und dem Herrn Buresch gelungen ist, sich wirklich zu reinigen. Sie haben den Versuch gemacht, es zu tun. Der Herr Stöckler hat uns die Geschichte der Bauernbank in die Erinnerung gerufen und hat uns erzählt, warum diese Bank gegründet worden ist. Es war die große Sorge, sagte er, wie die überschüssigen Gelder der Raiffeisenkassen, die in der Genossenschafts-Zentralkasse zusammengefloßen sind,

verwendet werden sollen. Nun, diese Sorge haben die Herren in der Bauernbank gründlichst gelöst. *(Sehr richtig!)* Die Gelder, die überschüssig waren und die im Wege der Genossenschafts-Zentralkasse in die Bauernbank geflossen sind, sind so angelegt worden, daß heute kein Groschen davon mehr übrig ist. *(Lebhafte Zustimmung. — Eisenhut: Haben die Genossenschaften etwas verloren? — Zahlreiche Zwischenrufe und Gegenrufe. — Präsident Dr. Waber gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Die Genossenschaften haben mir deswegen nichts verloren, weil die Regierung Ramek den fähigen Griff in die Staatskassen getan und 625 Milliarden in die Centralbank hinübergeschickt hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Was aber, wie Sie sagen, die Genossenschaften nicht verloren haben, das haben effektiv die österreichischen Steuerträger, auch die Mitglieder Ihrer Genossenschaften, verloren, denn die müssen jetzt diese Verluste bezahlen. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Der Herr Abg. Geyer hat mir jetzt eine ganze Riste von Schlagworten herübergerufen, von Schlagworten, mit denen die Herren draußen ihre Versammlungsdemagogie betreiben. Er hat gerufen „Arbeiterbank“, „Arsenal“, „Hammerbrotwerke“ —, ich könnte Ihnen noch ein paar solche Schlagworte sagen. Aber weil Sie von der Arbeiterbank reden: Was würde die Öffentlichkeit sagen, wenn die Gründer der Arbeiterbank Aktien dieser Bank an die Börse gebracht und den Kursgewinn nicht in die Arbeiterbank, sondern in ihre eigenen Taschen gegeben hätten? *(Lebhafter Beifall. — Sailer: Herr Geyer, jetzt reden Sie! — Geyer: Es war ihr Geld!)* Nein, sie haben das als Funktionäre des Bauernbundes, die gleichzeitig Funktionäre der Bauernbank waren, mit Aktien der Bauernbank gemacht. Herr Abg. Geyer und alle die anderen Herren, die diese Dinge, die übrigens noch zu den geringeren gehören, die in der Bauernbank gesehen sind, verteidigen, ich bin überzeugt, wenn dieses Faktum den Funktionären der Arbeiterbank nachgewiesen werden könnte, es würde allein genügen, daß die Funktionäre aus dem öffentlichen Leben mit Spott und Schande verschwinden müßten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die politische Tragfähigkeit für Skandale und Schweinereien ist eben bei Ihnen, meine Herren, unermesslich größer als bei allen anderen anständigen Parteien. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Geyer: Was ist's mit dem Verkauf der Gewehre an die Faschisten im „Tribunal“! Nie wieder Krieg!)* Daß Sie sich nicht schämen das Organ . . . *(Anhaltende Zwischenrufe)* . . . eines abgestraften Erpressers in die Hand zu nehmen und sich mit ihm zu identifizieren! Das zeigt nur, auf welchem Niveau sich die Politik befindet, zu der Sie sich bekennen. *(Fortgesetzt Zwischenrufe.)*

Präsident Dr. Waber: Das Wort hat der Abg. Schneidmadr. *(Zwischenrufe.)*

Schneidmadr *(fortfahrend)*: Hohes Haus! Der Abg. Geyer hat Ihnen jetzt ad oculos demonstriert, wie die Gegner aussehen, mit denen wir uns im Dorfe draußen herumwalgen müssen, und ich glaube, das ganze Haus ist einig darin, daß es uns darob bedauert. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Die Gründung der Bauernbank wäre gewiß eine gute Sache gewesen. Es war scheinbar die Verwirklichung des Gedankens, die Gelder, die in den Sparinstituten der Landwirtschaft verfügbar sind, zu sammeln, um sie wieder der Landwirtschaft zuzuführen. Als die Herren diese Bauernbank gegründet haben, haben sie ja diesen Gedanken besonders in den Vordergrund gestellt und in ihren Aufrufen den Bauern mitgeteilt. Aber aus dem Untersuchungsausschuß wissen wir, daß die Gelder der n. ö. Bauernschaft nur zum allergeringsten Teil der n. ö. Landwirtschaft zugute gekommen sind und daß der weitaus größte Teil an der Wiener Börse verspekuliert worden ist. *(Zustimmung.)* In ihrem Aufrufe haben die Herren damals den Bauern gesagt: Denkt daran, daß ihr euch jetzt mit allen Kräften eure eigene Bank schaffen sollt, die euch dann in Zeiten wirtschaftlicher Bedrängnis Hilfe und Stütze sein kann!

Wie war es aber dann, wenn ein Bauer wirtschaftlich bedrängt war und die Stütze nötig hatte, die ihm da in Aussicht gestellt wurde? Er mußte, wenn er von der Bauernbank Geld haben wollte, einen Wechsel unterschreiben, mußte mit seinem ganzen Hab und Gut für das Darlehen, das ihm auf Grund des Wechsels gegeben wurde, bürgen *(Zwischenrufe)*, und es wurden ihm 30, 40 Prozent im Jahre abgeknöpft. *(Lebhafte Pfuirufe.)* Ja, aus Wucheranzeigen, die gegen die Bauernbank erstattet worden sind, geht hervor, daß sogar über 50 Prozent Zinsen pro anno für Darlehen gefordert worden sind, die die Bauernbank an landwirtschaftliche Betriebe gegeben hat. *(Zwischenrufe. — Geyer: So sagen Sie doch, ob andere Banken einen niedrigeren Zinsfuß gehabt haben!)* Herr Abg. Geyer, es kommt nicht darauf an, was andere zweifelhafte Banken in der Zeit getan haben, sondern es kommt darauf an, daß Sie den Bauern versprochen haben, Sie wollen sie von diesen Wucherbanken befreien, und daß Sie dann die Bauern ebenso ausgenutzt haben wie die anderen Wucherbanken. *(Beifall.)*

So schwierig es aber für einen Landwirt war, bei der Bauernbank Kredit zu bekommen, wenn er diesen Kredit für seine Wirtschaft brauchte, und so teuer dieser Kredit dem Landwirt zu stehen gekommen ist, so bequem hatten es die verschiedenen Schieber in Wien, wenn sie Geld — nicht für landwirtschaftliche Zwecke selbstverständlich, sondern

für den Schottenring, für die Börse — gebraucht haben. Man hat diesen Schiebern und polnischen Juden eine eigene Filiale der Bauernbank in der Stadt, im Matschakerhof drinnen, errichtet, damit sie es bequemer haben. Der Herr Prokurist Haslinger hat im Untersuchungsausschuß gesagt, daß die Bauernbank der größte Reportgeldgeber an der Wiener Börse gewesen ist. Man hat gar nicht erst gefragt, wenn die Herren in den Matschakerhof gekommen sind, von wo sie sind, wo sie wohnen, welche Unterlagen sie für den Kredit zu geben vermögen; man hat sich begnügt, wenn sie 40 Prozent oder 50 Prozent — anfangs hat es geheißen: 70 Prozent — in Effekten als Deckung gegeben haben, und hat ihnen dann die Darlehen für die Börsenspekulation in der Höhe gegeben, in der sie die Schieber verlangt haben. (*Hört! Hört! — Geyer: Wollen Sie den Direktionsrat oder den Vorstand dafür verantwortlich machen?*) Freilich will ich die Direktion und den Vorstand dafür verantwortlich machen, denn die Bauern, die ihr Geld in die Bauernbank gegeben haben, die als Vorstandsmitglieder der einzelnen Raiffeisenkassen zugestimmt haben, daß ihre Gelder in die Bauernbank kommen, haben sich natürlich vorgestellt, daß so gründlich, wie über jeden Bauernwechsel im Direktionsrat beraten worden ist, auch über die Verwendung von Bauerngeldern zu anderen Zwecken beraten werden wird. Daß Sie die Bauern in ihrem Vertrauen gerade in dieser Beziehung so schwer enttäuscht haben, das ist ja eines der großen Verbrechen, deren sich die Verwaltung der Bauernbank schuldig gemacht hat. (*Stürmischer Beifall. — Lebhaftes Zwischenrufen. — Eisenhut: Können Sie Bauern nennen, die keinen Kredit bekommen haben?*) Herr Kollege Eisenhut, vielleicht beklagen es heute nicht einmal die Bauern, die bei der Bauernbank keinen Kredit bekommen haben, denn sie haben es sich erstens einmal erspart, daß sie in Wucherhände geraten, und sie haben sich auch das Schicksal derer erspart, die deshalb zugrunde gegangen sind, weil sie bei der Bauernbank Kredit genommen haben. (*Eisenhut: Die Bauern bekommen ja das Geld an der Quelle, bei den Raiffeisenkassen!*) Also Sie meinen, das Geld wäre ohnehin überflüssig gewesen, und es wäre daher gar kein so großes Unglück, daß es an der Börse verspekuliert worden ist. Auch ein Standpunkt! Nur zweifle ich daran, daß Sie für diesen Standpunkt die Mehrheit Ihrer Wähler gewinnen werden. Der Bauer, der Kredit brauchte, mußte einen Wechsel unterschreiben, der Schieber brauchte nicht einmal seinen Namen und seine Adresse anzugeben, wenn er von der Bauernbank Geld für seine Spekulation haben wollte. (*Fortgesetzte lebhaftes Zwischenrufen.*) Meine Herren, ich begreife Ihre Aufregung . . . (*Andauernde lebhaftes Zwischenrufen.*)

Präsident Dr. Waber (*wiederholt das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Herr Abg. Schneidmahl. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Ich bitte die Herren, den Herrn Redner zu Wort kommen zu lassen.

Schneidmahl (*fortfahrend*): Der Herr Abg. Geyer hat die Stirne, mir vorzuwerfen, daß das, was ich hier behauptet habe, erlogen ist. Ich rufe das ganze Haus zum Zeugen dafür auf, daß die Tatsachen, die ich hier vorbringe, im amtlichen Protokoll des Untersuchungsausschusses über die Centralbank ihre Grundlage haben. (*Anhaltende lebhaftes Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Waber: Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat nur der Herr Abg. Schneidmahl. (*Anhaltende Zwischenrufe und Lärm. — Leuthner: Hat der Abg. Geyer das Wort?*) Gewiß nicht. (*Neuerliche anhaltende Zwischenrufe.*) Ich bitte um Ruhe und bitte, die fortwährenden Zwischenrufe zu unterlassen!

Schneidmahl: Ich lade den Herrn Abg. Geyer, der natürlich viel geheimer ist als ich, ein, daß er nach mir das Wort ergreift und sagt, was er zu sagen hat. Oder will der Herr Abg. Geyer es bestreiten, daß im Untersuchungsausschuß vom Kuratorium an der Hand der Bücher der Bauernbank festgestellt worden ist, daß 13.779 Millionen Bauerngelder an Börsenspieler verborgt worden sind, deren Namen und Aufenthalt heute die Bauernbank gar nicht kennt? Oder will uns der Herr Abg. Geyer und der Herr Abg. Eisenhut bestreiten, daß 64 Milliarden Bauerngelder bei den Börsengeschäften verlorengegangen sind? — 64 Milliarden Bauerngelder, die nun auch mit den übrigen Verlusten der Bauernbank, der Steirerbank, der Industrie- und Handelsbank und der Centralbank aus den Steuergeldern bezahlt werden müssen. Was haben denn die Herren den Bauern gesagt, als sie die Bauernbank gegründet haben? (*Liest:*) „Ihr habt die Sicherheit, daß eure Gelder durchwegs wieder landwirtschaftlichen Zwecken zugute kommen.“ (*Ruf: Es sind ja auch andere Banken zugrunde gegangen!*) Natürlich sind auch andere Banken zugrunde gegangen, nur hat damals die Regierung nicht die Staatskassen geplündert, um den Zusammenbruch dieser Banken zu vermeiden. Wir würden uns auch mit dem Zusammenbruch der Bauernbank, der Steirerbank, der Centralbank und der Industrie- und Handelsbank nicht beschäftigen, wenn diese Zusammenbrüche jetzt nicht von den Steuerträgern gezahlt werden müßten. (*Lebhaftes Zustimmung.*)

Die Herren haben sich auch darüber heftig entzündet, daß im Untersuchungsausschuß die persönlichen Spekulationskonti der Verwalter der Bauernbank untersucht worden sind und daß man dabei auch auf ein Effektenpekulationskonto gestoßen ist, das bekannte Konto Aberbach. Ich möchte dem hohen

Hause nur mitteilen, wie der Herr Dr. Buresch zum Beispiel diese Sache vor dem Untersuchungsausschuß erklärt hat. Der Herr Dr. Buresch, den wir sicherlich als einen gewandten Politiker kennen, hat vor dem Untersuchungsausschuß erzählt, daß er zur Frankenspekulation geradezu verführt worden ist. (Lachen.) Er sagte (liest): „Ich habe einmal mit dem Herrn Direktor Miksch über die Frankenspekulation gesprochen. Er hat mir gesagt: Herr Landeshauptmann, man hat jemanden hinausgeschickt nach Paris, um draußen einige Papiere zu kaufen und zu verkaufen.“ — Der Direktor hat sich offenbar sehr populär ausgedrückt, um dem Herrn Dr. Buresch begreiflich zu machen, worum es sich da eigentlich handelt: man kauft Papiere und verkauft Papiere. Entrüstet hat Dr. Buresch geantwortet: „Wieso kommt das?“ Miksch hat darauf gesagt: „Es ist beschlossen worden.“ — „Ich war nicht dabei,“ sagte Dr. Buresch, und er sagte weiter, daß er darüber gebrümmelt habe, daß man überhaupt einen solchen Beschluß, an der Frankenspekulation teilzunehmen, fassen konnte, worauf dann Direktor Miksch dem Dr. Buresch zugeredet hat: „Gehen S', kaufen S' auch ein paar Sachen!“ — Dr. Buresch hat entrüstet geantwortet: „Ich mag nicht!“ (Lachen) hat sich aber schließlich von Miksch überreden lassen. (Heiterkeit.) Er hat gesagt, er soll ungefähr um 2000 Franken Papiere kaufen. Ebenso sind offenbar auch die Herren Stöckler, Zwegbacher usw. verführt worden und es war der reine Zufall, daß sich auch Herr Aberbach von Miksch hat verführen lassen und daß der Oberprokurist Haslinger diese Aufträge gemeinsam in Paris erledigen mußte. Die Herren haben sich entrüstet, daß man sie in einem Atem mit Aberbach genannt hat, sie wußten gar nichts davon, daß es ein solches Spekulationskonto gegeben hat, man hat ihnen nie mitgeteilt, daß sie einem solchen Konsortium angehören; das war auch eine der vielen Dummheiten, die die Beamten in der Bauernbank gemacht haben und für die man den Direktionsrat nicht verantwortlich machen könne. Nun, meine Herren, es ist vollständig gleichgültig, ob die Herren von einem Konsortium gewußt haben oder nicht, ob jeder einzelne für sich gespielt hat oder ob er es gemeinsam mit dem sympathischen Mitspekulanten Aberbach getan hat. Das Entscheidende ist, daß die Führer des christlichsozialen Bauernbundes daselbe getan haben wie der Jesajas Aberbach, daß sie nämlich in Franken spekuliert haben. Aber sie haben nicht nur persönlich an dieser Frankenspekulation teilgenommen, der eine mit 100, der andere mit 200 Millionen, sondern sie haben gesagt, die paar Netsch spielen doch keine Rolle für die Kleinbauern, 500 Millionen . . . (Ruf: Das ist eine Privatsache!) Natürlich ist das eine Privatsache, nur wären die übrigen Bauern in Österreich froh, wenn sie sich auch eine solche Privatsache leisten

könnten! Und so hat denn auch die Bauernbank mit 2 Milliarden an dieser Frankenspekulation teilgenommen. Es ist gar nicht so, wie Dr. Buresch es vor dem Untersuchungsausschuß dargestellt hat, daß er erst durch den Direktor Miksch dazu verführt worden ist, sondern diese Frankenspekulation war vom Direktionsrat in aller Form beschlossen worden, und nach den Protokollen haben an dieser Sitzung, in der dieser Beschluß gefaßt wurde, auch Herr Dr. Buresch und Herr Stöckler teilgenommen und an diesem Beschlusse mitgewirkt. (Hört! Hört!) Aber, meine Herren, das Entscheidende ist, daß die Herren es uns heute so darstellen, als ob dies der ordnungsmäßige Weg gewesen wäre, die Bauernbank mit der Centralbank zu vereinigen. Ich möchte vor allem in Erinnerung rufen, daß der gewesene Landeshauptmann-Stellvertreter Zwegbacher als Zeuge im Untersuchungsausschuß ausgesagt hat, daß der heutige Finanzminister Dr. Riebenböck damals die Herren, als sie ihn diesbezüglich fragten, geradezu mit aufgehobenen Händen vor dem Anstreifen an die Centralbank gewarnt hat. Als sie Herrn Dr. Riebenböck — so sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Zwegbacher vor dem Untersuchungsausschuß — über den Stand der Bauernbank informiert hatten, hat er ihnen den Rat gegeben: Da gibt es nichts anderes als zu liquidieren! Übrigens war die Niederösterreichische Bauernbank bereits im Frühjahr 1924 reif zum Liquidieren, sie stand vor dem Zusammenbruch. Es hätten damals die Funktionäre der Bauernbank die Verpflichtung gehabt, aus dem Stande der Bank die Konsequenzen zu ziehen und die Liquidierung durchzuführen. Die Herren aber haben sich gesagt: Wozu setzen wir uns jetzt der Gefahr aus, daß es offenkundig wird in ganz Niederösterreich, in jedem Dorf draußen, was mit den Geldern der N. ö. Bauernbank geschehen ist? Wir können diese Liquidierung ganz gut vermeiden! Wir sind ja zugleich auch die Verwalter der Genossenschafts-Zentralkasse, wo noch Geld vorhanden ist, das Geld der n. ö. Raiffeisenkassen und Genossenschaften! Und die Herren, die nach dem Räte des Herrn Dr. Riebenböck damals die Bank hätten liquidieren sollen, haben sie nicht liquidiert, sondern sie haben am 8. Mai 1924 in der Generalversammlung eine Kapitalvermehrung beschlossen, und zwar um den Betrag von 30 Milliarden. (Geyer: Damals war die Bauernbank noch aktiv!) Damals war sie noch aktiv? (Geyer: Ja!) Das war, nachdem die Herren beim Herrn Dr. Riebenböck gewesen sind. Die Herren haben die Kapitalvermehrung ja nur deshalb beschlossen, um die Liquidierung zu vermeiden. Das aber ist das größte Verbrechen, das sich die Verwalter der Bauernbank haben zuschulden kommen lassen. Sie haben für 30 Milliarden Aktien einer Bank drucken lassen, die bereits passiv gewesen ist (Rufe: Das ist nicht wahr!), und haben diese Aktien, die kein

zurechnungsfähiger Mensch mehr gekauft hätte, weil sie zur Zeit ihrer Ausgabe wenig oder gar nichts wert gewesen sind und natürlich auch nicht mehr an der Börse hätten verkauft werden können, für 30 Milliarden der Genossenschafts-Zentralkasse verkauft. Sie konnten das ja leicht tun, weil ja die Verwalter der Bauernbank gleichzeitig auch die Verwalter der Genossenschafts-Zentralkasse gewesen sind und weil die Herren, die als die Verwalter der Bauernbank dem Beschluß, für 30 Milliarden neue Aktien auszugeben, gefaßt haben, sich nun neuerlich als Verwalter der Genossenschafts-Zentralkasse zusammensetzen und beschließen mußten, diese wertlosen Aktien für 30 Milliarden zu kaufen. (Geyer: Aber, Herr Kollege, die Bodenbank hat doch Einfluß auf die Bauernbank gewinnen wollen und hat die Aktien aufgekauft! Da muß sie nicht passiv gewesen sein!) Mag sein, daß die Bodenbank auch solche Aktien gekauft hat, sie hat ja so ähnlich gute Geschäfte gemacht, und sie ist ja auch noch vor der Bauernbank zugrunde gegangen. Aber, meine Herren, was Sie da getan haben und was in der Untersuchung der Centralbankangelegenheit festgestellt worden ist, das ist das Verbrechen der fahrlässigen Arida, und wir wollen nur hoffen, daß die Staatsanwälte in Österreich, die nun nach dem Stande der Gesetzgebung und nach dem Centralbankgesetz die Möglichkeit haben, die verantwortlichen Herren haftbar zu machen, auch ihre Pflicht erfüllen. (Geyer: Aber, Verehrtester, warum ist denn das Arsenal zugrunde gegangen und die Hammerbrotwerke? — Zwischenruf Ellenbogen. — Geyer: Das wären Steuergelder, Herr Dr. Ellenbogen, und alles ist pfutsch!) Herr Kollege Geyer, ein Narr fragt mehr, als zehn Gescheite beantworten können. Ich kann Ihnen nicht auf jede Dummheit, die Sie einwenden, eine Antwort geben! (Geyer: Das ist eine sehr gescheite Ausrede, die sieht Ihnen ganz gleich!) Wir begreifen es auch, daß die Herren in keiner guten Stimmung sind, daß sie nervös sind, denn es dringt allmählich die Wahrheit über diese Dinge auch in die Dörfer, und die Herren müssen das verantworten. (Geyer: Die Leute sind schon so gescheit, die sagen, das ist nicht wahr!) Sicher sind die Leute so gescheit, denn durch Schaden wird man klug, und die christlichsozialen Bauern und die österreichischen Steuerträger überhaupt, die für diese Politik 800 Milliarden zahlen müssen, werden hoffentlich durch diesen Schaden auch klug werden. (Beifall und Händeklatschen.)

Hohes Haus! Sie werden der Verantwortung für diese Akt, wie Sie das Vertrauen der n. ö. Bauern und der Einleger der verschiedenen Sparinstitute mißbraucht haben, nicht entgehen. Es mag sein, daß Sie, von Ihrer Mehrheit Gebrauch machend, hier in diesem Hause den Minderheitsbericht, den meine Partei vorlegt, ablehnen. Aber damit ist die

Sache nicht erledigt. Der Prozeß geht weiter. Wie wir hoffen wird dieser Prozeß auch — um einem Wunsche des Abg. Dr. Hampel zu entsprechen — vor den ordentlichen Gerichten geführt werden, dieser Prozeß wird auch bei den nächsten Wahlen geführt werden, und die Reinigung des öffentlichen Lebens, die durchzuführen der Herr Bundeskanzler Seipel zu schwach ist, diese Reinigung werden die Wähler vollziehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe.)

Rollmann: Hohes Haus! Es sind morgen sechs Monate, daß die Regierung jenen Entschluß faßte, der zu der heutigen Endverhandlung geführt hat. Ich habe mich in den sechs Monaten bemüht ... (Ruf: Zu schlafen!) Auch geschlafen habe ich, ja, Sie auch! ... die Urteile vernünftiger Menschen zu hören, was die Regierung am 30. Juni hätte machen sollen, und ich habe bei allen, bei denen ich anfragte und mit denen ich über die Sache sprach, immer und immer die Antwort bekommen: Die Gefahr für die Volkswirtschaft war im Augenblick des Zusammenbruchs der Centralbank der deutschen Sparkassen so groß, daß die Regierung hier eingreifen mußte. (Sehr richtig!) Sie hat eingegriffen. (Sever: Warum haben Sie nicht am 30. Juni, wo das Parlament tagte, die Abgeordneten hier behalten?) Ich werde darauf die Antwort geben. Die Herren wissen, wie die Situation war. Sie kennen die Verhältnisse (Zwischenrufe), die damals zwischen der Minorität und der Majorität in diesem Hause herrschten, Sie wissen, daß ein persönlicher Verkehr von Ihnen abgelehnt wurde ... (Zwischenrufe.) Ein persönlicher Verkehr mit der Regierung wurde von der Opposition abgelehnt. (So ist es!)

Und nun kommt folgendes: Es wurde gerichtsmäßig nachgewiesen, daß zwischen der Redaktion des „Abends“ und dem Rathaus Verbindungen bestehen ... (Stürmische Rufe: Hör! Hör! — Lebhafter Gegenruf und Pfeifrufe.) ... und das gibt mir die Berechtigung, zu behaupten, daß der Artikel des „Abends“ den Sozialdemokraten früher bekannt war als uns. (Beifall. — Zelenka: Er scheint schon wieder betrunken zu sein!)

Präsident Dr. Waber: Ich muß diesen Zuruf auf das ernsteste rügen.

Rollmann: Die Regierung hat von dem Artikel Kenntnis erlangt, da war das Haus nicht mehr hier. Wir wurden abends zu einer Sitzung berufen, und in der Sitzung wurde über die Sache beraten. (Zwischenrufe Austerlitz.) Da der Herr Abg. Außerlich das so ausgezeichnet kennt, wäre es ja überflüssig, darüber etwas zu sagen. Aber wir gehen ja weiter. Daß sich die Verhältnisse nicht geändert haben, daß es nach wie vor der einzige Ausweg war, ist heute noch meine beste und feste Überzeugung, von der Sie mich nicht abbringen können. (Sever: Sie haben noch immer nicht

gesagt, warum Sie das Haus nicht hier behalten haben!) Weil Sie nicht mehr da waren, wie wir von dem Artikel Kenntnis erhielten. (Zwischenrufe.) Ich habe den Artikel vielleicht um 6, $\frac{1}{2}$ 7 Uhr bekommen . . . (Sever: Da sind wir noch da gesessen! Um 7 Uhr abends war noch Haus-sitzung!) Aber ich bitte, wir gehen ja weiter. (Sailer: Am nächsten Tag hätten Sie den Nationalrat zusammenberufen können!) Ja, alles hätten wir machen können, wir haben es aber so gemacht und sind der Meinung, daß es auch so richtig war. (Lebhaftes Zwischenrufe. — Beifall und Händeklatschen. — Sever: Sie sind frei gewählte Abgeordnete und lassen sich das gefallen! — Zelenka: Tagelang hat man den armen Pensionisten die Erhöhung verweigert! Das haben Sie nicht gemacht, das andere haben Sie aber ohne zu fragen gemacht!) Herr Abg. Zelenka, wir standen in Verhandlungen, und Verhandlungen hat jeder zu führen, wie er glaubt, daß es besser ist. Sicher ist, daß ich den Pensionisten gegeben habe, aber ihre Forderungen waren halt zu hoch. Sie wollten halt alles haben, was sie gewünscht haben, und das kann ich nicht geben. (Zwischenrufe.) Das Kapitel kommt später.

Wenn nun eine Handlungsweise weiter als richtig erkannt bleibt, so kommt es wohl darauf an, welche Motive zu dieser Handlung führten. Und hier beginnt die Niedrigkeit des Kampfes seitens der Opposition. (Lebhafter Widerspruch. — Rufe: Frechheit! — Beifall. — Witternigg: Sie haben das Parlament angelogen! — Anhaltende Rufe: Frechheit! — Glückel: Der Minister, der das Parlament angelogen hat, traut sich so zu reden!) Ich kann ja warten und werde dann reden. (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Waber: Ich bitte um Ruhe. (Zwischenrufe. — Sailer: Es wäre gescheiter, Sie legten sich wieder schlafen!)

Kollmann (fortfahrend): Das tue ich dann nach Ihnen. Ich habe . . . (Zwischenrufe), ja, wenn die Herren nicht hören wollen, ich kann warten, ich werde warten, ich habe Zeit. (Andauernde Zwischenrufe.) Ich habe immer und immer gesagt . . . (Witternigg: Sie haben gelogen!) . . . daß das einzige Motiv für den Beschluß am 30. Juni war, die Sparkassen vor Erschütterungen zu bewahren (Beifall), die Spargelder vor dem Ruin zu schützen und die gesamte Volkswirtschaft vor einer schweren Katastrophe zu bewahren. Das waren unsere Motive. (Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.) Und andere kommen her und machen Unterschiebungen, behaupten, daß das aus anderen Motiven geschehen ist. Ich erkläre, nicht ein Jota war ein anderes Motiv bei mir als das eine, das ich hier gesagt habe. (Beifall.) Und wer etwas anderes behauptet, unterstellt mir etwas, was nie bei mir der Fall war.

(Sailer: Was ist es mit dem Ersten Wiener Konsumverein?) Gut, reden wir vom Ersten Wiener Konsumverein. (Ruf: Das ist keine sozialdemokratische Organisation!) Nein, er hat nichts damit zu tun. (Fortgesetzte Zwischenrufe.) Der Erste Wiener Konsumverein ist eine Vereinigung von Personen zur Erstellung einer billigeren Einkaufsmöglichkeit, und diese Personen haben von ihren Mitgliedern selbst auch Einlagen genommen, das heißt, sie haben sich das Geld selbst geborgt. Nun haben sie ja die Verpflichtung, das Geld sich selbst zu bezahlen. (Stürmischer Widerspruch und Lärm. — Sailer: Es ist genau dasselbe!) Bitte, nehmen wir an, daß der Wiener Konsumverein in diese Kategorie gehört hätte, dann wäre es selbstverständlich gewesen, daß das Land und die Stadt Wien sich der Sache angenommen hätten. (Stürmischer Beifall. — Widerspruch und Gegenrufe. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Nun, meine Verehrten, nachdem die ersten Anschuldigungen vorüber waren, kamen die zweiten. Es wurde gesagt, das Geld wurde wahllos hinausgeschleudert, wahllos verpulvert und verpufft. Ich konstatiere, daß die Regierung an dem Tage, an dem sie den Beschluß gefaßt hat, einen Mann bestimmte, und zwar den Herrn Kurator Streeruwitz . . . (Sever: Früher hat sie ihn schon bestimmt, am 27. Juni! — Streeruwitz: Nein! — Rufe: Lügner! — Sever: Sind Sie erst am Abend verständigt worden oder schon früher? — Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Miklas (der während vorstehender Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich bitte um Ruhe!

Kollmann: Der Herr Abg. Sever befindet sich in einem Irrtum. Es ist richtig . . . (Andauernde Zwischenrufe.)

Präsident: Ich bitte, meine Herren, lassen Sie doch den Redner sprechen.

Kollmann: Der Herr Abg. Sever befindet sich in einem Irrtum. Er hat recht, wenn er meint, daß die Regierung schon früher die Bereitstellung einer solchen Stelle von der Centralbank der deutschen Sparkassen beehrte. Da hat er recht. Aber die Besetzung dieser Stelle ist nicht früher erfolgt, und Streeruwitz wurde damals gebeten, diese Stelle zu übernehmen (Rufe: Ah so!), aber nicht am 27., sondern erst . . . (Ruf: Aber er hat es gewußt!), aber ich bitte, am 27. nicht. (Streeruwitz: Ich habe nichts früher gewußt; wer das behauptet, ist ein Lügner! — Fortgesetzte stürmische Zwischenrufe. — Anhaltende Zwischenrufe Witternigg.)

Präsident: Herr Abg. Witternigg, Sie haben nicht das Wort.

Kollmann: Die Regierung hat daher am 30. dafür gesorgt, daß am 1. ein mit bestimmten Instru-

tionen ausgestatteter Vertreter der Regierung die Auszahlungen kontrolliert und überprüft. Das ist auch geschehen. Und nun weiter! Was hat der Untersuchungsausschuß in der Sitzung vom 13. September getan? In dieser Sitzung verwies der Abg. Dr. Döehnel auf den vom Kuratorium vorgelegten Bericht über die in der Zeit vom 1. bis 10. Juli erfolgten Auszahlungen und stellte fest, daß nach der genauen Durchsicht des ganzen Materials sich ergeben habe, daß Abg. Streeruwitz mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes vorgegangen ist. Herr Dr. Danneberg schloß sich dieser Erklärung an. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Es fällt somit auch der zweite Vorwurf, daß das Geld wahllos hinausgepulvert wurde, in sich zusammen. Wir waren der Meinung, daß der Untersuchungsausschuß oder das Kuratorium die Liste der erfolgten Auszahlungen dem Nationalrat mitteilen werde, damit man ersehen kann, ob unberechtigte Abhebungen erfolgt sind. Der Untersuchungsausschuß, beziehungsweise das Kuratorium hat das Absolutorium erteilt und damit zugegeben, daß bei der Verwendung des Geldes mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes vorgegangen wurde. *(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)* — *Witternigg:* Wer hat die 4 Milliarden der Steirerbank gegeben? Die habe ich gegeben, ich bekomme sie schon wieder.

Nun kommt die dritte Frage. Was hat die Regierung zu tun, um den Bund vor Verlusten in dieser Angelegenheit zu bewahren? Sie hat das bereits durch eine Regierungsvorlage getan, und das Haus hat diese auch beschlossen. Das Endziel ist, daß jene Kreise, die durch das Eingreifen der Regierung vor Verlusten und Katastrophen bewahrt wurden, im Laufe der nächsten Jahre durch eine kleine unfühlbare Abgabe das der Regierung zurückgeben. Wenn bei diesem Anlasse auch die Banken herangezogen wurden, so hat das seine Berechtigung darin, daß die Banken von dieser Katastrophe nicht verschont geblieben wären und auch schweren Schaden hätten erleiden müssen, so wie die Sparcassen; daher ist ihre Heranziehung ganz in Ordnung. So steht die ganze Geschichte.

Daß bei diesem Anlaß die Opposition mit Verleumdungen *(lebhafte Zustimmung)* und Beschimpfungen aller Art vorgegangen ist, daß einzelne Mitglieder der Opposition erklärt haben, wir hätten gestohlen, daß einzelne Mitglieder der Opposition das sogar in Versammlungen sagen, das ist die Niedrigkeit des Kampfes. *(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)* — *Pfuruse.* — *Witternigg:* Wer zahlt denn die Billion? Der Herr Abg. Witternigg fragt, wer die Billion zahlt. Vor allem ist es keine Billion, sondern weniger, aber ich werde ihm etwas anderes erzählen, vielleicht wird er dann etwas ruhiger sein. Es war in Österreich in der Republik eine Zeit, in der große Not herrschte. Damals hat der Herr Kanzler Renner die Nahrungsmitteldokumente bekommen. Ich

sage kein Wort dagegen, es war ganz in Ordnung, ich bin damit sehr einverstanden gewesen. Aber bei der Verteilung der Nahrungsmittel hätte er nach meiner Auffassung etwas mehr herausgeschlagen können, denn es war nicht notwendig, daß damals alle vom Milliardär und Millionär bis herunter zum letzten die Unterstützung bekommen haben. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Sehen Sie, da ist nicht mit der nötigen Sorgfalt eines Kaufmannes vorgegangen worden. *(Alois Bauer: Das ist eine Demagogie!)* Nein, das ist die Wahrheit. *(Zwischenrufe.)* Ich habe bewiesen, daß damals Darlehen mit einem bestimmten Zwecke gegeben worden sind, die heute 8 Billionen betragen, wovon noch kein Groschen zurückgezahlt ist und für dessen Rückzahlung auch nicht gesorgt ist. *(Sever: Da hat das gesamte Volk etwas davon gehabt!)* Ich habe gesagt, ich bin damit sehr einverstanden, und nur begehrt, daß bei der Verwertung dieser Nahrungsmittel jene Klugheit vorgeherrscht hätte, derzufolge man die billigeren Nahrungsmittel nur den Armen, nicht aber auch den Besitzenden gegeben hätte. *(Anhaltende Zwischenrufe und Lärm.)* Sie sehen, daß es noch andere Dinge in der Welt gibt. Wir werden diese Flut von Verleumdungen, Beschimpfungen und Angriffen gegen uns ertragen, aber was würden Sie erst sagen, meine Herren, wenn auf unserer Seite einer sitzen würde, den man beschuldigt, gefälschte Fakturen zur Fälschung von Bilanzen verwendet zu haben. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* — *Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe.)* Was würden Sie sagen, wenn diese Fälschungen von einer Körperschaft gemacht werden, die als die oberste Trägerin der Sozialdemokratie erkannt werden muß, in der festen Absicht, den Staat um die Steuern zu betrügen? *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* — *Zwischen- und Gegenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Redefreiheit. *(Witternigg: Sie haben die Staatskassen geplündert!)* Herr Abg. Witternigg, Sie haben nicht das Wort. *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe.

Kollmann: Der Herr Abg. Danneberg hat in seiner Rede gesagt, es komme ihm vor, als ob der „Abend“ den Artikel am 30. Juni zu Gefallen der Regierung geschrieben hätte. *(Zwischenrufe.)* Eine größere Verdrehungskunst habe ich noch nicht erlebt. Es wäre zweckmäßig gewesen ... *(Zwischenrufe Forstner.)*

Präsident: Herr Abg. Forstner, ich bitte um Ruhe. *(Andauernde Zwischenrufe.)* Ich bitte, in der Rede fortzusetzen.

Kollmann: Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn der Untersuchungsausschuß auch untersucht hätte, warum und aus welchen Motiven der Artikel im „Abend“ veröffentlicht wurde. *(Stürmische Zwischenrufe.)* Das Ergebnis dieser Untersuchung hätte uns

vielleicht manches aufgeklärt, das wir heute nicht wissen. Es ist bedauerlich, daß der Untersuchungsausschuß das nicht getan hat. *(Baumgärtl.: Aber Sie haben doch wie ein Kind vor dem Untersuchungsausschuß gestottert!)* Sie wissen ja gar nichts, Sie waren ja nicht dort. *(Lebhafter Beifall. — Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Ich habe nichts zu verteidigen. Was ich getan habe, habe ich gesagt, an dem halte ich fest und für die mir zugefügten Beschimpfungen ergreife ich die Gegenoffensive. *(Lebhafter Beifall. — Andauernde Zwischenrufe.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe. *(Neuerliche stürmische Zwischenrufe. — Witternigg: Sie gehören ins Zuchthaus. Sie gehören ins Kriminal, Sie sind ein Verbrecher, Sie haben die Staatskassen geplündert!)* Aber Herr Abg. Witternigg, mäßigen Sie sich!

Kollmann: Man sieht, daß die Nervosität auf der linken Seite immer größer wird. *(Lebhafter Beifall.)* Sie lassen die dümmsten und bedeutungslosesten Redner reden. *(Stürmische Zwischenrufe.)* Lassen Sie mich reden. Ich komme auch zum Staatsgeld. Ich habe nicht die Erfahrung gemacht, daß die Herren der Sozialdemokratie genau so ängstliche Hüter der Staatskassen gewesen wären, wenn es sich um Forderungen gehandelt hat, die den gemeinwirtschaftlichen Betrieben zukaufen. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Sehen Sie, meine Herren, langsam . . . *(Andauernde Zwischenrufe.)* Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe waren eine Versuchssform der neuen Wirtschaft, und Sie haben sie als das Um und Auf der Zukunft bezeichnet *(So ist es!)* und haben gesagt, das wird die Zukunft werden. Und wissen Sie, was die Zukunft war? Das Arsenal mit allen seinen Riesenvorräten, Fischamend mit seinen Vorräten, 170 Milliarden und noch etwas darauf, ist pleite gegangen. Wo ist denn da die Ängstlichkeit für die Staatskasse? *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Da sollten Sie genau so ängstlich sein!

Meine Verehrten, es gäbe noch so manches . . . *(Schneidmadl: An Verleumdungen, die Sie noch vorbringen können!)* . . . was man hier als pure Wahrheit vorbringen kann . . . *(Zwischenrufe. — Ruf: Und der war Finanzminister!)* Ja, das war ich — Sie waren es noch nicht! . . . aber ich glaube, daß diese kleine Kostprobe genügt. So lange ich Minister war . . . *(stürmische Zwischenrufe)* konnten Sie auf mir herumtrampeln, da konnten Sie Ihre Freijagd lust an mir auslassen, aber jetzt bin ich nicht mehr Minister, und jetzt werde ich mich wehren, und zwar so, daß ich zum Schluß oben auf bleibe! *(Anhaltender stürmischer Beifall und Händeklatschen. — Lärmende Zwischenrufe. — Heftige Rufe: Pfui! Pfui!)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abg. Abram. Ich erteile ihm das Wort. *(Dr. Mataja: Da hört sich doch alles auf! — Gegenrufe: Mizzi*

Schmidt! — Anhaltender Lärm.) Ich bitte um Ruhe! Der Herr Abg. Abram hat das Wort!

Abram: Hohes Haus! Mein Weggang zu einer Besprechung draußen wurde von einigen Herren dahin gedeutet, daß ich absichtlich den Sitzungssaal verlassen hätte. *(Andauernder Lärm. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)*

Ich sage Ihnen folgendes: Ich begrüße es, daß ich endlich Gelegenheit habe, gegen die Summe von Verleumdungen sprechen zu können, die durch Ihre Parteipresse, angefangen von der Skandalpresse, Monate hindurch gegen mich und gegen meine Wirtschaftsorganisationen erhoben werden. *(Ruf: Dazu wäre der Gerichtssaal der geeignete Ort! — Stürmische Gegenrufe.)*

Präsident: Ich bitte um Ruhe! Ich bitte, lassen Sie doch den Herrn Abg. Abram reden! *(Anhaltende Zwischenrufe und Lärm.)* Ich bitte um Ruhe!

Abram: Ich bitte schön, wir haben Ihrem Redner Buresch ruhig zugehört — wollen Sie so viel Bildung in vergangenen Zeiten erworben haben, daß Sie einen Mann, der in der Presse angegriffen wird, ruhig hier reden lassen. Herr Minister, haben Sie ein Recht . . . ? *(Rufe: Haben Sie Kollmann reden lassen?)* Ich stelle erstens fest . . . *(Zwischenrufe und Unterbrechungen.)*

Präsident: Ich bitte um Redefreiheit!

Abram *(fortfahrend):* Erstens stelle ich fest, daß diese ganze Sache, die in der Presse dargestellt wird, von mir gar nicht angeordnet wurde, weil ich im Jahre 1923 durch zehn Monate, von Neujahr bis Oktober, krank war *(Hört! Hört!)*, daß ich lediglich mit dem Direktor des Konsumvereins darüber gesprochen habe, daß er sich nicht täuschen dürfe über die Ziffern, die das Inflationsjahr 1922 gebracht habe, und daß er bei der Vielheit der Filialen, die beim Aufhören des Kartensystems wieder abzubauen sind, jetzt daran zu denken habe, daß er eine ordentliche Bilanz aufstellt. Mein Vorschlag, den ich ihm vom Krankenbett aus gegeben habe, war lediglich, daß er die Kriegsware auf ihre Güte zu untersuchen habe und eine genügende Abschreibung dieser Waren vornehmen müsse. Das ist mein Rat gewesen, und während ich in Mannheim, während ich im Ausland war, wurde dann diese Form gewählt, weil der Direktor zu spät darauf gekommen ist, daß er in der Bewertung der Waren jede Vorsicht hat fehlen lassen. *(Zwischenruf.)* Warten Sie noch einen Augenblick. Dieser Konsumverein wurde — ich appelliere da vielleicht an die Aufmerksamkeit des Herrn Dregel, der mich längere Zeit kennt als die Herren drüben —, dieser Konsumverein wurde im Jahre 1925 eingemeindet, mit anderen Konsumvereinen zusammengelegt — diese Fusionierung war notwendig — und ist dann zusammengelegt worden mit einem Gesamtvermögen von 1,5 Milliarden

Kronen. (Ruf: 1-3!) Also nicht einmal! Sie können sich daraus ein Bild machen, wie verlogen die Darstellung ist, daß da eine Milliarden- — Plural! — Steuerhinterziehung war. (Zwischenrufe.) Das ist die ganze Geschichte, und ich begrüße nichts mehr, Herr Dr. Mataja, als eine ordentliche Untersuchung, und ich bin heute schon sicher, daß diese ordentliche Untersuchung dartun wird, daß meine hier gegebene Aufklärung richtig ist und daß kein Mensch einen Vorteil gezogen hat und der Staat auch nicht geschädigt worden ist. Das hat auch das Finanzministerium erkannt, als zwei Denunzianten dort eine Anzeige gemacht haben. Sie haben den Fall untersuchen lassen und mußten sich dann selbst sagen, daß diese Sache nicht so ist, wie die Anzeiger sagten, sondern daß die Darstellung richtig ist, die von der Konsumvereinsleitung gegeben wurde. (Dr. Mataja: Nach der Intervention Renners! — Zwischenrufe.) Ich habe, gezwungen durch meine Parteifreunde, im Jahre 1912 die Wirtschaftsorganisationen meines Heimatlandes, meiner Gruppe, zu leiten begonnen, und diese Wirtschaftsorganisationen sind auch die einzigen, die gesund geblieben sind. Sie haben kein Vermögen, sie haben die Inflation und Deflation durchgemacht wie alle anderen Unternehmungen, aber es ist niemand geschädigt worden. Und allein die Erfüllung dieser Aufgabe war eine ernste Arbeit. Allein bei der Agrarbank, wo Jodof Fink im Vordergrund steht, haben Sie 64 Milliarden Staatszuschuß gebraucht, für die Vereinsbank hat der Herr Senatspräsident — ein hoher Richter — Dr. Schumacher Milliarden gebraucht, und Herr Otto Steinegger hat für seinen verfrachten Konsumverein viele Millionen Zuschüsse von allen Seiten bekommen und Verluste für die Mitglieder gehabt. Desgleichen sind die Vereine von Ihrer Richtung in Salzburg zugrunde gegangen, ebenso die dortigen Banken. Wir sind klein und bescheiden geblieben, aber wir haben in ernster Arbeit verhindert, daß ein einziger Mensch zu Schaden gekommen ist. Ich schliesse damit, daß ich sage, ich will jetzt nicht vorgreifen, Herr Dr. Mataja, es soll untersucht werden und wird untersucht werden, aber dann mute ich der Mehrheit von Ihnen so viel Anständigkeit zu, daß Sie dieses Gebrüll und diese Verleumdung zurückziehen, wenn Sie ziffermäßig gesehen haben, daß das ganze ein infamer Verleumdungsfeldzug niedrigster Art ist. Ich kann vor Sie hintreten, ich kann vor meine Vertrauensgeber hintreten. Was ich mein Leben lang in dem steinigen Lande Tirol für meine Gruppe gemacht habe, war, jenes Vertrauen, das mir die Arbeiter gegeben haben, voll zu erfüllen — das wird die Verhandlung zeigen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Renner: Meine Herren! Ich habe nur ein paar kurze Feststellungen zu machen. Es ist in einem

Zwischenruf behauptet worden, daß das Finanzministerium die Klaglosigkeit des Falles Innsbruck auf Grund einer Intervention von meiner Seite anerkannt habe. Ich konstatiere tatsächlich, daß ich eine solche Intervention beim Finanzminister Ihrer nicht nachgesucht habe, sondern daß ich vom Finanzminister Ihrer eingeladen wurde, zu ihm zu kommen, und daß er mir dort die Denunziation mit dem Ersuchen vorgelegt hat, mich darüber zu äußern. Ich habe daraufhin erklärt, daß mir der Fall selbstverständlich unbekannt ist, und habe meine Parteifreunde aus Innsbruck gebeten, zu kommen. Auf Grund der telegraphischen Verständigung mit meinem Parteigenossen Abram sind dann zu der vereinbarten Stunde Abram und ich zum Finanzminister Ihrer gekommen, haben ihm den Fall vorgetragen und der Finanzminister Ihrer, die zuständige Behörde in diesem Falle, hat erklärt, daß an diesem Falle tatsächlich nichts daran sei und das der Akt abzulegen sei. (Hört!)

Das ist die Geschichte der Intervention, die stattgefunden hat. Ich weiß nicht, ob die Mitglieder des hohen Hauses bemerkt haben, daß es nicht zu meinen Gewohnheiten gehört, über antliche Dinge aus meiner Kanzlerzeit oder aus späteren Zeiten viel zu sprechen, aber die Herren zwingen mich dazu und es kann also sein, daß ich auch über verschiedene Dinge zu sprechen beginne. Ich liebe dies nicht — ich erkläre Ihnen das rund heraus. Nun hat der Herr Abg. Kollmann eine Behauptung aufgestellt, die so grotesk ist, daß ich zunächst nicht weiß, was damit zu beginnen ist. (Sehr richtig!) Ich habe als Staatskanzler — und selbstverständlich nicht ich allein, sondern das ganze Ministerium . . . (Dr. Danneberg: Und das Parlament!) . . . und das Parlament mit mir und die ganze Mehrheit von damals, deren integrierender Bestandteil die christlichsoziale Partei war — vielleicht kann sich der Herr Abg. Kollmann noch daran erinnern — wir haben den amerikanischen Kredit als Lebensmittelfredit durchgesetzt und über die Art und Weise der Verwendung dieser Lebensmittelfredite hat das ganze Ministerium einschließlich der christlichsozialen Herren entschieden. Ich verstehe also den Herrn Abg. Kollmann absolut nicht. Und wenn er argumentiert, daß der Staat deshalb ruiniert worden sei, weil dieses eine Promille der Bevölkerung, das die Millionäre darstellen können, das Brot — auch mit Zustimmung der christlichsozialen Regierungsmitglieder — zu demselben Preis erhalten hat, wie die übrige Bevölkerung und daß dadurch die Staatsfinanzen geschädigt worden sind, so muß ich gestehen, daß dazu ein statistischer Analphabetismus gehört, der mir unverständlich ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Zu den Vorwürfen, die von einigen aus unserer Bewegung ausgeschiedenen Menschen erhoben werden die

Ihnen zugetragen werden und die Sie weiter verbreiten, erkläre ich Ihnen folgendes. Ich bin ein großer Anhänger der Pressefreiheit und ich werde mich deshalb nicht irritieren lassen, weil ein paar Leute etwas über mich schreiben. Von dem ersten Tag an, wo ich in die politische Bewegung eingetreten bin, haben die Blätter dieser heutigen Mehrheit über ungeheure Vermögensschaften geschrieben, die ich haben soll — ich habe bis heute nichts — von ungeheuren Geschäften, die ich geführt haben soll — ich führe bis heute keine Geschäfte; ich habe eine bestimmte Aufsichtskontrolle und anregende Funktion, aber ich erkläre rund heraus, daß ich die Geschäftsführung der Institute, die ich kontrolliere, nicht in den Händen habe, daß ich also gar nicht Gelegenheit habe, etwas zu verschieben.

Etwas anderes ist ein entscheidender Punkt. Wir sind hier das Parlament des Staates, gleichsam die Generalversammlung des Staates und haben hier über die Mittel des Staates zu wachen. Wenn die Herren die Freundlichkeit haben werden, in unsere Konsumvereine als Mitglieder einzutreten, in diese dem Staate gegenüber privatrechtlichen Organisationen, so wird dort das Forum sein, wo über diese Dinge verhandelt wird. Sie werden sich aber für die schweren Vergehen an dem Staatsschatz ganz vergeblich dadurch zu entlasten versuchen, daß Sie sagen, daß in irgendwelchen Privatunternehmungen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Dadurch werden Sie sich nicht entlasten. Hier handelt es sich um den Staat und das Staatsvermögen, das schwer geschädigt worden ist. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)*

Wenn Sie aber wollen, daß andere Gebiete behandelt werden, so werden wir ganz und gar nicht ausweichen. Dann werden wir aber nicht nur von den Konsumgenossenschaften, sondern auch von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, nicht nur von den Konsumgenossenschaften der Sozialdemokraten, sondern auch von jenen der Christlichsozialen sprechen, und wir werden Ihnen aufweisen, daß von allen diesen Unternehmungen die größte Überzahl auf Ihrer Seite schweren Schaden erlitten hat. Wir werden aber selbstverständlich nicht leugnen, daß die allgemeine Verderbnis der Inflationszeit hier und da auch auf unsere Reihen eingewirkt hat. *(Lebhafter Zustimmung.)* Es fällt mir gar nicht ein, das zu leugnen. Aber obwohl das der Fall war, haben wir in unseren eigenen Reihen Ordnung gemacht und werden fort Ordnung machen zum Unterschied von Ihnen, die Sie diese Dinge zudecken, indem Sie eine bankerotte Genossenschaft auf eine Bank und diese Bank auf eine andere Bank und den Ausfall zum Schluß auf den Staatsschatz nehmen. *(Zwischenrufe.)* Sie werden also mit Ihrer Kampagne kein Glück haben. Schicken Sie Untersuchungsrichter, soviel Sie wollen, das läßt mich vollständig kalt.

Was bei uns nicht in Ordnung ist, das wird in Ordnung gebracht, da können Sie sich darauf verlassen und dazu brauchen wir Sie nicht. Sie aber, die Privateigentum und Staatseigentum, Parteieigentum und Staatseigentum nicht unterscheiden können, Sie sind keine zulässigen Richter über uns. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. Ellenbogen: Hohes Haus! Nach den etwas stürmischen Diskussionen, die unmittelbar vorhergegangen sind, möchte ich mir erlauben, die Diskussion auf ein etwas ruhigeres Thema zurückzuführen, nämlich auf die angestrengten Bemühungen des Herrn Abg. Dr. Hampel, die auffallende Schwenkung, die seine Partei zur Frage der Bankkommission gemacht hat, zu erklären. Der Herr Abg. Hampel hat als einen der Gründe dieser Schwenkung angegeben, daß die Handelskammern — ich kenne dieses Dokument nicht — sich gegen die Fortführung der Bankkommission aus dem Grunde ausgesprochen haben, weil sie sich einseitig bloß mit Untersuchungen beschäftigt, dagegen ihre ursprüngliche, in Aussicht genommene Aufgabe, als Berater des Parlaments und als Ausarbeitungsinstitut von Gesetzentwürfen zu fungieren, nicht erfüllt habe. Demgegenüber konstatiere ich, daß ich hier ein Verzeichnis der Gesetzentwürfe und Denkschriften, die die Bankkommission bereits ausgearbeitet hat, vorliegen habe, in dem nicht weniger als 15 solcher Ausarbeitungen angeführt sind *(Hört! Hört!)*, darunter ein Gesetzentwurf zur Sicherung einer ordnungsmäßigen Buchführung und Bilanzaußstellung bei Bankunternehmungen; ein Gesetzentwurf, betr. zivilrechtliche Haftungen beim Betriebe der Bankunternehmungen; ein Gesetzentwurf nebst Begründungen, betr. die Standesgerichtsbarkeit für Bankleiter; ein Gesetzentwurf, betr. Einführung einer ständigen Revision der Bankunternehmungen nach dem Vorbild der englischen Chartered accountants; eine Denkschrift über die Frage einer einzuführenden Konzessionspflicht des Bankgewerbes; ein Gesetzentwurf, betr. das Geldeinlagengeschäft; Richtlinien für ein Bankdepotgesetz; eine Denkschrift, betr. die Frage der Errichtung eines Sanierungsinstituts usw.

Wenn der Herr Abg. Dr. Hampel gesagt hat, daß in der letzten Zeit die Bankkommission diese Tätigkeit eingestellt hat, so entspricht dies auch nicht den Tatsachen, denn in der gestrigen Sitzung, in der auch die Herren Großdeutschen gegen die Fortführung der Bankkommission gesprochen haben, wofür sie als Grund jetzt angeben, daß die Bankkommission keine Gesetzentwürfe ausarbeite, wurde mitgeteilt, daß die Bankkommission gegenwärtig in Vorbereitung und in Arbeit hat: 1. den Entwurf eines Bankbetriebsgesetzes, darunter innere Dienstordnung, Depotgesetz, Bucheinlagengesetz, Prospektpflicht und Prospekthaftung usw.; 2. den Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Revisionsanstalt für Bank-

unternehmungen, Bankinspektionsgesetz; 3. ein Gesetz, betr. die Abkürzung der Manipulation und Ersparung von Spesen im Buchhaltungs- und Kontrolldienste. Es geht daraus hervor, daß die Begründung der Herren Großdeutschen für ihren Umfall eine absolut unrichtige ist und dafür jede Grundlage fehlt.

Der zweite Grund für ihren Umfall sei nach den Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Hampel, daß sich die Bankkommission nicht bewährt habe. Wenn das der Fall sein sollte, was ich übrigens bezweifle, denn sie hat in der Aufdeckung von Übelständen sehr segensreich gewirkt, so kann der Grund nur darin gelegen sein, weil die Regierung und ihre Mehrheit die Vorschläge der Bankkommission mißachtet und sie geradezu beiseitegeschoben haben. Ich erinnere daran, daß Finanzminister Dr. Kienböck bei seiner ersten Ministerenschaft auf eine Rede von mir, in der ich von dieser Stelle die Übelstände im Bankwesen öffentlich festgestellt und gegeißelt habe, das Wort ergriffen und sich prinzipiell gegen jeden Eingriff in solchen Dingen von Staats wegen oder von Bankkommissionen wegen ausgesprochen hat. Auf dieser Linie hat sich die Regierung leider bis zum heutigen Tage bewegt, und die Folgen davon sind das Überhandnehmen dieser greulichen Zustände im Bankwesen, die dann zu dem Centralbankskandal geführt haben.

Als dritten Grund hat Herr Dr. Hampel angeführt, unser Vorschlag, man solle wenigstens auf ein Vierteljahr die Bankkommission fortführen, scheine ihm nicht ausreichend genug. Demgegenüber stelle ich fest, daß Abg. Dr. Danneberg in dem Konfultorenausschuß den Antrag gestellt hat, die Bankkommission bis 1932 zu verlängern. Dieser Antrag wurde mit der Stimme des großdeutschen Abg. Eleffin abgelehnt, weil es zu lang sei; und jetzt sind die Großdeutschen wieder dagegen, weil ein Vierteljahr zu kurz sei. Die Begründungen der Großdeutschen leiden also an einer inneren Logik, wobei ich übrigens bemerke, daß der Grund, warum Abg. Dr. Danneberg sich später auf ein Vierteljahr beschränkte, lediglich der war, weil er Ihnen, meine Herren, entgegenkommen und die Ablehnung schwer machen wollte. Dr. Danneberg hat seinen Antrag damit begründet, daß in diesem Vierteljahr die Zeit gewonnen werden solle, um irgend etwas anderes an die Stelle der Bankkommission zu setzen. (Dr. Hampel: Das kann auch so gemacht werden!) Wenn gar nichts da ist, kann das nicht so gemacht werden, weil dann die Übelstände ohne irgendeine Kontrolle um sich greifen. Ich werde Ihnen aber, Herr Dr. Hampel, den wahren Grund sagen, den Sie natürlich nicht angeführt haben. Als vor soundso vielen Jahren von Ihnen der Gedanke der Bankkommission aufgegriffen und das Parlament veranlaßt wurde, einen Gesetzentwurf über diese Materie zu machen, da war Ihr ganz richtiger Gedanke der, daß Sie

die Übelstände im Bankwesen, von denen Sie damals meinten, daß sie lediglich bei den sogenannten jüdischen Banken vorhanden seien, abstellen wollten — ein Gedanke, der an sich ganz in Ordnung ist. Sie haben aber durch die Ereignisse der letzten Jahre gesehen, daß diese Übelstände sich nicht nur bei diesen, sondern vor allem und in erster Linie bei den Unternehmungen vorfinden, die Ihrer Initiative ihre Gründung verdanken, der Initiative der Mehrheitsparteien, und insbesondere seit in der letzten Zeit sich gerade hauptsächlich bei einigen den Namen von Großdeutschen tragenden oder ihnen nahestehenden Banken — um mich eines Ausdruckes Ihres Freundes, des Herrn Vizekanzlers Dr. Dinghofer, zu bedienen — diese Korruptionsfälle und diese Ungehörigkeiten im Bankwesen vorfinden, haben Sie diese Bankkommission als eine Last zu empfinden angefangen. Der klarste Beweis für die Richtigkeit dieses meines Urteils ist die Tatsache, daß bei der Kärntner Bank, die eine rein großdeutsche Bank ist, obwohl der Landeshauptmann von Kärnten die Revision dieser Bank durch die Bankkommission verlängert hat, Sie vor allem diejenigen waren, die gegen die Vornahme dieser Revision durch die Bankkommission im Hause agitiert und den gegenteiligen Beschluß herbeigeführt haben. Wenn also der Herr Abg. Hampel in seiner Rede meinte... (Dr. Hampel: Weil Verhandlungen im Zuge waren, die wir nicht stören lassen wollten!) Die Begründungen, die Sie dafür anführen, sind ganz gleichgültig. Ich weiß nur, daß der Wunsch der Bevölkerung und des Herrn Landeshauptmannes Schumy sowie der einstimmige Beschluß aller Parteien des Kärntner Landtages, die ja die Verhältnisse im Lande kennen, doch maßgebender sein dürften als die Ansichten, die Sie hier äußern. (Dr. Hampel: Wir brauchen nicht noch einen Skandal in Kärnten!) Jetzt ist wieder der Skandal der Anlaß. Sie haben also wieder eine neue Begründung gefunden. Wenn der Herr Abg. Dr. Hampel meint, es wäre zweckmäßig, wenn der politische Einfluß auf das Bankwesen endlich aufhören würde, so ziehe ich daraus mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die die Herren in den letzten Jahren gewonnen haben, den Schluß, daß sein Bedürfnis an arischen Banken bereits gesättigt ist (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Berichterstatter Dr. Odehnal: Hohes Haus! Ich bitte, wie ich schon vormittags getan habe, den Bericht, den ich über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses der Centralbank der deutschen Sparkassen hier erstattet habe, zur Kenntnis zu nehmen und die Minderheitsberichte abzulehnen.

Damit ist die Debatte beendet und es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag des Ausschusses, den Bericht des Untersuchungsausschusses zur Kenntnis zu nehmen, wird angenommen.

Die Minderheitsanträge, und zwar die Punkte 2, 3, 4, 6, 7 und 8, werden in getrennten Abstimmungen abgelehnt. Die Abstimmung über die Punkte 1 und 5 entfällt, da diese Punkte zurückgezogen wurden.

Die L. D. ist erledigt.

Eingelangt ist eine Regierungsvorlage, betr. die weitere Erhöhung der in der Exekutionsordnung bestimmten Wertausmaße (B. 694).

Präsident **Miklas**: Hohes Haus! Ich bin nicht in der Lage, Tag, Stunde und L. D. der nächsten Sitzung schon heute in Vorschlag zu bringen und ersuche daher, zur nächsten Sitzung im schriftlichen Wege einladen zu dürfen.

Hohes Haus! Mit der heutigen Sitzung, der letzten im laufenden Kalenderjahr, ist ein Tagungsabschnitt zum Abschluß gelangt, der an Intensität und hinsichtlich der Ergebnisse parlamentarischer Arbeitsleistung wohl zu den bemerkenswertesten der ganzen Gesetzgebungsperiode gezählt werden muß. In einem Zeitraum, der nicht viel mehr als acht Wochen umfaßt, wurde im Spätherbst eine Fülle von großen und überaus komplizierten gesetzgeberischen Werken zustande gebracht, und zwar in einer wirtschaftlich und politisch sehr bewegten Zeit. Denn das Jahr 1926 war besonders in seiner zweiten Hälfte ein hartes Krisenjahr. Daß es aber schließlich trotz oftmals scharfer Zuspitzung der Parteigegensätze der Einsicht und hingebungsvollen Zusammenarbeit aller politischen Faktoren, der Regierung sowohl als auch der Parteien, doch gelang, die schweren politischen und wirtschaftlichen Krisen, die um die Jahresmitte aufgetaucht waren, noch vor Jahreschluß im wesentlichen zu liquidieren, ist als ein erfreuliches Aktikum in der parlamentarischen Bilanz dieses Jahres zu buchen.

Besonders und vor allem will ich hervorheben, daß es auch heuer gelang, den Bundesvoranschlag für 1927 trotz großer politischer Schwierigkeiten bei eingehender Beratung aller Abschnitte des Budgets rechtzeitig fertigzustellen. Es bedarf wohl keiner näheren Begründung, wie wichtig dieser Umstand für die Führung des Bundeshaushaltes ist. Es muß diese Leistung umso höher gewertet werden, als der Nationalrat daneben sich in intensiver Weise mit anderen, überaus wichtigen und umfangreichen gesetzgeberischen Aufgaben zu befassen hatte, darunter mit einer Reihe von Gesetzen, deren Vorbereitung auf Jahre zurückreicht. So wurde, um nur einiges hervorzuheben, nach mühevoller Vorarbeit das große Werk der Angestelltenversicherung und das bedeutungsvolle Krankenversicherungsorganisationsgesetz vollendet, die Gehaltsgesetznovelle beschlossen und schließlich das wichtige Postsparkassengesetz, das unsere Postsparkasse auf eine neue Grundlage stellt und den geänderten staatsrechtlichen Verhältnissen anpaßt, parlamentarisch ver-

abschiedet. Es sind Marksteine in der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzgebung Österreichs. Alle Beteiligten, die daran mitgearbeitet haben, werden mir zustimmen, wenn ich sage, daß es nicht nur intensiven Arbeitseifers, sondern auch bedachtamer Rücksichtnahme und vielen Verständnisses für die unabweisbaren Bedürfnisse der verschiedenen Interessengruppen bedurfte, um diese Gesetze zustande zu bringen.

Neben diesen bedeutungsvollen Aufgaben hat der Nationalrat in den letzten Wochen noch eine Fülle kleinerer gesetzgeberischer Arbeiten sowohl auf Initiative der Regierung als auch einzelner Parteien des Hauses zu bewältigen gehabt. Er hat Gesetze geschaffen, die, wenn sie auch gegenüber den angeführten Gesetzgebungswerken an Bedeutung vielleicht zurückstehen, doch auch gründlicher Vorberatung bedurften und eine weitere mühevollen Tätigkeit erforderten.

So dürfen wir im Rückblick auf das erfolgreiche Wirken dieses hohen Hauses, das in den leztverflossenen Wochen manche Versäumnisse einer früheren Zeit wieder gutgemacht hat, ohne Überhebung feststellen, das die Gesetzgebung doch ihrer schweren Aufgabe gerecht wurde.

Es ist mir daher eine angenehme Pflicht, allen Mitgliedern dieses hohen Hauses, aber auch den Mitgliedern der Regierung für die im Interesse der Bevölkerung geleistete, aufopferungsvolle Arbeit von diesem Plaze aus zu danken. Und es ist mir ein Herzensbedürfnis, in diesen Dank auch die fleißigen Mitarbeiter aus den Kreisen der Beamenschaft des Hauses und der Bundesbeamenschaft einzuschließen. *(Lebhafter Beifall.)*

In wenigen Tagen hält das neue Jahr 1927 seinen Einzug. Es wird auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung hochwichtige Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu lösen haben. Vor allem das große Werk der Sozialversicherung und viele mit dem dringenden wirtschaftlichen Wiederaufbau des Staates zusammenhängende große Fragen. Dann wird der gegenwärtige Nationalrat einer neugewählten Volksvertretung den Plazräumen. Möge das Jahr 1927 dem ganzen österreichischen Volke Glück und Frieden bringen und Wiederaufstieg in einem befriedeten Europa!

Ihnen aber, meine geehrten Frauen und Herren, möchte ich zum Schlusse zu dem bevorstehenden Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche entbieten und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir uns im neuen Jahr alle wieder in guter Gesundheit und neuer Arbeitsfreude zu weiterer, dem Volkswohl dienender Arbeit zusammenfinden. Mit diesem Neujahrswunsch schließe ich die Sitzung.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr abends.